

Soziale Arbeit

12.2010

Zeitschrift für soziale und
sozialverwandte Gebiete

Informelle Bildungsprozesse

Kompetenzorientierung

Pflege-Weiterentwicklungsgesetz

Soziale Arbeit und die Philosophie

dzi

<https://doi.org/10.5771/0490-1606-2010-12>

Generiert durch IP '18.117.91.163', am 08.08.2024, 14:17:13.

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Soziale Arbeit

Dezember 2010

59. Jahrgang

Dr. Bernd Wagner, Dipl.-Pädagoge, lehrt am Arbeitsbereich für Interkulturelle Erziehungswissenschaft der FU Berlin und an der Universität Lüneburg, Institut für Integrative Studien, Scharnhorststraße 1, UC11019, 21335 Lüneburg, E-Mail: bwagner@uni-lueneburg.de

Professor Dr. Cornelia Kling-Kirchner lehrt Methoden der Sozialen Arbeit an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig, Karl-Liebknecht-Straße 132, 04277 Leipzig

Eva Hollmach, Dipl.-Pädagogin, Sozialarbeiterin und Sozialpädagogin (grad.), leitet einen Pflegestützpunkt in Berlin, der aus einer Koordinierungsstelle „Rund ums Alter“ hervorgegangen ist. E-Mail: hollmach@arcor.de

Professor Dr. Thomas Schumacher ist Dipl.-Sozialpädagoge und Philosoph. Er lehrt Theorie und Ethik der Sozialen Arbeit an der Katholischen Stiftungsfachhochschule München, Preysingstraße 83, 81667 München, E-Mail: thomas.schumacher@kshf.de

Informelle Bildungsprozesse 454
Dargestellt am Beispiel von Selbstinszenierungen Jugendlicher
Bernd Wagner, Lüneburg

DZI-Kolumne 455

Kompetenzorientierung 460
Eine Herausforderung an die Lehrmethodik
Cornelia Kling-Kirchner, Leipzig

Pflege-Weiterentwicklungsgesetz 468
Auswirkungen auf bestehende Strukturen der Sozialarbeit in der Altenhilfe am Beispiel Berlins
Eva Hollmach, Berlin

Soziale Arbeit und die Philosophie 475
Ansatzpunkte für eine Verhältnisbestimmung
Thomas Schumacher, München

Rundschau Allgemeines 480
Soziales 480
Gesundheit 481
Jugend und Familie 482
Ausbildung und Beruf 482

Tagungskalender 484

Bibliographie Zeitschriften 485

Verlagsbesprechungen 489

Impressum 492

Dieser Ausgabe liegen zwei Prospekte der Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden und ein Prospekt des Jacobs Verlags Lage bei.



Eigenverlag
Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen

<https://doi.org/10.5771/0490-1806-2010-12>

Generiert durch IP '18.117.91.163', am 08.08.2024, 14:17:13.

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Informelle Bildungsprozesse

Dargestellt am Beispiel von Selbstinszenierungen Jugendlicher

Bernd Wagner

Zusammenfassung

Der Artikel arbeitet die Bedeutung von informellen Bildungsprozessen in der Schulsozialarbeit heraus. Ausgehend vom Umgang mit Anerkennung und Forderungen nach Anerkennung (Honneth 1992) werden Bildungskonzepte vorgestellt, die informelle Lernmomente berücksichtigen. Der Autor nimmt Forschungen zu Selbstinszenierungen Jugendlicher zum Anlass, um die in Jugendkulturen produzierten biographischen Bedeutungen als informelle Bildungsprozesse zu betrachten. Gerade die Schulsozialarbeit hat die Möglichkeit, den von Nohl (2006) und Stojanov (2006) skizzierten spontanen Bildungskonzepten Raum zu geben.

Abstract

This article considers the importance of informal education for social work issues in schools. The author is discussing appreciation and demands of appreciation (Struggle for Recognition, Honneth 1992) and its relevance for informal education. Field examples of juvenile cultural performances with their biographical meanings are examined and related to informal learning. Social Work in schools has the opportunity to deploy these spontaneous informal education processes which have already been sketched by Nohl (2006) and Stojanov (2006).

Schlüsselwörter

Bildung – Soziale Arbeit – Jugendlicher – Selbstbeurteilung – Schulsozialarbeit – Konzeption – Selbstinszenierung

Einleitung

Soziale Arbeit verfügt insbesondere im Tätigkeitsfeld der Schulsozialarbeit über Potenziale, informelle Bildungsprozesse für berufliche Qualifizierungen im Übergang von der Schule in den Beruf zu nutzen. In diesem Artikel möchte ich die Relevanz informeller Bildung für die Soziale Arbeit aufzeigen und zunächst den Umgang mit Anerkennungsforderungen als einer bildungstheoretischen Voraussetzung vorstellen. In sozialpädagogischen Lernumfeldern ist es wichtig, eine Ansprache zu finden, die aus anerkennender persönlicher Wertschätzung und Unterstützungsleistungen bei der Formulierung von Anerkennungsforderungen besteht. Ein an Teilhabe und Partizipation orientierter Arbeitsstil schafft Grundlagen für Bildungsprozesse. Darauf aufbauend werde ich, gewissermaßen in Form eines Fallbeispiels, infor-

melle Bildungsprozesse am Beispiel von Selbstinszenierungen Jugendlicher betrachten. Jugendkulturelle Inszenierungen werden zwar gemeinhin als Risiko für den Schulerfolg betrachtet, bergen jedoch informelle Bildungsmöglichkeiten.

Der Umgang mit Anerkennung als Kernkompetenz in der Sozialen Arbeit

Anerkennung wird gewöhnlich mit positiver Bestätigung, Lob und ressourcenorientierter Verstärkung verbunden und als ein tolerantes Umgehen verstanden. Ein pädagogisch verstandener Anerkennungsbegriff geht über diese Formen reiner *Beachtung* hinaus. Axel Honneth (1992) hat auf den Zusammenhang zwischen der Selbstwahrnehmung eines Menschen und der Achtung durch andere hingewiesen. Menschen sind nach Honneth an wechselseitige Anerkennungsakte gebunden, die durch Einzelne oder soziale Gruppen erfahrbar gemacht werden können. Honneth versteht unter Anerkennung Qualitäten der emotionalen Zuwendung, kognitiven Achtung und sozialen Wertschätzung. Anerkennungsakte sind an die Lebenswelt gebundene, elementare Bestätigungsformen, die Autonomie ermöglichen und Zugangsgerechtigkeit (Böhnisch u.a. 2005) einfordern. Diese Qualitäten beinhalten das Aufzeigen von Zukunftsperspektiven und die Möglichkeit, einen gesellschaftlich anerkannten Status einzunehmen. Erst Partizipationsmöglichkeiten schaffen Voraussetzungen für Bildungsprozesse und eine individuelle Gestaltungskompetenz (Michelsen 2009). Konkrete Lebensperspektiven sind notwendig, um daran mitwirken zu können, Eigeninitiative und Kooperationsmöglichkeiten zu entwickeln.

Unter Anerkennung verstehe ich personenbezogene Akte und Gesten der sozialen Wertschätzung. Diese Wertschätzung beinhaltet eine Perspektive auf einen anerkannten gesellschaftlichen Status. Anedore Prengel (1993) spricht von einer Pädagogik der Anerkennung. Diese bezieht die Selbstachtung der pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie einen aufmerksamen Umgang mit Heterogenität ein. Anerkennung ist eine pädagogische Haltung in Berufsfeldern Sozialer Arbeit, die für Klientinnen beziehungsweise Klienten und Sozialpädagogen beziehungsweise Sozialpädagoginnen von Bedeutung ist. Bleibt Personen die Anerkennung als vollwertige Mitglieder der Gemeinschaft versagt, erleben sie – so Axel Honneth – eine strukturelle Form der Erniedrigung, die sie in ihrer Selbstachtung verletzt. Formen der Missachtung schränken die Autonomie von Interaktionspartnern und -partnerinnen ein und verschärfen soziale Konflikte: „Das Besondere an solchen Formen der Missach-

tung, wie sie in der Entrechtung oder dem sozialen Ausschluss vorliegen, stellt daher nicht die gewalt-same Einschränkung der persönlichen Autonomie allein dar, sondern deren Verknüpfung mit dem Gefühl, nicht den Status eines vollwertigen und moralisch gleichberechtigten Interaktionspartners zu besitzen“ (*Honneth* 1992, S. 216).

Honneth (1992) argumentiert, dass ein längerfristiges Versagen von Anerkennung, das sich zum Beispiel in Ausgrenzung von sozial benachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen am Arbeitsmarkt ausdrückt, direkte negative Folgen für die gesamtgesellschaftliche Stabilität und den sozialen Frieden hat. So interpretiert *Honneth* beispielsweise die Jugendkrawalle in Frankreich im Winter 2005/2006 als Reaktion auf berufliche Perspektivlosigkeit. Nach *Honneth* werden soziale Auseinandersetzungen durch systematische und strukturell bedingte Missachtungserfahrungen hervorgerufen. Personen, deren Würde gekränkt und verletzt worden ist, werden in einen „Kampf um Anerkennung“ (*ebd.*) verwickelt. Missachtungserfahrungen setzen Energien frei und Anerkennung wird, so der zentrale Punkt von *Honneths* Konzeption, eingefordert. Diese Anerkennungsforderungen sind berechtigt und müssen nicht zwangsläufig gesellschaftlich destabilisierend wirken. Der Wunsch nach Anerkennung stärkt die Motivation von Klientinnen und Klienten der Sozialen Arbeit, sich einzubringen und einen eigenständigen sozialen Status einzunehmen. Anerkennungs-forderungen, die aus Missachtungserfahrungen resultieren, können in Tätigkeitsfeldern der Sozialen Arbeit aufgegriffen und genutzt werden.

Anerkennungsformen gehen über persönliche Bestätigungen, Ermutigungen und Lob hinaus. Ein nur auf positive Verstärkung ausgelegter Anerkennungsbegriff schafft Abhängigkeiten und beeinträchtigt persönliche Autonomie. Klientinnen und Klienten wehren sich gegen diese Form der Entmündigung und Soziale Arbeit, die nur Beachtung schenkt, muss von ihnen als Zumutung empfunden werden. Anerkennungs-forderungen nach gesellschaftlicher Teilhabe sind berechtigt und Sozialpädagoginnen beziehungsweise Sozialpädagogen können sich diesen Anforderungen stellen und sie konzeptionell berücksichtigen. Die Soziale Arbeit vertritt Forderungen nach Anerkennung ihrer Adressatinnen und Adressaten gegenüber den Verantwortlichen der Sozialpolitik. Emanzipierende Anerkennungsformen ermutigen die Betroffenen und fordern sie auf, Teilhabemöglichkeiten wahrzunehmen. Der für die allgemeine und interkulturelle Pädagogik zentrale Begriff der Anerkennung ist von *Honneth* (1992),

DZI-Kolumne Lichterglanz

Weihnachten ist nicht nur das Fest der Liebe, sondern auch das der Lichter. Vielleicht ein gutes Bild, um noch einmal auf die im Sommer dieses Jahres gegründete *Initiative Transparente Zivilgesellschaft* (ITZ) empfehlend hinzuweisen. Sie hat es sich zum Ziel gesetzt, vor allem gemeinnützige Organisationen jeder Größe zu ermutigen, zehn Grundinformationen leicht zugänglich ins Internet zu stellen oder Interessenten zuzusenden, falls noch keine Website existiert. Dazu gehören zum Beispiel die Adresse, die Namen der Vorstandsmitglieder sowie Zahlen zur Mittelherkunft und zur Mittelverwendung. Inhaltlich geprüft werden die Angaben nicht – es geht um eine niedrigschwellige Basistransparenz.

Das DZI gehört neben mehreren Dachverbänden des Dritten Sektors zum Trägerkreis der *Initiative Transparente Zivilgesellschaft*. Die Federführung liegt bei *Transparency Deutschland*. Nach sechs Monaten haben sich etwa hundert Organisationen der Initiative angeschlossen und die zehn Informationen mit dem Emblem der ITZ verlinkt. Das ist ein guter Anfang, aber mehr noch nicht. Deshalb auch an dieser Stelle die Ermutigung: Schauen Sie nach unter www.transparente-zivilgesellschaft.de und sehen sich an, wie die Initiative funktioniert, wer schon dabei ist (das DZI natürlich auch) und wie leicht es ist, selbst auch in diesen Kreis einzutreten.

Eine frohe, friedvolle Advents- und Weihnachtszeit wünscht Ihnen

Burkhard Wilke
wilke@dzi.de

Auernheimer (2003), Mecheril (2004) und Stojanov (2006) ausführlich bearbeitet worden. Anerkennung ist der zentrale und konzeptionelle Ausgangspunkt für pädagogische Theorieentwicklungen.

Um die Bedeutung des Begriffs für die Allgemeine Pädagogik weiter zu erläutern, möchte ich kurz zu den Begriffen Erziehung, Bildung und Lernen Stellung nehmen. Erziehung ist meines Erachtens intersubjektiv, also an Austausch und soziale Kontexte gebunden. Erzieherisches Handeln gibt Impulse zur Mündigkeit und Selbstbestimmung, die in einem sozialen Umfeld Orientierung bieten. Bildung lässt sich umschreiben als reflektiertes Verhältnis zu sich, zu anderen und der Welt. Bildung kennzeichnet dynamische Prozesse der individuellen Auseinandersetzung und Verarbeitung. Auch ein Moment der Transformation (Peukert 2003) zu einem neuen Selbst- und Wirklichkeitsverständnis ist von bildungstheoretischer Bedeutung. Im Verhältnis zur Welt geht es in Bildungsprozessen um Lebensbewältigung und problemlösende, verantwortliche Handlungsstrategien (de Haan 2008). Neben konstruktivistisch-kognitiven Ansätzen für Bildungstheorien sind auch emotionale und narrativ-biographische Ansätze berücksichtigenswert. Lernen besteht demgegenüber aus Momenten der Wahrnehmung und Formen der Aneignung von Lebenswelt und Wissensbereichen, ist somit eine Voraussetzung für Erziehungs- und Bildungsprozesse. Diese theoretischen Abgrenzungen sind hilfreich, um Anerkennung im Kontext von Bildungskonzepten zu verstehen.

Neuere empirische Studien zur Resilienzforschung weisen nach, dass Bildungserfolge bei widrigen Ausgangsbedingungen mit anerkennender Wertschätzung verknüpft sind. An diesem Schlüsselmoment, der Verbindung von personenbezogener Wertschätzung mit gesellschaftlichem Statusangebot, setzt die Soziale Arbeit ein. Sie ermöglicht Klientinnen und Klienten, Anerkennung zu erfahren und Anerkennungsansprüche zu artikulieren. Besonders die Formulierung von individuellen Anliegen führt zu wichtigen Bildungsprozessen (Stojanov 2006). Am Beispiel der Zielgruppe von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund möchte ich dies verdeutlichen. Bildungskonzepte, die an einseitiger Assimilation oder der Aufrechterhaltung der kulturellen Identitäten orientiert sind, haben wenig Aussicht auf Erfolg. Themen von Bildungsprozessen für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund können Übersetzungsleistungen zwischen ihren biographisch verwurzelten Selbst- und Wirklichkeitsbildern einerseits und der Lebenswelt andererseits sein. Fragen von Anerkennung spielen bei diesen

Übersetzungsleistungen eine zentrale Rolle, sie bilden die Grundlagen für individuelle Autonomie und soziale Partizipationsmöglichkeiten (ebd.). Der Umgang mit berechtigten Anerkennungsforderungen ist eine Kernkompetenz (Hafeneger u.a. 2002), die insbesondere in der Sozialen Arbeit Berücksichtigung finden kann. Anerkennung und Anerkennungsforderungen als Grundkonzeptionen für Bildungsprozesse und Erziehungssituationen fordern über die persönliche Wertschätzung hinausgehende Teilhabeangebote. Respekt und Statusangebote können zu einer verstärkten Gestaltungskompetenz von Klienten und Klientinnen führen. Dies möchte ich am Beispiel jugendkultureller Selbstinszenierungen in der Schulsozialarbeit verdeutlichen.

Selbstinszenierungen im jugendkulturellen Bildungsraum

Soziale Arbeit leistet einen Beitrag zur „Selbstbildung in der Auseinandersetzung mit der Welt“ (Böhnisch u.a. 2005). Dieser Beitrag ist der schulischen Bildung nicht nachgeordnet. Vielmehr bietet er einen eigenständigen Lebensweltzugang, der insbesondere informelle Bildungsprozesse berücksichtigt, in denen Formen der Lebensbewältigung im Vordergrund stehen. Soziale Arbeit hat umfangreiche Methoden entwickelt, um soziales Lernen, Ressourcenarbeit und Hilfen zur Lebensbewältigung zu fördern. In ihren Tätigkeitsfeldern kann die Soziale Arbeit Raum für informelle Bildungsprozesse schaffen, was ich am Beispiel von Selbstinszenierungen Jugendlicher diskutieren möchte. Unter Selbstinszenierung verstehe ich eine individuelle oder kollektive Handlungspraxis, mit der sich Jugendliche soziale Realität aneignen. Selbstinszenierungen sind Erprobungen von Handlungsfähigkeit in wechselnden Kontexten, wie zum Beispiel dem Übergang von der Schule in den Beruf. Selbstinszenierungen Jugendlicher verfügen über eine hohe biographische Relevanz, die informelle Bildungsprozesse anregt (Stauber 2004). Sie führen zur Ausbildung von jugendkulturellen Stilen, die im Kontext des informellen Lernens fruchtbar sind, weil hochgradig spezialisiertes Wissen entwickelt und vermittelt wird (Pfaff 2008). Neuere Untersuchungen zeigen, dass die Bedeutung von formalem Unterricht überschätzt und die Bedeutung informellen Lernens unterschätzt wird. Informelles Lernen ist zumeist ungeplant, beiläufig, implizit und situativ, das heißt ein (freiwilliges) Selbstlernen, die sogenannte informal education, in unmittelbaren Lebenszusammenhängen innerhalb wie außerhalb formaler Institutionen (Rauschenbach u.a. 2004). Dewey (1997) bildet die Grundlage formal organisierter Lernprozesse. Erst vielfältige informelle Lernmomente, so

Dewey, führen zu einer Komplexität, die formale Bildung erfordert. Informelles Lernen findet im Alltag statt, ist interdisziplinär, selbstgesteuert und erfahrungs- beziehungsweise anwendungsorientiert.

Lernen ermöglicht, neu gewonnene Erfahrungen und Einsichten zu integrieren, ist jedoch nicht mit Bildung gleichzusetzen. Bildung ist ein lebensbegleitender Entwicklungsprozess, der die Formung, Entwicklung und Reifung der Persönlichkeit in den Vordergrund stellt (*Klafki 1964*) und dessen Ziele Selbstbestimmungs-, Mitbestimmungs- und Solidaritätsfähigkeit sind. Diese können nicht nur auf kognitiver Ebene erreicht werden, sondern sprechen auch emotionale, soziale und ästhetische Fähigkeitsdimensionen des Menschen an. Im Rahmen der Nachhaltigkeitswissenschaften werden Bildungsprozesse hervorgehoben, in denen Partizipation, Vernetzung (Retinität) und Verantwortung für zukünftige Generationen berücksichtigt werden. Fragen informellen Lernens sind im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung diskutiert worden. Informelle Lernprozesse stärken Bildungskonzepte, die auf Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit (*Hauff 1997*) zielen.

Overwien (2009) betont, dass selbstständiges Einüben von Fähigkeiten im Rahmen informeller Lernprozesse Gewohnheiten und Routinen aufbricht. Die Bildungsdekade der Vereinten Nationen hat sich bis 2014 zum Ziel gesetzt, Initiativen und Projekte zu fördern, die zu nachhaltigem Denken und Handeln anregen. Im Rahmen dieser Bemühungen sind Konzepte der Bildung für nachhaltige Entwicklung mit informeller Umweltbildung verbunden worden. Initiativen und Projekte, wie die Agenda-21-Arbeitskreise oder Kampagnen der Umweltschutzverbände, fordern Spontaneität und Handlungsbereitschaft, eröffnen somit Lernumgebungen für informelle Bildungsprozesse. In den Praxisfeldern entstehen Situationen, in denen öffentlichkeitswirksam und unkonventionell agiert werden muss. Sie lassen

Sachzwänge entstehen, die keine linearen Lösungen, sondern Improvisation erfordern, was informelle Lernmomente begünstigt. Initiativen und Projekte stellen gestaltete Lernumgebungen zur Verfügung, die kommunikativ sind, die Sinne ansprechen und Möglichkeiten zur Selbsterprobung bieten. Diese Lernumgebungen können Jugendlichen Chancen eröffnen, sich als unabhängigere Akteure zu erleben. Langfristige Lerneffekte sind möglich, da informelles Lernen häufig berufsbezogen und auf das Selbstwertgefühl der Lernenden bezogen ist (*Overwien 2005*). In der Umweltbildung ist zudem ein regionaler Bezug gegeben, der die von den Nachhaltigkeitswissenschaften betonte Partizipation in Bildungsprozessen unmittelbar erlebbar macht.

Dies ist auch für die gemeinwesenorientierte Soziale Arbeit wichtig. Besonders im Bereich der Jugendhilfe nimmt die regionale Anbindung an Bedeutung zu (*Kolhoff 2006*). Im sozialräumlich aufgegliederten, sozialpädagogischen Handlungsfeld der Jugendarbeit wird informelles Lernen als Basis für Bildungsprozesse angesehen, welche in diesem Sektor grundsätzlich durch Freiwilligkeit, Offenheit und Selbsttätigkeit charakterisiert werden. Informelles Lernen zielt auf die freie und selbstbestimmte Entwicklung und Entfaltung der Persönlichkeit. Informelles Lernen in Peergroups trägt zu Formen der Selbstorganisation und Persönlichkeitsentfaltung bei. In der sozialpädagogischen Jugendarbeit können informelle Lernprozesse gefördert werden, indem Freiräume von Interpretationen Erwachsener ermöglicht werden (*Böhnisch 1997*). Jugendkulturelle Selbstinszenierungen, die beispielsweise im Bereich von ländlichen Jugendmusikszenen (Techno) untersucht wurden, gehören zu den biographisch wichtigen Lernerfahrungen, weil sie helfen, Übergänge ins Erwachsenenleben zu gestalten. „In diesen performativen Aneignungsformen nutzen junge Frauen und Männer die sich hierbei eröffnenden Gestaltungsspielräume (*Joas 2001*), zum Beispiel



Der Film: www.dzi.de

die eigenwillige Interpretation von Geschlechterrollen und beruflichen Übergängen. Es ist genau das in dieser Handlungsform liegende Gestaltungspotential, das die jugendkulturellen Selbstinszenierungen als Forschungsfeld für eine an sozialen und biographischen Transformationsprozessen interessierte Forschung so attraktiv macht“ (Stauber 2007, S. 229).

Selbstinszenierungen in Peergroups sind Handlungsformen, die an Selbstwirksamkeit (Bandura 1997) und selbstbestimmte Lebensplanungen anschließen sowie ein hohes Orientierungspotenzial aufzeigen. Im Rahmen dieser Selbstinszenierungen werden Gruppenzugehörigkeiten von Jugendlichen über körperbezogene Ausdrucksmöglichkeiten und Bestätigungsformen geschaffen. In der untersuchten Technoszene wird zum Beispiel intensives körperliches Ausagieren mit kleidungsspezifischen Codes verbunden, größere Treffen finden mitunter in abgelegenen, angeeigneten Räumen statt. Jugendliche erproben ihre Handlungsfähigkeiten in Selbstdarstellungen, die Bewegungs-, Körper-, Kleidungs- und Sprachspiele beinhalten. Sie bilden Begrüßungs-, Beschimpfungs- oder Berührungsrituale aus und eignen sich performativ soziale Realität an. Im Übergang von der Schule in den Beruf entstehen Netzwerke und selbstorganisierte biographische Bildungsanlässe, in denen Grenzen und Widerstände (Marotzki 1990) erfahren werden. Grenzüberschreitungen und die kreative Erprobung von neuen Grenzziehungen sind Hauptthemen der Ritualforschung. Die pädagogische Ritualforschung beschäftigt sich mit Grundanliegen der Sozialen Arbeit – es geht um performative Gruppenbildungs- und Aus Handlungsprozesse sowie die Frage nach sozialer Kohäsion.

Statusübergänge – beispielsweise von der Schule in den Beruf – können im Rahmen ritueller Inszenierungen gestaltet und abgeschlossen werden. Da in Ritualen komplexe, mehrdeutige Inszenierungen (Audehm u.a. 2001) aufgeführt werden, sind sie geeignet, ambivalente Erfahrungen auszudrücken und zu bearbeiten. Inwieweit rituelle Inszenierungen vermittelnd zwischen formalen und informellen Settings wirken können, bleibt zu untersuchen. Die Selbstinszenierungen in Jugendkulturen eröffnen einen Bildungsraum, der einen subjektbezogenen, auf Entwicklung abzielenden selbstorganisierten Kontext berücksichtigt. Jugendliche schaffen in den performativen Selbstinszenierungen auf der Körper- und Bewegungsebene Qualitäten der Zugehörigkeit, Anerkennung und Selbstbestätigung. Die Selbstinszenierungen Jugendlicher erleichtern Übergänge, schaffen Partizipationsmöglichkeiten und unterstüt-

zende Gruppennetzwerke. Spontane, informelle Lernanlässe und biographierelevante Bildungsprozesse werden möglich. Der informelle Bildungsraum Selbstinszenierungen Jugendlicher weist darauf hin, wie Motivation und biographische Bedeutungen in Jugendgruppen hergestellt werden. Soziale Arbeit kann diese Bildungsanlässe in der pädagogischen Praxis berücksichtigen und interdisziplinäre Forschung zur biographischen Bedeutung jugendkultureller Selbstinszenierungen initiieren.

Hier kann die umfangreiche pädagogische Biographieforschung Hilfestellungen geben. Forschungsgegenstand der Qualitativen Biographieforschung ist die Lebensgeschichte mit ihren gefährdeten Übergängen, Brüchen und Statuswechseln im Konfliktfeld zwischen institutioneller Steuerung und individueller Handlungsstrategie. Ein wesentliches Erkenntnisinteresse ist die Rekonstruktion latenter Sinnstrukturen (Bude 1984), die als individuelle Problemlösungsstrategien vor dem Hintergrund biographischer Erfahrungen interpretiert werden. Studien zeigen auf, dass Selbstinszenierungen Jugendlicher mit einer hohen biographischen Reflexivität verbunden sind (Stauber 2007). Jugendliche eignen sich jugendkulturelle Erfahrungen reflexiv an, vergegenwärtigen sich deren Bedeutung für die eigene Lebensgeschichte und erleben somit lebensgeschichtlich relevante Bildungsprozesse. Diese Bildungsprozesse funktionieren nicht als Kitt für brüchig gewordene Biographien, sondern schaffen biographische Wendepunkte und leiten Transformationsprozesse ein.

Wie können informelle Bildungsprozesse im Alltag der Sozialen Arbeit beachtet werden, wenn sie sich einer Planung entziehen und stattdessen spontan und situativ auftreten? Soziale Arbeit hat die Möglichkeit, Lernen nicht nur als zielgerichtete, angeleitete Aktion zu verstehen. Eine professionelle Sensibilität, die es Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen erlaubt, Momente informellen Lernens zu erkennen und von anderen Alltagssituationen abzugrenzen, ist hilfreich. Eine solche Herangehensweise kann spontanen Formen informellen Lernens Raum geben und zu eigenverantwortlichen Problemlösungen anregen. Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen ermöglichen informelle Lernprozesse auch mithilfe passiver Qualitäten, die sich darin ausdrücken, Impulse von Jugendlichen wahrzunehmen, nicht unaufgefordert einzugreifen und sensibel zuzuhören. Darüber hinaus können Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen Anregungen für biographische Reflexionen geben und Bildungsprozesse unterstützen.

Ich sehe zudem in Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit die Möglichkeit, ein Zusammenspiel zwischen informellem Lernen und Lernorten in Institutionen herzustellen. Soziale Arbeit kann zum Beispiel im Tätigkeitsfeld Schulsozialarbeit Zwischenräume bereitstellen, die zwischen Gemeinwesen und Institutionen vermitteln und Jugendliche beim Übergang in das Erwerbsleben unterstützen. Soziale Arbeit berücksichtigt hierdurch Anerkennungsforderungen, die auf gesellschaftliche Teilhabe zielen. Auch kann Soziale Arbeit im Bereich der beruflichen Qualifizierungen zur Verknüpfung formaler und informeller Lernfelder beitragen, ein Anliegen, das wiederholt in bildungspolitischen Veröffentlichungen, wie zum Beispiel dem 12. Kinder- und Jugendbericht, gefordert wird.

Gerade die Soziale Arbeit ermöglicht Jugendlichen Freiräume, die informellen Bildungsprozessen Raum geben und Anerkennungsformen im Rahmen von Selbstinszenierungen Jugendlicher fördern. Selbstinszenierungen an sich müssen nicht bildungsrelevant sein, erst der reflexive Bezug auf soziale und biographische Bedeutungen (Nohl 2006) eröffnet einen persönlichkeitsbezogenen jugendkulturellen Bildungsraum. Die Soziale Arbeit hat die Möglichkeit, Jugendliche über einen längeren Zeitraum zu begleiten, informelle Bildungsprozesse wertzuschätzen und diese langfristig qualitativ zu erforschen.

Literatur

Audehm, K. u.a.: Das Soziale als Ritual: Zur performativen Bildung von Gemeinschaften. Opladen 2001

Auernheimer, G.: Einführung in die Interkulturelle Pädagogik. Hamburg 2003

Bandura, A.: Self Efficacy. The Exercise of Control. New York 1997

Böhnisch, L.: Sozialpädagogik der Lebensalter. Weinheim 1997

Böhnisch, L.; Schröer, W.; Thiersch, H.: Sozialpädagogisches Denken. Wege zur Neubestimmung. Weinheim 2005

Bude, H.: Rekonstruktion von Lebenskonstruktionen – eine Antwort auf die Frage, was die Biographieforschung bringt. In: Kohli, M.; Robert, G. (Hrsg.): Biographie und soziale Wirklichkeit. Stuttgart 1984, S. 7-28

de Haan, G.: Gestaltungskompetenz als Kompetenzkonzept der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. In: Bormann, I.; de Haan, G. (Hrsg.): Kompetenzen der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Wiesbaden 2008, S. 23-44

Dewey, J.: Democracy and Education. New York 1997

Hafenecker, B.; Henkenborg, P.; Scherr, A. (Hrsg.): Pädagogik der Anerkennung. Grundlagen – Konzepte – Handlungsfelder. Schwalbach/Taunus 2002

Hauff, V. (Hrsg.): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven 1997

Honneth, A.: Kampf um Anerkennung. Frankfurt am Main 1992

Joas, H.: Die Kreativität des Handelns. Frankfurt am Main 2001

Klafki, W.: Das pädagogische Problem des Elementaren und die Theorie der kategorialen Bildung. Weinheim 1964

Kolhoff, L.; Wendt, P.; Bothe, I. (Hrsg.): Regionale Jugendarbeit. Wege in die Zukunft. Wiesbaden 2006

Marotzki, W.: Entwurf einer strukturalen Bildungstheorie: biographietheoretische Auslegung von Bildungsprozessen in hochkomplexen Gesellschaften. Weinheim 1990

Mecheril, P.: Einführung in die Migrationspädagogik. Weinheim 2004

Michelsen, G.: Kompetenzen und Bildung für Nachhaltige Entwicklung. In: Overwien, B.; Rathenow, H.-F. (Hrsg.): Globalisierung und politische Bildung. Opladen 2009, S. 75-86

Nohl, A.: Bildung und Spontaneität. Opladen 2006

Overwien, B.: Stichwort: Informelles Lernen. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 3/2005, S. 339-355

Overwien, B.: Informelles Lernen. Definitionen und Forschungsansätze. In: Brodowski, M. u.a. (Hrsg.): Informelles Lernen und Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Beiträge aus Theorie und Praxis. Opladen 2009, S. 23-34

Peukert, H.: Die Logik transformatorischer Lernprozesse und die Zukunft von Bildung. In: Ahrens, E. u.a. (Hrsg.): Geistesgegenwärtig. Zur Zukunft universitärer Bildung. Luzern 2003, S. 9-30

Pfaff, N.: Jugendkulturen als Kontexte informellen Lernens – Nur ein Risiko für die Schulkarriere? In: Zeitschrift für Pädagogik 1/2008, S. 34-48

Prengel, A.: Pädagogik der Vielfalt. Opladen 1993

Rauschenbach, T. u.a.: Non-formale und informelle Bildung im Kindes- und Jugendalter. Konzeptionelle Grundlagen für einen Nationalen Bildungsbericht. Berlin 2004

Stauber, B.: Junge Frauen und Männer in Jugendkulturen. Selbstinszenierungen und Handlungspotentiale. Opladen 2004

Stauber, B.: Selbstinszenierungen junger Frauen und Männer in riskanter gewordenen Übergängen. Zur Bildungsrelevanz einer jugendlichen Handlungsform. In: Kahlert, H.; Mansel, J. (Hrsg.): Bildung und Berufsorientierung. Weinheim 2007

Stojanov, K.: Bildung und Anerkennung. Soziale Voraussetzungen von Selbst-Entwicklung und Welt-Erschließung. Wiesbaden 2006

Kompetenzorientierung

Eine Herausforderung an die Lehrmethodik

Cornelia Kling-Kirchner

Zusammenfassung

Insbesondere durch die mit den Beschlüssen von Bologna verstärkte geforderte Verpflichtung der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen zur Kompetenzorientierung wird deutlich, dass die Frage nach den Inhalten der Lehre immer wieder neu gestellt werden muss. Jede Themenbearbeitung erfordert ihre eigene Lehrmethode. Umgekehrt bestimmt die Entscheidung für eine Methode gleichzeitig Qualität und Quantität der Themenbearbeitung. Eine Lehrmethodik muss außerdem der Persönlichkeit der Lehrenden und den Lernpersonen entsprechen. Ebenso muss die Freiheit von Forschung und Lehre im Sinne des Gemeinwohls gewährleistet sein.

Abstract

Academic teacher's obligation for an intensified orientation to competences which are demanded in the Bologna resolutions demonstrate the necessity of the discussion about the contents of academic teaching. Every item demands its distinct method. Vice versa the decision for a method determines the quality and the quantity of treatment of an item. Also, the teaching method has to commensurate the teacher's personality. And furthermore the freedom of research and teaching to promote common welfare has to be granted.

Schlüsselwörter

Hochschule – Studium – Bachelor – Master – Handlungskompetenz – Methode

1. Einleitung

Mit der Bologna-Reform wurde den Absolventen und Absolventinnen der Studiengänge der Sozialen Arbeit wie auch aller anderen Studiengänge und den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern das Versprechen gegeben, dass trotz der realen Verkürzung der Studienzeit um zwei Semester der Bachelor dem Hochschuldiplom gleichwertig sein würde. Und das, obwohl nach dieser Studienordnung mit der geforderten Kompetenzorientierung von einer geringeren Bewertung der Theorieanteile des Studiums beziehungsweise einer höheren Bewertung der Praxisanforderungen ausgegangen wurde. Wenn eine Kompetenzorientierung bedeutet, praktische Problemlösungen stärker zu betonen, so verwundert allerdings die Entscheidung, gleichzeitig den Lernbereich in der Praxis durch die Halbierung der Praktikumszeiten einzuschränken.

Auf der im Mai 2010 in Berlin vom Bundesbildungsministerium wegen zunehmender Kritik an der Hochschulreform einberufenen Bologna-Konferenz beschränkte die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz *Margret Wintermantel* ihren Beitrag¹ jedoch im Wesentlichen auf die Feststellung hochschuldidaktischer Mängel. Sie verwies darauf, dass der Paradigmenwechsel zur studierendenzentrierten Lehre eben noch nicht überall vollzogen sei. An deutschen Hochschulen würde noch zu wenig Kompetenzerwerb betrieben und es müsse noch mehr auf den „learning outcome“ geachtet werden. Diese Sichtweise überantwortet die bestehenden Strukturprobleme der Bologna-Reform auf vereinfachende, den Kern des Problems nicht treffende Weise den Hochschullehrern und Hochschullehrerinnen.

Derartige Unzulänglichkeiten befreien die Lehrenden allerdings nicht von einer intensiven Auseinandersetzung mit lehrmethodischen Fragen unter den Bedingungen der Hochschulreform. Lehrmethodische Überlegungen bestimmen die Qualität der Lehre mit und damit auch das, was die Absolventen und Absolventinnen eines Bachelor- und Masterstudiums schlussendlich an grundlegendem „learning outcome“ in den Arbeitsmarkt hineinragen.

Nachfolgend werden zunächst diejenigen Aspekte der Kompetenzorientierung in ihrer Bedeutung für die Lehrmethodik behandelt, die sowohl die Soziale Arbeit als auch alle anderen Studiengänge an Fachhochschulen betreffen können, ohne hierbei auf Unterschiede zwischen Bachelor- und Masterstudium einzugehen. Daran anschließend werden zusätzliche, speziell die Methodenlehre der Sozialen Arbeit betreffende lehrmethodische Fragen erörtert. Als Grundlage der vorliegenden Ausführungen dient der Bericht über Inhalte und Diskussionsergebnisse einer Fortbildungsveranstaltung, für die die Überzeugung zentral war, dass die veränderten Rahmenbedingungen der Lehre durch das Bologna-System erhebliche Konsequenzen für die Lehrmethodik haben.² Nachfolgend werden ausgewählte, die Lehrmethodik betreffende zentrale Aspekte dieses Berichts entfaltet.

2. Das Spannungsfeld Lehrende – Studierende – Lehrmethodik

Die genannte Fortbildungsveranstaltung „Hochschuldidaktik kompakt“ hat gezeigt, wie wichtig nach der Bologna-Reform die Diskussion über Kompetenzorientierung ist, die zunächst nur als eine Leitlinie verstanden werden kann. Es sollen Bedingungen beispielsweise in der Form von Lehr-Lern-Prozessen geschaffen werden, die es den Studierenden ermög-

lichen, sich die jeweils notwendigen Kompetenzen anzueignen. Der Begriff der Kompetenzorientierung ist für die unterschiedlichsten Interpretationen offen und bleibt daher ausgesprochen uneindeutig.

Gleichzeitig besteht seit der Bologna-Reform jedoch die Erwartung seitens der Politik, sich zumindest innerhalb einer Disziplin auf die zu vermittelnden Kompetenzen zu einigen und diese in der Lehrmethodik (wie auch formal in den Modulbeschreibungen) zu verankern. Im Zuge der Reform ist auf die Lehrenden an den Hochschulen eine große Herausforderung zugekommen, bei deren Bewältigung eine Reihe von Faktoren eine Rolle spielt. Von erheblicher Bedeutung ist die Bereitschaft der Lehrenden, sich mit Kompetenzorientierung im Kontext ihrer Lehrmethodik auf neue Weise auseinanderzusetzen.

2.1 Hochschullehrer sind bereit, ihre Lehrmethodik zu reflektieren und benötigen hierbei Unterstützung

Da Lehre das „Kerngeschäft“ der Fachhochschulen ist, haben dort die Lehrenden die bedeutendste Funktion inne. Die wichtigsten Rahmenbedingungen der Lehre wurden nicht erst durch die Bologna-Reform definiert. Vielmehr bestehen sie in dem auf Artikel 5 des Grundgesetzes fußenden Postulat der Freiheit von Forschung und Lehre und dessen Einhaltung durch alle Mitglieder der Hochschule. Diese sind damit verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Lehre unbeeinträchtigt und frei von Willkürakten jeglicher Art ausgeübt werden kann. Damit hängen die Möglichkeiten der Weiterentwicklung der Studienprogramme für den Bachelor und Master durch innovative Lehr- und Lernformen zur wissenschaftsbasierten Berufsbefähigung einerseits und zur Stärkung der Studienkompetenz andererseits von der Gesetzestreue und dem demokratischen Selbstverständnis der Administration der Hochschulen, der jeweiligen Organisationsbeauftragten, der Hochschulgremien und ihrer Mitglieder ab (HRK 2007). Die Hochschullehrer und -lehrerinnen haben die Aufgabe, aus den vielen wissenschaftlichen Wissensbeständen und Forschungen und den gegebenenfalls damit verknüpften kulturellen und beruflichen Entwicklungen und Werten eine Auswahl zu treffen. Bei diesen Inhalten und Selektionsentscheidungen muss den Lehrenden – entsprechend dem Artikel 5 des Grundgesetzes – die volle Eigenverantwortlichkeit gewährt werden. Gleichzeitig sind sie jedoch verpflichtet, diejenigen Lehrinhalte auszuwählen, deren Weitergabe zum jeweiligen Zeitpunkt im Studienverlauf und im jeweiligen Fächerkontext besonders wichtig erscheint und zur Wissens- und Kompetenzentwicklung der Studierenden beitragen kann.

Insbesondere durch die mit den Beschlüssen von Bologna verstärkte geforderte Verpflichtung, den Studierenden mit dem Abschluss des Studiums vor allem auch eine Berufsbefähigung zu ermöglichen, wird deutlich, dass die Frage nach den Inhalten der Lehre immer wieder neu gestellt werden muss. Auch wenn die strukturellen Voraussetzungen für die Umsetzung einer kompetenzorientierten Lehre wie beispielsweise umfangreichere Einzelbetreuungen noch fehlen, kommt der Lehrmethodik vor diesem Hintergrund eine besondere Bedeutung zu und es ist von den Lehrenden zu erwarten, dass sie sich nicht nur mit der Erarbeitung neuester Forschungsergebnisse und der Auswahl relevanter Lehrinhalte, sondern auch mit neuen und Erfolg versprechenden Methoden der Vermittlung der ausgewählten Inhalte auseinandersetzen. Auch wenn Forschungsergebnisse belegen, dass der Studienerfolg eine Leistung der Studierenden bleibt, die nicht erzwungen werden kann, lässt er sich doch durch eine gute Lehrmethodik – verstanden als eine sinnvoll angelegte, für bestimmte Lehrinhalte und Lehr-Lernziele passende Methodik – didaktisch wirksam unterstützen.

Allerdings haben sich die meisten Lehrpersonen in einem großen Teil ihrer Professionalisierung und ihrer beruflichen Tätigkeit überwiegend mit primär kognitiv orientierten Prozessen der Lehrstoffaneignung befasst, während erfahrungsorientierte Aneignungsprozesse innerhalb ihres eigenen Fachgebiets im Rahmen ihrer Arbeit in den Hochschulen für die meisten sicher eher selten waren. Unter der noch weiter zu klärenden Annahme, dass sich die für eine Berufsbefähigung notwendigen Kompetenzen am besten mit Hilfe erfahrungsorientierter Lehrangebote vermitteln lassen (Siebert 2003, Waldherr 2009), brauchen die an den Hochschulen Lehrenden wegen ihrer überwiegend kognitiven Orientierung innerhalb ihres Lehrgebietes Unterstützung bei der Erweiterung ihrer Lehrmethodiken. Da es sich dabei, wie nachfolgend aufgezeigt wird, um eine Erweiterung im Bereich erfahrungsorientierter Vermittlung von Lehrinhalten handelt, sollten solche Unterstützungen am besten auch erfahrungsorientiert angeboten werden.

2.2 Lehrmethodiken müssen den zu vermittelnden Inhalten angepasst und auch auf die Beteiligten zugeschnitten sein

Angesichts des weit gefächerten Spektrums der von den Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern heute vertretenen Fachdisziplinen und Lehrgebiete verbietet es sich geradezu, im Singular über Lehrmethodik zu sprechen. Die tatsächliche Breite des Begriffs, insbesondere seine auch in der bereits

erwähnten Veranstaltung deutlich werdende notwendige Verortung in den verschiedenen Lehrgebieten und Fächern macht seine Handhabung schwierig, und das mit spürbaren Folgen. Die allgegenwärtige Präsenz des Begriffs verführt zu der Fehlannahme, dass „Lehrmethodik“ etwas sei, das alle quasi naturgegeben beherrschen müssten. Angemessene Lehrmethoden für die verschiedenen Lehr-Lern-Situationen in den jeweiligen Fachgebieten zu entwickeln, ist in Wirklichkeit jedoch eine höchst umfangreiche Aufgabe, die den Lehrenden entsprechendes Wissen und langjähriges Training abverlangt.

Der komplexe Bereich der Lehrmethodik lässt sich folgendermaßen umreißen: „Lehrmethodik“ an der Hochschule ist als ein angewandtes Arrangement von didaktischen Methoden sowie Setting-Gestaltungen zu verstehen, das für ein ausgewähltes Gebiet von Lehrinhalten und Lehrzielen als effektiv und lernwirksam erscheint. Die Gestaltung des Settings, das heißt der von Hochschullehrern und Hochschullehrerinnen zu beeinflussenden äußeren Bedingungen einer Lehrveranstaltung, beispielsweise das Abstecken des Zeitrahmens, die räumliche Verortung oder die Teilnehmerzahl, erweist sich insbesondere bei erfahrungsbasierten Veranstaltungen als besonders wichtig. Die Sicherung der äußeren Bedingungen der Lernprozesse in Form gezielt ausgewählter Erfahrungsräume ist also ähnlich entscheidend für erfolgreiche Lehr- und Lernprozesse wie die inhaltliche Gestaltung des Lehrangebots.

Die Entscheidungen darüber, was jeweils als lernwirksam erscheint, ist von einer Reihe von Vorentscheidungen abhängig, unter anderem in Bezug darauf, wie Lernprozesse ablaufen und in welcher Weise sie beeinflussbar sind. So mag nicht nur die Wissenschaftsorientierung der Lehre, sondern neben anderen Faktoren (zum Beispiel Kostenfaktoren) auch die prinzipielle Annahme, die Sozialisation und persönliche Entwicklung der Studierenden sei abgeschlossen und daher unweigerlich nicht mehr zu beeinflussen, dazu geführt haben, dass als dominante Lehrform die Frontalunterrichtung gewählt wird. Diese Lehr-Lern-Form hat in entsprechenden Anforderungssituationen, in denen es vor allem um die Vermittlung von neuem Wissen geht, seine Berechtigung, aber die Komplexität der vielen, von Fachgebiet zu Fachgebiet unterschiedlichen Lehr-Lern-Prozesse erfordert Flexibilität in Bezug auf die Angebotsstrukturen von zu vermittelnden Lerninhalten und Kompetenzen.

Lehrveranstaltungen sind Angebote von Gelegenheiten, zu lernen, die je nach Kontext und individu-

ellen Bedingungen von den Studierenden mehr oder weniger intensiv genutzt werden. Dabei entscheiden die individuellen Voraussetzungen der Studierenden, ihr Vorwissen wie auch ihre Lernstrategien, Einstellungen und Kompetenzen darüber, wie ertragreich eine Lehrveranstaltung ist beziehungsweise wie motiviert, wie sorgfältig und fundiert und wie kreativ und eigenständig sie verarbeitet wird. Dennoch müssen diese Angebote außer den zu vermittelnden Inhalten und geforderten Kompetenzen auch der Persönlichkeit der Lernenden entsprechen. Hinzu kommt: Nicht jede Lehrerin und jeder Lehrer kann oder will erfahrungsorientierte Projekte oder Rollenspiele mit den Studierenden initiieren, Lehrgeschichten erzählen oder den Studierenden ermöglichen, sich nach dem Prinzip „Versuch und Irrtum“ einer Problemlösung zu nähern. *Geißler* und *Hege* haben, zwar gedacht für die sozialpädagogische Didaktik, dennoch verallgemeinerbar für lehrmethodische Zwecke, auf diesen Sachverhalt in pragmatischer Weise wie folgt reagiert: Nicht jedes Thema kann mit jeder Methode bearbeitet werden. Umgekehrt bestimmt die Entscheidung für eine Methode gleichzeitig Qualität und Quantität der Gegenstands- und Themenbearbeitung (*Geißler; Hege* 1995).

2.3 Kompetenzorientierung ist ein intentionaler Begriff

Der Begriff der Kompetenzorientierung verweist, wie bereits erwähnt, auf eine Intention, eine Zielvorstellung, und er kann erst mithilfe von Verknüpfungen mit realen Problemstellungen und Erfordernissen und den für die entsprechenden Problemlösungen notwendigen Kompetenzen konkretisiert werden. Was jeweils als Kompetenz angesehen wird, verändert sich in Abhängigkeit von einer Fülle von Faktoren, wie etwa neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen, Veränderungen kultureller Werte und Normen, den jeweiligen situativen Bedingungen und den herrschenden gesellschaftlichen Erwartungen.

Kompetenzorientierte Studienangebote zu entwickeln scheint angesichts einer sich schnell verändernden Welt, in der professionelle Flexibilität als Qualitätsmerkmal gesehen wird, sehr sinnvoll zu sein. Inwieweit solche Studienangebote aber tatsächlich zur Entwicklung erwünschten kompetenten Verhaltens beitragen, kann erst durch entsprechende Untersuchungen geklärt werden. Dabei bleibt allerdings die Frage offen, inwieweit kompetentes Verhalten überhaupt operationalisiert und evaluiert werden kann. Dieses ist sicher von Fachgebiet zu Fachgebiet und den in diesem Zusammenhang for-

mulierten verschiedenen Kompetenzen entweder einfacher, schwieriger oder vielleicht sogar unmöglich.

Wenn nun das Bologna-Kriterium der Kompetenzorientierung Veränderungen der Lehrmethodik im Sinne einer effektiveren Berufsbefähigung der Studierenden initiieren soll, ist es von großer Bedeutung, in welche Richtung diese Orientierung weisen soll. Unterschiedliche gesellschaftliche Erwartungen, verschiedene wirtschaftliche Interessen, Wünsche unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen beispielsweise in Bezug auf die Entwicklung von Anpassungs- und Teamfähigkeit oder autonomes Handeln bei Studierenden bestimmen, was in den jeweiligen Vorstellungen von Berufsbefähigung als Kompetenz angesehen wird. Eine Einigung auf einen Kompetenzenkatalog für die einzelnen Fach- und Lehrgebiete oder in den einzelnen Hochschulen scheint unter der Berücksichtigung all dieser Faktoren sehr schwierig zu sein. Das bedeutet jedoch nicht, dass eine fortgesetzte Diskussion über das, was jeweils als Kompetenz anzusehen ist, sinnlos ist. Das Gegenteil ist der Fall, denn solche Diskussionen sind sehr gut geeignet, die Qualität der Lehre sukzessive zu verbessern.

So wurde beispielsweise auf der erwähnten Fortbildungsveranstaltung unter Bezugnahme auf verschiedene hochschulpolitische Beschlüsse und Empfehlungen zur Bologna-Reform für eine Abkehr von der Vorlesung beziehungsweise von frontalunterrichtenden Formen der Lehre zugunsten einer aktivierenden Lehrmethodik plädiert. Diese sollte sich durch erfahrungs- und problembasiertes Lernen in Settings projektartiger Lehr-Lern-Formen auszeichnen. In Zukunft sollte vorrangig eine Lehre mit stärker problemorientierten, explorierenden, kreativ-entdeckenden Lehr-Lern-Prozessen eine Rolle spielen. Diese sollen den Studierenden ermöglichen, von einem Konzept des primär kognitiv ausgerichteten individuellen Studierens zu einem eher ganzheitlichen Konzept einer diskursiv und interaktiv herbeigeführten Kompetenzentwicklung zu wechseln.

2.4 Die je nach den Fachdisziplinen und den Anforderungssituationen anders gearteten Vorstellungen von Kompetenz sind bislang nicht ausreichend in ihrer Variationsbreite reflektiert und ausgearbeitet

Theoretische Kompetenzmodelle, die empirisch überprüft sind, liegen nach dem Überblick der Verfasserin kaum vor. Die zunehmende Relevanz des Kompetenzbegriffs in der hochschulpolitischen Diskussion hat bislang nicht dazu geführt, dass sich in den ver-

schiedenen Fachdisziplinen auf inhaltlicher Ebene entsprechende Forschungsgebiete etabliert hätten.

In der Bildungsforschung bedeutet Kompetenz, dass ein Individuum in der Lage ist, etwas Bestimmtes zu leisten: „Kompetenz stellt die Verbindung zwischen Wissen und Können [...] her und ist als Befähigung zur Bewältigung von Situationen beziehungsweise von Aufgaben zu sehen“ (Klieme 2003). In den der Verfasserin vorliegenden Definitionen von Kompetenz wird außerdem stets die Bedeutung von Übung, Erfahrung und Lernprozess für die Kompetenzentwicklung betont. Der Hinweis auf „etwas Bestimmtes“ impliziert gleichzeitig, dass es sich hierbei um generell Unbestimmtes handelt: Das „Bestimmte“ muss für jeden Einzelfall erst festgelegt werden. Die zentrale Herausforderung liegt nun darin, die je nach

Wer hören will...



Illustration: Julia Gandras GrafikBüro

den Fachgebieten und den Anforderungssituationen anders gearteten Vorstellungen von Kompetenz zu reflektieren und auszuarbeiten, bevor sie Eingang in eine Studienordnung finden können. Einer Realisierung solcher vereinheitlichenden Tendenzen stehen die unterschiedlichen Einschätzungen dessen, was eine für die jeweilige Berufsbefähigung wichtige Kompetenz sei, entgegen. Auch während der Fortbildungsveranstaltung „Hochschuldidaktik kompakt“ wurde der dort diskutierte Kompetenzbegriff uneinheitlich verwendet. Die teilnehmenden Hochschullehrerinnen und -lehrer konnten zudem auf einen Konsens in der eigenen Fachdisziplin bezüglich der Frage, welche Kompetenzen die Bewältigung der Anforderungen in den jeweiligen Berufsbereichen unterstützen, nicht zurückgreifen. Dies zeigt noch einmal sehr deutlich, dass die lehrende Person eine herausragende Bedeutung für die Definition dessen hat, was in ihrem jeweiligen Fachgebiet unter „Kompetenz“ verstanden werden soll.

Da alle Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sich in der Ausrichtung ihrer disziplinären Wissens- und Forschungsbereiche sowie ihrer Lehrgebietsrelevanten Berufserfahrungen voneinander unterscheiden und deshalb auch jede situative Anforderung und die angemessene Problemlösung von den jeweiligen Lehrpersonen unterschiedlich eingeschätzt wird, ist es schwierig, sich innerhalb eines Fachgebietes auf die für eine Berufsbefähigung notwendigen Kompetenzen zu einigen. Dabei bleibt die Frage offen, ob eine Einigung überhaupt erstrebenswert ist oder ob nicht vielmehr die Qualität der Lehre innerhalb einer Disziplin gerade auch in der Vielfalt der vorhandenen Zielvorstellungen liegt.

2.5 Der Begriff Kompetenzorientierung verlangt von jeder Fachdisziplin, speziell auf sie zugeschnittene Kompetenzen zu fördern

Es gibt eine Reihe abstrakter Formulierungen, mit denen der Begriff der Kompetenzorientierung inhaltlich gefüllt werden kann. Das in den Empfehlungen der Hochschulrektorenkonferenz zur Bologna-Reform so häufig betonte fachübergreifende Lernziel der Schlüsselkompetenzen hat für zwischenmenschliche Interaktionen eine Bedeutung. Dennoch ist die Frage schwer zu beantworten, welche besonderen, über das jeweilige Fach hinausgreifenden Kompetenzen erforderlich sind, um erfolgreich einen berufsbefähigenden Studienabschluss in einer Disziplin wie etwa dem Bauwesen oder der Elektrotechnik zu erlangen.

Einfacher scheint es auf den ersten Blick in den Fachgebieten zu sein, in denen die Studierenden zu ei-

nem professionellen Umgang mit anderen Menschen befähigt werden sollen. Aber auch hier gibt es die gleichen Schwierigkeiten: Sich darauf zu einigen, was man jeweils unter Kompetenz verstehen will, scheint eine unlösbare Aufgabe zu sein. Denn ohne ein eindeutig explizites, unter anderem theoretisch begründetes Verständnis dessen, was kompetentes Handeln in bestimmten Situationen bedeuten soll, kann auch in diesen Fachgebieten keine Einigung auf die zu einer Berufsbefähigung notwendigen Kompetenzen erzielt werden. Dies kann nur insoweit geschehen, als die jeweiligen Formulierungen der Kompetenz einen so hohen Abstraktionsgrad haben, dass jeder sich darunter das vorstellen kann, was sie oder er für adäquat hält.

Eine Möglichkeit der Klärung besteht in der Anwendung von Taxonomien, etwa der Lernzieltaxonomie von *Bloom* oder entsprechender Vereinfachungen (hierzu *Waldherr* 2009). Diese können unter anderem dazu dienen, zu verdeutlichen und schließlich zu bestimmen, welche Anforderungen Studierende mit hoher Kompetenz, nämlich mit Problemlösungsfähigkeiten bewältigen können und welche Anforderungen mit niedriger Kompetenz, nämlich mit reproduziertem Wissen gerade noch zu bewältigen sind. Schwieriger wird es, wenn es um die Frage geht, wie bestimmte Kompetenzen, zum Beispiel die der Problemlösungsfähigkeit, zu vermitteln sind.

Als grundlegend für innovative Lehr-Lern-Formen und deren Weiterentwicklung wird von der Hochschulrektorenkonferenz (*HRK* 2007) *John Dewey* (1909/ 1986) erachtet. Problemlösungskompetenz gilt nach dessen Theorie des Problemlösens als erlernbar und beeinflussbar und wird durch das Sammeln von Erfahrungen in bestimmten Bereichen und Situationen sowie entsprechender Reflexion erworben (*Biesta; Burbules* 2003 sowie *Waldherr* u.a. 2009). Obwohl seine Theorie nicht nur Zustimmung findet, ist der auf *Dewey* beruhende und in der pädagogischen Literatur anerkannte pragmatische Ansatz einer Theorie der Problemlösung bedeutsam. *Deweys* Theorie erscheint unter anderem deshalb wichtig, weil er die Rolle der Kreativität und Kooperation beleuchtet. Gleichzeitig macht er deutlich, dass ein Zugang zur Lösung von Problemen nicht auf einer Trennung von Kognition und Handeln beruht, sondern nur durch das direkte Zusammenwirken von Kognition und Handeln gefunden werden kann. Es gibt auch eine reflexive Dimension bei *Dewey*, wonach der mit einem Problem konfrontierten Person während des Problemlösungsprozesses fortwährend Urteile und Entscheidungen über die möglichen Handlungsalter-

nativen abverlangt werden. Diese notwendigen Entscheidungen werfen zusätzliche Probleme auf, und die mit der Problemlösung befasste Person muss sich immer wieder fragen, welche möglichen Auswirkungen eine bestimmte Lösung haben könnte. Dieser Reflexionsprozess ist besonders für die technischen und wirtschaftlichen Berufsbereiche, aber auch in den sozialen Berufsfeldern von großer Bedeutung, denn nicht alle möglichen Lösungen eines Problems dürften auch wünschenswert sein. In diesem Sinne sieht Dewey Wissen nicht unabhängig von unserem Tun, sondern als ein Wissen über die Beziehungen zwischen unseren Handlungen und ihren Folgen.

Dewey's Theorie ist in eine Vielzahl anderer Theorien und Forschungen zum Thema Problemlösen eingeordnet, die zudem vielen verschiedenen, oft miteinander unvereinbaren Denkschulen angehören. Und die Frage, ob handlungsbezogene Erfahrung oder gar individuelle Dispositionen wie Motivation und Vertrauen beim Problemlösen eine Rolle spielen oder ob der Kern des Problemlösens rein kognitiv ist und Handeln oder persönliche Einstellungen erst dann ins Spiel kommen, wenn Lösungen angewendet werden müssen, ist nach wie vor offen. Die meisten aus den unterschiedlichsten Denkschulen abgeleiteten Ansätze beschäftigen sich jedoch fast ausschließlich mit der Frage, wodurch sich der Problemlösungsprozess auszeichnet, nicht aber damit, wie man gezielt die Kompetenz der Problemlösungsfähigkeit entwickeln kann.

Dewey geht von der Möglichkeit aus, Fähigkeiten zur Problemlösung gezielt zu entwickeln. Dieser Ansatz hat besonders im Hinblick auf die grundlegende Betrachtung der Beziehung zwischen der Rolle des Erwerbs einerseits und der Anwendung von Wissen und von Fähigkeiten andererseits erhebliche Folgen für die Lehre und die Lehrmethodik. Deshalb führen auf Dewey fußende Ansätze immer wieder zu Widersprüchen, sobald es um didaktische Umsetzungen geht. So wird einerseits argumentiert, dass in Vorlesungen beziehungsweise generell in frontalunterrichtenden Veranstaltungen erworbenes Wissen nicht zu der im Bachelor anzustrebenden berufsbefähigenden Problemlösungskompetenz führe. Andererseits wird vorgebracht, dass sich Dewey's erfahrungsorientierter Ansatz nur auf Anwendungen in der Praxis konzentrierte und die Betrachtung der Aneignung wichtiger, den Anwendungssektor betreffender Informationen und Wissensbestände vernachlässigte. Diese Kontroverse zwischen schwerpunktmäßiger Wissensorientierung und Problemorientierung, zwischen kognitiv orientierten und erfahrungs-

beziehungsweise kompetenzorientierten Studienangeboten lässt sich erst beilegen, wenn sich die Beteiligten darauf einigen können, dass alle Varianten für die notwendige Vielfalt von Lehrangeboten gebraucht werden.

2.6 Welche Lehrmethodiken sichern eine effektive Kompetenzorientierung in den einzelnen Lehrgebieten

Im Hinblick auf die Betonung des Stellenwerts der auf das Berufsleben vorbereitenden Kompetenzorientierung in der Lehrmethodik muss also vieles offen bleiben. Von unverändert großer Bedeutung ist allerdings die nicht zu bezweifelnde Relevanz von Übung im Lernprozess der Studierenden, um spezifische Anforderungen bewältigen zu lernen, und damit die Bedeutung der erfahrungs- und pro-

... der lese...

... Kompetenzorientierung
Eine Herausforderung
an die Lehrmethodik
Cornelia Kling-Kirchner

Zusammenfassung
... mit kritischem Blick!

Die Soziale Arbeit hat im nächsten
Jahr sechzigsten Geburtstag und
wir laden alle Leserinnen und Leser
ein, uns bei deren Weiterentwicklung
und Verbesserung zu helfen.

Unter <http://www.dzi.de/umfrage>
erhalten Sie ein kostenloses Exemplar
dieser Ausgabe im PDF-Format
und den Zugang zu unserem Fragebogen.

Bitte nehmen Sie sich die Zeit und
beteiligen sich an unserer Online-
Umfrage zum Aufbau und Erscheinungsbild
der Sozialen Arbeit.

Mit etwas Glück können Sie einen
iPod Shuffle™ gewinnen.

blembasierten Lehrveranstaltungsangebote. Im Studiengang Soziale Arbeit betrifft das zum Beispiel die Methodenseminare, weil nicht nur die kognitive Aneignung der Grundlagen der verschiedenen Methoden, sondern erst die Übung ihrer Anwendung zu der erwünschten Kompetenz führen kann.

Gleichzeitig aber gilt, dass auch bei einer gemeinsamen und übergreifenden Zielsetzung der Berufsbefähigung eine erfahrungs- und problembasierte Lehrmethodik nicht auf alle Lehrangebote übertragbar ist, und es liegt an dieser Stelle nah, noch einmal deutlich zu machen, dass unterschiedliche Auffassungen von Problemen und Problemlösungen und die ihnen zugrunde liegenden erkenntnistheoretischen Annahmen erhebliche Auswirkungen auf die Lehrmethodik haben können und am Ende zu sehr verschiedenen Ansätzen führen. Diese wiederum haben – je unterschiedlich für die Sicherung einer effektiven Wissensvermittlung und Kompetenzentwicklung in diesem oder jenem Gebiet – eine enorme Bedeutung.

Das Lehrgebiet „Methoden der Sozialen Arbeit“ kann als ein Beispiel dafür angesehen werden, dass es in Abhängigkeit von Studienfach und Studienschwerpunkten möglich ist, ziemlich weitgehend notwendige Kompetenzen für eine Berufsbefähigung zu formulieren, um Kompetenzorientierung in einem Studiengang zu sichern. Der Lehre der auf die Behandlung von Klienten und Klientinnen bezogenen Methoden der Sozialen Arbeit legt die Verfasserin unter anderem einen Kompetenzbegriff zugrunde, der zwar auch auf kognitive Lernprozesse zielt, sich aber vor allem an Zielen der Könnenserweiterung orientiert. Der Unterrichtsgegenstand ist primär an das inhaltliche Moment der erfolgreichen Bewältigung konkreter Lebensprobleme von Klientinnen und Klienten geknüpft (Geissler 1995).

Dabei ist vom disziplinären Hintergrund her das zu beachten, was Gerda Simons kürzlich so auf den Punkt gebracht hat: „Die Soziale Arbeit als wissenschaftliche Disziplin und als professionsgesteuertes Handeln ist bis heute durch ihre originäre Mischung aus multidisziplinären Fachbezügen und unmittelbarem Praxishandeln gekennzeichnet. [...] Typische Aufgabenstellungen, etwa bei Kindeswohlgefährdung, Delinquenz oder Suchterkrankung, sind nur durch aktive akademische Teilhabe am mittlerweile hoch spezialisierten wissenschaftlichen Theorie- und Forschungsdiskurs adäquat zu bewältigen“ (Simons 2010). Zusätzlich wichtig ist aus der Perspektive der Lehrenden die Berücksichtigung arbeitsfeldspezifischer Entwicklungen der Praxis.

In der gesamten Methodenlehre, aber insbesondere wenn es um klientenbezogene Inhalte geht, geschieht der Erwerb von wissenschaftlichem Wissen eher fallorientiert, das heißt anhand systematisch ausgewählter Fallbeispiele aus der Praxis und begleitend zu praktischen Übungen. Zielsetzung sind Wissen und Können in Bezug auf die für Sozialarbeit und Sozialpädagogik mit Klienten und Klientinnen angemessenen methodischen Vorgehensweisen. Dabei geht es um Kompetenzentwicklung, die als Befähigung zur konstruktiven Bewältigung von praktischen Situationen mit Klientinnen und Klienten und sozialen Aufgaben verstanden wird. In diesem Zusammenhang wird auch auf Lernzieltaxonomien fachübergreifender Kompetenzen (Schlüsselqualifikationen) zurückgegriffen (Grob u.a. 2001). Charakteristisch für den für dieses Lehrgebiet von der Verfasserin gewählten Ansatz sind phänomenologische Zugänge, die ein Verständnis von Lernen entfalten, das eng an den Begriff der Erfahrung gebunden ist.

Auch wenn durch die beschriebenen Merkmale ein Rahmen abgesteckt wird, bleiben die didaktisch-methodischen Handlungsspielräume groß. Die Entscheidungen darüber, ob und bei welchen Inhalten und Lernzielen eher eine direkte Instruktion erfolgt oder eher die explorierende und erfahrungsbasierte Stoffverarbeitung gefördert wird, ob mehr individuelles oder kooperatives Lernen stattfinden soll, ob das didaktische Arrangement hinsichtlich seiner Aktionsformen mehrfach in einem festgelegten Zeitraum wechseln oder sich auf eine einzige Form beschränken soll, werden dabei in Abhängigkeit von den jeweiligen Erfordernissen getroffen. Die leider immer wieder zu beobachtende Wirkungslosigkeit einer angewandten Methode in der Praxis der Sozialen Arbeit ist im Übrigen häufig nicht auf eine im Hinblick auf den Gegenstand falsche Methodenwahl zurückzuführen, sondern auf eine unzureichende oder zu schematische Umsetzung. Den Praktikern und Praktikerinnen fehlt in solchen Fällen die Kompetenz, die Wechselwirkung von Methode, Personen und Setting hinreichend zu reflektieren.

Das bedeutet, dass ein kompetenzorientiertes Lehrangebot eine aufmerksame Begleitung der Lernprozesse der Studierenden erfordert, um ihnen zusätzliche Lernangebote für noch fehlende oder noch nicht ausreichende Kompetenzen unterbreiten zu können. Kompetenzorientierung in einem Studiengang muss also gleichzeitig auch eine Prozessorientierung in den betreffenden einzelnen Lehrveranstaltungen umfassen. Die hier angesichts

eines bisher überwiegend ergebnisorientierten Studienangebots bestehende Lücke stellt im Besonderen für die Lehrenden eine Herausforderung dar, für die ebenfalls Forschungsbedarf besteht.

Bei all diesen Abläufen lassen sich zwei Ebenen unterscheiden: Die beobachtbare Ebene des lehrmethodischen Handelns an der Hochschule und die nicht beobachtbare Ebene der dadurch ausgelösten Lernprozesse. Wie diese beiden Ebenen zusammenhängen, ist bis heute empirisch nicht geklärt, und es ist die Frage, ob eine Klärung jemals möglich sein wird. Bisher stehen hinsichtlich einer Verknüpfung nur Evaluationen der Lernergebnisse zur Verfügung.

3. Resümee

Es kann als sicher gelten, dass es auf der Ebene der didaktischen Methoden keinen Königsweg des Lehrens gibt. Die Zusammenhänge zwischen dem didaktischen Handeln der Lehrenden und den Lernprozessen der Studierenden sind hoch komplex. Dabei sind Lehrmethodik und Lernerfolg auch abhängig von Faktoren, die sich einer ergebnisorientierten Forschung entziehen. Wenn man als Lehrende der seit der Bologna-Reform vertretenen Grundforderung, die Kompetenzorientierung in den Vordergrund der Qualifizierungsprozesse von Studierenden zu stellen, Folge leistet, dann begibt man sich in einen fortwährenden Prozess des Forschens im Wechselbezug von Theorie und Praxis. Gleichzeitig resultiert daraus die Notwendigkeit, Forschungsprojekte zur Begleitung der Arbeit der lehrenden und lernenden Personen zu initiieren.

Da es sich in Zusammenhang mit dem, was man als Kompetenzentwicklung von Studierenden bezeichnen kann, nicht um eindeutig definierte statische, sondern um variable und sich verändernde Faktoren handelt, variieren und verändern sich auch die für eine erfolgreiche Kompetenzorientierung notwendigen Voraussetzungen. Sie ändern sich mit den unterschiedlichen Vorstellungen von Berufsbefähigung und damit zusammenhängenden gesellschaftlichen Erwartungen, den beteiligten Personen und ihren in Veränderung begriffenen Lebenswelten, außerdem mit neuen Forschungsergebnissen in den einzelnen Wissenschaften sowie den zugehörigen Paradigmen. So deutet sich gegenwärtig beispielsweise in der Sozialen Arbeit ein Paradigmenwechsel durch die sich erweiternden Kenntnisse in Bezug auf lebende Systeme und die neuen Überlegungen zur persönlichen und kollektiven Verantwortung in Bezug auf unsere Umwelt an. Unter diesen Vorzeichen und angesichts dieser Gegebenheiten stellt sich für die Lehrmethodik der Lehrenden fortwährend die Her-

ausforderung der jeweils angemessenen Konkretisierung von Kompetenzen im Rahmen des jeweiligen eigenen Studienganges.

Anmerkungen

- 1 Bologna Konferenz am 17.5.2010 in Berlin. In: <http://www.bmbf.de/de/14763.php> (vgl. auch Kaube 2010).
- 2 Mit dem Titel „Hochschuldidaktik kompakt“ wurde an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig (HTWK) im Wintersemester 2009/2010 und Sommersemester 2010 eine die Lehrmethodik thematisierende und kritisierende Fortbildungsveranstaltung angeboten. Siehe dazu ausführlicher Kling-Kirchner: Fragen der Lehrmethodik anlässlich einer aktuellen Fortbildungsveranstaltung an der HTWK Leipzig. Ein Beitrag hierzu ist für die Zeitschrift Die Neue Hochschule 6/2010 in Vorbereitung.

Literatur

- Biesta, G.J.J.; Burbules, N.C.:** Pragmatism and Educational Research. Lanham 2003
- Dewey, John:** Erziehung durch und für Erfahrung. Stuttgart 1986
- Geißler, K.A.; Hege, M.:** Konzepte sozialpädagogischen Handelns. Weinheim 1995, S. 28
- Grob, U. u.a.:** Überfachliche Kompetenzen. Theoretische Grundlagen und empirische Erprobung eines Indikatorensystems. Bern 2001
- HRK – Hochschulrektorenkonferenz:** Beschlüsse zur Studienreform vom 16.10.2007: Qualitätsoffensive in der Lehre – Ziele und Maßnahmen. In: <http://www.projekt-q.de/bologna/de/download/dateien/glehre2007.pdf> (Abruf am 20.8.2010)
- Kaube, J.:** Die Rettungsanitäter der Bildung. In: FAZ vom 20.5.2010
- Klieme, E. u.a.:** Zur Entwicklung nationaler Bildungsstandards. Eine Expertise. Bonn 2003, S. 72 f.
- Siebert, H.:** Vernetztes Lernen. Systemisch-konstruktivistische Methoden der Bildungsarbeit. München 2003
- Simons, G.:** Der Bachelor – auf der Suche nach dem Potenzial einer umstrittenen Studienreform. In: Die Neue Hochschule 1/2010, S. 36
- Waldherr, F. u.a.:** Didaktisch & praktisch. Ideen und Methoden für die Hochschullehre. Stuttgart 2009

Pflege-Weiterentwicklungsgesetz

Auswirkungen auf bestehende Strukturen der Sozialarbeit in der Altenhilfe am Beispiel Berlins

Eva Hollmach

Zusammenfassung

Mit der letzten Reform der Pflegeversicherung wurden die Kranken- und Pflegekassen unter anderem zu Pflegeberatung und zur Errichtung von Pflegestützpunkten verpflichtet. In dem Artikel werden die Auswirkungen des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes unter den Aspekten von Machtausübung und unterschiedlichen professionellen Kulturen auf die in den Berliner Koordinierungsstellen „Rund ums Alter“ entwickelten sozialarbeiterischen Beratungsstandards analysiert.

Abstract

The recent reform of the long-term care insurance in Germany compelled health and long-term care insurances to offer long-term care counselling and to establish close-to-home care support centres. Taking into account aspects like the exercise of power and differing governance cultures, this article offers an analysis of the consequences of the Long-term Care Further Development Act on the counselling standards of social work as developed in the Berlin coordination centres „Rund ums Alter“ (about aging).

Schlüsselwörter

alter Mensch – Beratungsstelle – Pflegeversicherung – Koordination – Pflegeversicherungsgesetz

Einleitung

Es ist unumstritten, dass sich mit dem Pflege-Weiterentwicklungsgesetz (PfWG), das am 1.7.2008 in Kraft trat, die Leistungen für Pflegebedürftige und deren Angehörige verbessert haben, der Altenhilfe bescherte es jedoch einen folgenreichen Einschnitt in ihren Aufgabenbereich. Für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter waren vor allem zwei Neuerungen bedeutsam: die Einführung eines individuellen Rechtsanspruchs jeder versicherten Person auf Pflegeberatung und die Errichtung von wohnortnahen Pflegestützpunkten. Die Beratung von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen, insbesondere von alten Menschen, lag im Rahmen der Daseinsvorsorge bisher hauptsächlich in der Verantwortung der Kommunen. Mit dem Pflege-Weiterentwicklungsgesetz wurden die Kranken- und Pflegekassen von der Politik nur mit einer Einschränkung gezwungen,

neutrale und wohnortnahe Pflegestützpunkte aufzubauen und Pflegeberatung anzubieten: Pflegestützpunkte sollten nur dann errichtet werden, wenn die oberste Landesbehörde dies bestimmt.

Das Land Berlin hatte sich hierfür entschieden und in einer Allgemeinverfügung der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales wurde daher festgelegt, dass bis zum 31. Dezember 2011 insgesamt 36 Pflegestützpunkte in Berlin eingerichtet werden sollen, davon mindestens 24 bereits innerhalb eines halben Jahres. Dies bedeutet, dass ein Pflegestützpunkt durchschnittlich 95 000 Einwohnerinnen und Einwohnern zur Verfügung steht. Dabei wurde von Anfang an auch festgelegt, dass die Pflege- und Krankenkassen auf die im Land Berlin vernetzten Beratungsstrukturen in Form der zwölf Berliner Koordinierungsstellen „Rund ums Alter“ zurückzugreifen haben.

Am Beispiel der Berliner Koordinierungsstellen „Rund ums Alter“, einem seit vielen Jahren aus öffentlichen Mitteln finanzierten, gut funktionierenden, flächendeckenden Netz von Beratungsstellen für ältere Menschen und deren Angehörige, wird deutlich, was passiert, wenn Organisationen mit unterschiedlichem Selbstverständnis und gegensätzlichen Interessen zusammengeführt werden, um gemeinsam neue Aufgaben zu übernehmen beziehungsweise vorhandene Aufgaben weiterzuentwickeln: Im Umstrukturierungsprozess setzt sich die politisch und ökonomisch stärkere Organisation mit ihren Vorstellungen und Standards durch und beansprucht für sich die Definitionsmacht bei der Festlegung und Ausgestaltung der zukünftigen Aufgaben.

Gesellschaftspolitischer Hintergrund

Steigende Lebenserwartung und die damit verbundene Alterung der Gesellschaft sind die demographischen Trends, die seit Jahren insbesondere in der Altenhilfe, im Gesundheitswesen und in der Pflege diskutiert werden. Durch den starken Anstieg der Hochaltrigen wird die Zahl der Pflegebedürftigen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zunehmen. In Deutschland werden Pflegeleistungen überwiegend noch von der Familie übernommen. Etwa zwei Drittel der Pflegebedürftigen in Deutschland werden heute zu Hause gepflegt und nur ein Drittel in Institutionen. Bei denjenigen, die zu Hause gepflegt werden, wird die Pflege zu 67 Prozent ausschließlich von Familienangehörigen (insbesondere Partnern, Partnerinnen und Kindern) übernommen, 23 Prozent greifen zusätzlich auf ambulante Pflegedienste zurück (Dobelhammer-Reiter 2009). Inwie-

fern in Zukunft die Familien in diesem Umfang weiterhin für diese Aufgabe zur Verfügung stehen, hängt von vielen Entwicklungsfaktoren, wie der Geburten-, Scheidungs- und Zuwanderungsrate, der Erwerbstätigkeitsquote von Frauen, der Erhöhung des Rentenalters, der Zunahme der Single-Haushalte und weiteren Einflüssen, ab.

Unumstritten im öffentlichen Diskurs ist, dass zukünftig mehr professionelle Pflege benötigt wird und dass die Kosten im Gesundheits- und Pflegebereich weiter steigen. Bei gleichzeitiger Abnahme der Zahl erwerbstätiger Menschen in der Gesellschaft stellt sich umso dringlicher die Frage, ob zukünftig die gesellschaftlichen Ressourcen ausreichen werden, um allen Menschen eine angemessene und menschenwürdige Behandlung und Pflege bis ins hohe Alter zukommen zu lassen. Schon heute müssen Überlegungen angestellt werden, wie die zur Verfügung stehenden Ressourcen effizienter eingesetzt werden können. Die Unübersichtlichkeit des Pflege- und Gesundheitsmarktes, die Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung und wechselnde Zuständigkeiten der Kostenträger führen bei Patientinnen und Patienten zu Versorgungsbrüchen und Versorgungslücken, die Veränderungen auf struktureller Ebene erfordern.

Ebenfalls unumstritten ist, dass Beratung notwendig ist, um sich im Gesundheits- und Pflegebereich orientieren zu können. Insbesondere wenn durch Krankheit und Pflegebedürftigkeit die Selbstständigkeit der Lebensführung bedroht ist, sieht sich die Betroffene beziehungsweise der Betroffene einem unbekanntem und unübersichtlichen Angebot von Unterstützungsmöglichkeiten gegenüber und hat das Problem, das Richtige für sich in seiner individuellen Lebenssituation herauszufinden und die damit verbundenen Finanzierungsfragen zu klären. Das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz, von der großen Koalition auf den Weg gebracht, war der Versuch einer Antwort auf diese Ausgangssituation. Der Gesetzesentwurf war von Anfang an heftig umstritten. Der einen Seite gingen die Veränderungen nicht weit genug, der anderen Seite sollte die Reform vor allen Dingen nicht zu viel kosten. Zum 1. Juli 2008 trat das Gesetz als im Bundesrat nicht zustimmungspflichtiges „Kompromiss-Gesetz“ in Kraft.

Gesetzliche Veränderungen in der sozialen Pflegeversicherung

Die Pflegeberatung ist seitdem eine Pflichtleistung der Pflegekassen. Aufgabe der Pflegeberatung ist es nach Paragraph 7a, Absatz 1 des SGB XI insbesondere, „1. den Hilfebedarf unter Berücksichtigung der

1. Feststellung der Begutachtung durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung systematisch zu erfassen und zu analysieren,
2. einen individuellen Versorgungsplan mit den im Einzelfall erforderlichen Sozialleistungen und gesundheitsfördernden, präventiven, kurativen, rehabilitativen und sonstigen medizinischen sowie pflegerischen und sozialen Hilfen zu erstellen,
3. auf die für die Durchführung des Versorgungsplans erforderlichen Maßnahmen einschließlich deren Genehmigung durch den jeweiligen Leistungsträger hinzuwirken,
4. die Durchführung des Versorgungsplans zu überwachen und erforderlichenfalls einer veränderten Bedarfslage anzupassen sowie
5. bei besonders komplexen Fallgestaltungen den Hilfeprozess auszuwerten und zu dokumentieren.“

Die Pflegeberatung soll in den von den Pflege- und Krankenkassen neu einzurichtenden Pflegestützpunkten zur wohnortnahen Beratung, Versorgung und Betreuung der Versicherten angeboten werden, deren Aufgabe ebenfalls Beratung ist. Dazu heißt es im Pflege-Weiterentwicklungsgesetz in Paragraph 92c, Absatz 2:

- „[...] Die Aufgaben der Pflegestützpunkte sind
1. umfassende sowie unabhängige Auskunft und Beratung zu den Rechten und Pflichten nach dem Sozialgesetzbuch und zur Auswahl und Inanspruchnahme der bundes- und landesrechtlich vorgesehenen Sozialleistungen und sonstigen Hilfsangebote,
 2. Koordinierung aller für die wohnortnahe Versorgung und Betreuung in Betracht kommenden gesundheitsfördernden, präventiven, kurativen, rehabilitativen und sonstigen medizinischen sowie pflegerischen und sozialen Hilfs- und Unterstützungsangebote einschließlich der Hilfestellung bei der Inanspruchnahme der Leistungen,
 3. Vernetzung aufeinander abgestimmter pflegerischer und sozialer Versorgungs- und Betreuungsangebote. [...]

Eine Abgrenzung der Beratung im Pflegestützpunkt nach § 92c zur Pflegeberatung nach § 7a wird im Gesetz nicht vorgenommen. Zur Pflegeberatung nach § 7a SGB XI schreibt das Gesetz in Absatz 3 allerdings vor, welches Personal sie zu leisten hat: „[...] Die Pflegekassen setzen für die persönliche Beratung und Betreuung durch Pflegeberater und Pflegeberaterinnen entsprechend qualifiziertes Personal ein, insbesondere Pflegefachkräfte, Sozialversicherungsfachangestellte oder Sozialarbeiter mit der jeweils erforderlichen Zusatzqualifikation. [...] Soziale Arbeit steht nicht zufällig an letzter Stelle, sondern wurde nur aufgrund fachlicher Stellung-

nahmen und Eingaben in den Gesetzestext aufgenommen. In dem Gesetzesentwurf der Bundesregierung, der dem Bundestag im Dezember 2007 vorgelegt wurde, waren lediglich Pflegefachkräfte und Sozialversicherungsfachangestellte für die Pflegeberatung vorgesehen. (*Deutscher Bundestag* 2007).

Auswirkungen auf die Soziale Arbeit mit alten Menschen in Berlin

Schon immer hatte die Soziale Arbeit im Gesundheitswesen, das von Ärzten, Ärztinnen, Krankenschwestern und Pflegekassen dominiert wird, einen schlechten Stand. Zurzeit unterliegt der Gesundheits- und Pflegemarkt, in dem die Ökonomisierungstendenzen besonders weit fortgeschritten sind, enormen Veränderungen. Gewohnte Versorgungsstrukturen brechen auf, neue Tätigkeitsfelder entstehen, andere Berufsgruppen profilieren sich in bisher originären sozialarbeiterischen Tätigkeitsbereichen und konkurrieren um ihre Positionen. In den Krankenhäusern werden zum Beispiel vorrangig Pflegekräfte für das Entlassungsmanagement eingesetzt und Arbeitsplätze im Sozialdienst infrage gestellt. In den ambulanten Pflegediensten und teilstationären sowie stationären Pflegeeinrichtungen sind Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter aufgrund des Kostendrucks nicht immer vertreten und wenn sie zur Verfügung stehen, werden sie insbesondere zur Kostenklärung eingesetzt, das heißt, sie werden hier von den betriebswirtschaftlichen Interessen des jeweiligen Trägers dominiert.

Das größte Problem der Sozialen Arbeit im Gesundheits- und Pflegebereich ist es, dass ihr Leistungsprofil meist fremdbestimmt wird und sie auf keiner Entscheidungsebene über Macht oder Einfluss verfügt. Die ehemaligen Berliner Koordinierungsstellen „Rund ums Alter“ waren eine Ausnahme im System. Sie waren bei unterschiedlichen Trägern der Freien Wohlfahrtspflege angesiedelt, die entweder zum Diakonischen Werk oder zum Paritätischen Wohlfahrtsverband gehörten, und wurden durch das Land Berlin und die Liga der Wohlfahrtsverbände finanziert. Ihre Leistungen waren kostenfrei und ihre Beratung war anbieterneutral und kostenträgerunabhängig. Sie konnten sich in der Beratung an den Wünschen, Bedürfnissen und Möglichkeiten der Klientinnen und Klienten orientieren.

Diese Beratungsstellen, ursprünglich 1988 aus einem Bundesmodellprojekt hervorgegangen, hatten sich in über 20 Jahren kontinuierlicher Weiterentwicklung einen festen Platz in der Landschaft der Altenhilfe und Pflege Berlins geschaffen. Es waren Einrichtungen der Sozialen Arbeit mit einer gemein-

samen Aufgaben- und Leistungsbeschreibung, die regional in den Berliner Bezirken verankert waren und darüber hinaus durch die berlinweite Zusammenarbeit Impulse für die Weiterentwicklung der Altenhilfe geben konnten. Ihre Leistungen richteten sich an ältere Menschen, deren Angehörige und sonstige Kontaktpersonen. Neben der individuellen Information, Beratung und Unterstützung im Rahmen von Case Management waren sie auch auf der Systemebene tätig und konnten dort ihre Erfahrungen aus der Einzelfallarbeit im Rahmen von Care Management umsetzen. In allen Berliner Bezirken nahmen die Beratungsstellen entscheidenden Einfluss auf die Bildung von geriatrisch-gerontopsychiatrischen Verbänden und die Förderung der Zusammenarbeit der Altenhilfe- und Pflegeeinrichtungen. Durch ihre Erfahrung in der Beratungsarbeit konnten sie auf Schnittstellenprobleme aufmerksam machen, auf Versorgungslücken hinweisen und gemeinsam mit allen Beteiligten auf die Verbesserung der Versorgungssituation von älteren Menschen und pflegenden Angehörigen hinwirken.

Die gemeinsame Datenbank der Beratungsstellen www.hilfelotse-berlin.de, als Beratungsinstrument für die interne Nutzung konzipiert, steht seit 2003 im Internet auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Sie enthält berlinweit zur Zeit 16 120 Datensätze und bietet damit einen Überblick nicht nur über alle ambulanten, teilstationären und stationären Pflegeeinrichtungen, sondern auch über Krankenhäuser, Ärzte, Therapeuten, Seniorenwohnanlagen, Wohngemeinschaften und sämtliche Alltagshilfen, die für ältere Menschen wichtig sein könnten.

Ein reihum von den Koordinierungsstellen „Rund ums Alter“ bedientes Beratungstelefon ermöglichte werktags von 9 bis 18 Uhr eine kontinuierliche Erreichbarkeit. Dieses Telefon war von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern besetzt und bot fachkompetente Information und Beratung. Durch die gemeinsame Nutzung personeller und finanzieller Ressourcen konnten Synergieeffekte erzielt werden. Jede einzelne Beratungsstelle hätte aufgrund ihrer knappen personellen Ausstattung (in der Regel 2,5 Sozialarbeiterstellen pro Bezirk mit zirka 300 000 Einwohnerinnen und Einwohnern) neben den Sprechstunden, Beratungsterminen, Hausbesuchen und sonstigen Aktivitäten kein derart bürgerfreundliches Angebot vorhalten können.

Die Förderung des ehrenamtlichen bürgerschaftlichen Engagements sowie die Aus- und Fortbildung insbesondere von ehrenamtlichen und arbeitsamtfinanzierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des

zweiten oder dritten Arbeitsmarktes gehörte ebenso zu ihren Aufgaben wie die umfangreiche verbraucherorientierte Öffentlichkeitsarbeit.

Diverse Informationsblätter und Broschüren zu den beratungsrelevanten Themen wurden entwickelt und standen nicht nur den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Koordinierungsstellen zur Verfügung, sondern wurden auch von anderen Fachkräften aus dem Bereich der Altenhilfe und Pflege genutzt. Im Laufe der Zeit konnten sie auch in verschiedenen Sprachen (türkisch, serbokroatisch, russisch) angeboten werden. Zur Öffentlichkeitsarbeit gehörten Vorträge in Seniorengruppen, Infoveranstaltungen zu unterschiedlichen Themen, Infostände auf bezirklichen und überregionalen Veranstaltungen, die Durchführung von regionalen Infomärkten und die Benutzung des Beratungsbusses der Ligaverbände. Eine eigene Homepage gehörte selbstverständlich auch dazu.

Als berlinweites, jedoch regional in den Bezirken verankertes Angebot konnten die ehemaligen Koordinierungsstellen „Rund ums Alter“ einerseits in den Bezirken unterschiedliche Schwerpunkte entwickeln, die sich an den Bedingungen vor Ort orientierten, andererseits aber auch durch fachlichen Austausch und überregionale Zusammenarbeit gemeinsame Projekte entwickeln und neue Impulse setzen. Darüber hinaus waren sie an der Planung, Konzeptionierung und Implementierung verschiedener Projekte beteiligt, wie zum Beispiel:

▲ dem Netzwerk im Alter, einem Projekt im Rahmen des Bundesmodellprogramms „Altenhilfestrukturen der Zukunft“, Träger Albatros e.V.;

▲ dem Informationszentrum für demenziell erkrankte Migranten und Migrantinnen sowie deren Angehörige (IdeM), Träger Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg e.V.;

▲ der Freiwilligenagentur Steglitz-Zehlendorf, Trägerverbund Diakonisches Werk Steglitz und Teltow-Zehlendorf e.V., Nachbarschaftsheim Mittelhof, Deutsches Rotes Kreuz Berlin-Südwest, Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf;

▲ der Zimmerbörse für ambulant betreute Wohngemeinschaften mit demenziell erkrankten alten Menschen, einem Kooperationsprojekt der Koordinierungsstelle „Rund ums Alter“ Neukölln und dem Verein für selbstbestimmtes Wohnen im Alter e.V.

Die Planung und Durchführung von großen Fachveranstaltungen in Berlin gehörten ebenfalls zu den Angeboten der Koordinierungsstellen: In ihrem 4. Symposium „Pflege menschenwürdig gestalten – Strukturen verbraucherorientiert reformieren“ vom

November 2007 ging es damals unter anderem bereits auch um die Reform des Pflegeversicherungsgesetzes. In dem Gesetzesentwurf zum Pflege-Weiterentwicklungsgesetz sahen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einerseits eine Bestätigung ihrer bisherigen Praxis, denn er sah für alle Pflegebedürftigen genau das vor, was es in Berlin mit den Koordinierungsstellen „Rund ums Alter“ für die älteren Menschen schon gab. Andererseits erkannten sie die mit ihm einhergehende Gefahr, dass die bewährten Einrichtungen der Sozialen Arbeit zurückgedrängt werden, weil ein anderer Kostenträger von der Politik für ähnliche Aufgaben in Verantwortung genommen wird.

Der Umstrukturierungsprozess der Berliner Koordinierungsstellen „Rund ums Alter“

Alle Berliner Koordinierungsstellen „Rund ums Alter“ wurden im Herbst 2009 zu Pflegestützpunkten nach § 92c SGB XI. Sie wurden weiterhin durch Zuwendungen der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales und die Liga der Freien Wohlfahrtspflege finanziert, die Anstellungsverhältnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter blieben unverändert. Seitdem kämpfen die Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen der ehemaligen Koordinierungsstellen gemeinsam mit ihren Trägern um den Erhalt ihrer sozialarbeiterischen und sozialpolitischen Positionen in den Pflegestützpunkten, allerdings mit immer weniger Einfluss auf die Entscheidungen über Inhalte, Qualität, Dokumentation und Außen-darstellung der Arbeit.

Ein wesentlicher Auseinandersetzungspunkt ist dabei die Pflegeberatung nach § 7a SGB XI. Die Pflegekassen beanspruchen für sich, diese Beratung nur von ihren eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durchzuführen. Als Kostenträger, die für ihre Versicherten die Pflegeberatung gewährleisten müssen, bestimmen die Kassen, welche Qualifikation Pflegeberater und Pflegeberaterinnen haben müssen, um als Pflegeberatende nach § 7a SGB XI tätig sein zu können.¹ Der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen hat dazu in seinen Empfehlungen festgelegt, dass Pflegeberaterinnen und Pflegeberater zusätzlich zu den in ihrer abgeschlossenen Berufsausbildung oder im Studium erworbenen Grundqualifikationen die für die Tätigkeit erforderlichen Fertigkeiten und Kenntnisse durch Weiterbildungen sowie ein Pflegepraktikum nachweisen müssen. Neben Kenntnissen in Kommunikation und Gesprächsführung, der Moderation insbesondere von Fallkonferenzen, in Verhandlungstechniken mit anderen Sozialleistungsträgern und Leistungserbringern, die in geeigneter Weise nachgewiesen

werden müssen, sieht die Weiterbildung drei Module im Umfang von insgesamt mindestens 400 Stunden zu den Themen Pflegefachwissen (100 Stunden), Case Management (180 Stunden) und Recht (120 Stunden) vor. Dazu kommt ein einwöchiges Praktikum in einem ambulanten Pflegedienst sowie ein zweitägiges Praktikum in einer teilstationären Pflegeeinrichtung, das Eindrücke des Pflegealltags der Pflegebedürftigen, der Angehörigen, der Pflegekräfte und sonstigen Akteure vermitteln soll, um eine Verbindung von Theorie und Praxis herzustellen.

Mit abgeschlossener Berufsausbildung werden folgende Berufe anerkannt und gleichberechtigt nebeneinander gestellt:

- ▲ Altenpfleger beziehungsweise Altenpflegerin;
- ▲ Gesundheits- und Krankenpflegerin beziehungsweise -pfleger;
- ▲ Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerin beziehungsweise -pfleger;
- ▲ Sozialversicherungsfachangestellte beziehungsweise -angestellter;
- ▲ sowie Sozialarbeiter beziehungsweise Sozialarbeiterin mit abgeschlossenem Studium.²

In der Praxis setzen die Pflegekassen in Berlin in den Pflegestützpunkten und zur Pflegeberatung vor allen Dingen ihre bisher schon beschäftigten Sozialversicherungsfachangestellten ein und schulen sie in Weiterbildungslehrgängen. Verwaltungsfachangestellte, die bisher Anträge aus Sicht eines Leistungsträgers zu bearbeiten hatten, übernehmen in den jetzt von den Pflegekassen eingerichteten Pflegestützpunkten die für sie völlig neue Aufgabe einer unabhängigen, umfassenden Beratung. Diplom-Sozialarbeiterinnen und -arbeitern sowie Sozialpädagogen und -pädagoginnen mit einem dreijährigen Fachhochschulstudium (inklusive diverser mehrmonatiger Praktika) und einem anschließenden einjährigen Berufspraktikum wird dagegen die Qualifikation zur Pflegeberatung nach § 7a SGB XI von den Pflegekassen aberkannt. Die in den Pflegestützpunkten der Wohlfahrtsverbände angestellten Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen mit abgeschlossenem Studium, unterschiedlichen zusätzlichen Ausbildungen und zertifizierten Qualifikationen wie zum Beispiel in Mediation und Case Management sowie langjähriger Berufserfahrung im entsprechenden Tätigkeitsbereich, die bisher genau die in diesem Paragraphen beschriebenen Aufgaben zur großen Zufriedenheit der Nachfragenden ausgeführt haben, sollen dafür nicht mehr zuständig sein, sondern ihre Klientel an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Pflegekassen abgeben, wenn ein Anspruch auf Pflegeberatung nach § 7a SGB XI besteht.

Die Pflegeberaterinnen und -berater haben die Aufgabe, den Hilfebedarf einer beziehungsweise eines Versicherten zu analysieren und einen individuellen Versorgungsplan aufzustellen, sie treffen jedoch keine Leistungsentscheidung. Der Versorgungsplan, der alle im Einzelfall erforderlichen Sozialleistungen und gesundheitsfördernden, präventiven, kurativen, rehabilitativen oder sonstigen medizinischen sowie pflegerischen und sozialen Hilfen enthalten soll, ist für den jeweiligen Leistungsträger und selbst für die Kranken- und Pflegekassen nicht bindend. Dabei muss man wissen, dass sich die Versicherten unabhängig von ihrer Kassenmitgliedschaft an jeden Pflegestützpunkt wenden können, in dem auch die Pflegeberatung angesiedelt ist. In der Regel werden sie den wohnortnächsten wählen. Da die Pflegekassen in Berlin untereinander ausgehandelt haben, wer von ihnen wo einen Pflegestützpunkt errichtet, kann es also sein, dass Versicherte beispielsweise von einer bei der AOK angestellten Pflegeberaterin beraten werden, obwohl sie selbst bei einer Ersatzkasse versichert sind. Da mit der Pflegeberatung nach § 7a SGB XI keine unmittelbare Kostenentscheidung verbunden ist, kann sie grundsätzlich von jedem fachlich Qualifizierten angeboten werden und Klientinnen und Klienten steht es frei, an wen sie sich wenden möchten.

Die Pflegeberatung beinhaltet unter anderem aber auch die Beratung über gesetzliche Leistungsansprüche und sie soll darauf hinwirken, dass diese Ansprüche durchgesetzt werden. Dies ist eine klassische Aufgabe der Sozialen Arbeit in den freien Verbänden. Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die bei einem Kostenträger angestellt sind, könnten bei dieser Aufgabe in einen Interessenkonflikt geraten. Das Rechtsdienstleistungsgesetz ermächtigt die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter der freien Verbände dagegen sogar, die mit der Durchführung der gesetzlichen Ansprüche verbundenen Rechtsdienstleistungen in ihrem Aufgabenbereich vorzunehmen.³ Mit der Forderung der Pflegekassen, Klientinnen und Klienten mit Beratungsanspruch nach § 7a SGB XI immer an ihre eigenen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter weiterzuleiten, werden die Kompetenzen der diplomierten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter nicht anerkannt. Sie sollen sich offenbar auf Erstberatungen im Pflegestützpunkt beschränken und die umfangreiche Pflegeberatung in komplexen Problemsituationen soll allein durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kranken- und Pflegekassen erfolgen.

Unabhängig von der jeweiligen Einstellung der Mitarbeitenden der Pflegekassen, die die Versetzung in

einen für sie durchaus interessanten Arbeitsbereich als persönliche Herausforderung und als Erweiterung ihres Berufsalltags erleben und mit Engagement in dem neuen Bereich tätig sein mögen, vollzieht sich damit ein Wechsel in der Beratungskultur. Langfristig wird die Alltags- und Lebensweltorientierung der Sozialen Arbeit von einer stärkeren Fokussierung auf das Leistungsrecht und den Pflegebedarf im engeren Sinne des SGB XI verdrängt.

Soziale Beratung mit sozialpädagogischer Orientierung rückt den Blick nicht in erster Linie auf das Leistungsrecht, sondern auf die individuelle Lebenslage und Lebenswelt der Klientinnen und Klienten sowie die Komplexität und Multidimensionalität von Anforderungen und Problemlagen. Soziale Arbeit nimmt vor allem Partei für die Betroffenen und ihre Probleme. Sie geht primär von den Erfahrungen und Möglichkeiten des Subjekts aus und orientiert sich an dessen Wünschen und Bedürfnissen. Dieses Denken ist den Entscheidungsträgern in den Krankenkassen und Pflegekassen, die die Definitionsmacht in der Umsetzung des Gesetzes für sich beanspruchen, völlig fremd. Aufgrund ihrer Machtposition in den Entscheidungsgremien werden sie sich nach den bisherigen Erfahrungen mit ihren Vorstellungen durchsetzen. Das bedeutet langfristig den Verlust einer umfassenden, klientenzentrierten Beratungsqualität, die sich als zielorientierte Problem-, Konflikt- und lebensereignisbezogene Krisenbewältigungshilfe, aber auch als Vorsorge versteht.

Aus berufspolitischer Sicht ist das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz ein Gesetz, das die Soziale Arbeit weiter aus dem Gesundheitsbereich verdrängt und darüber hinaus ihre bewährten und erfolgreichen Strukturen zerstört. Und das, obwohl das Gesetz in Paragraph 92c Abs. 2 ausdrücklich vorsieht, dass die neue Beratungsstruktur auf vorhandene vernetzte Beratungsstrukturen zurückgreifen soll. Pflege- und Krankenkassen und das Land Berlin wurden gemeinsam Träger jedes einzelnen Pflegestützpunktes und so sollen sich alle Pflegestützpunkte auch nach außen präsentieren. Das Land Berlin wurde im Landesrahmenvertrag zu einem geschäftsführenden Träger, der die Aufgabe vertraglich delegieren kann. Im einzelnen Pflegestützpunktvertrag delegierte das Land Berlin dann die Erfüllung der Aufgaben an die Träger der bisherigen Koordinierungsstellen „Rund ums Alter“ (Träger der Freien Wohlfahrtspflege). Die Öffentlichkeitsarbeit wird jetzt neutral und einheitlich nach den Vorgaben eines Steuerungsgremiums gestaltet. Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege haben zwar immer noch die personelle und finanzielle Ver-

antwortung für die Arbeit, dürfen aber als Träger eines Pflegestützpunktes nach außen nicht mehr in Erscheinung treten.

Schon im Entstehungsprozess der Pflegestützpunkte zeigte sich, dass sich die Kranken- und Pflegekassen aufgrund ihrer sozialpolitischen Machtposition und finanziellen Stärke in Verhandlungen durchsetzen werden. Die Träger der Sozialen Arbeit wurden nicht einmal in die Verhandlungen einbezogen, sondern nur noch mit den Ergebnissen konfrontiert. Auch im Laufe des jetzt fast einjährigen Bestehens der Berliner Pflegestützpunkte hat sich daran nichts geändert. Als lediglich „Beteiligte“ im Pflegestützpunktvertrag sind sie vollständig von den zentralen Entscheidungen eines Steuerungsgremiums abhängig, das paritätisch mit Vertretern und Vertreterinnen der Kranken- und Pflegekassen sowie der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales des Landes Berlin und den Berliner Bezirksämtern besetzt ist und in dem sie selbst nicht vertreten sind.

Das Steuerungsgremium, in dem die Geschäftsführung von einer Kasse übernommen wurde, übernimmt folgende Aufgaben:

- ▲ fachliche Steuerung;
- ▲ Entwicklung der personellen, sächlichen und finanziellen Ausstattung der Pflegestützpunkte;
- ▲ Beobachtung des Gesamtbedarfs an Beratungsleistungen;
- ▲ Entwicklung von Standards zur Qualitätssicherung;
- ▲ Entwicklung von spezialisierten Beratungsangeboten auf Basis erkennbarer Bedarfe;
- ▲ Entwicklung von Standards zur regionalen Einbindung und Beteiligung;
- ▲ Weiterentwicklung der Datenerhebung zur Erfüllung dieser Aufgaben;
- ▲ Entwicklung und Umsetzung eines gemeinschaftlichen Corporate Design und einer gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit.

Auswirkungen auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Der autoritär-lineare Stil des Implementierens von neuen zentral gesteuerten Strukturen und Konzepten in eine vorhandene dezentrale Struktur, ohne Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ihrer Träger und Interessenvertreterinnen und -vertreter, missachtet deren Erfahrungen. Der autoritäre Führungsstil, der sich in der Steuerung des Entwicklungsprozesses fortsetzt, könnte dazu führen, dass das Engagement und die Eigeninitiative der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die es bisher gewohnt waren, im Rahmen ihres Aufgabenbereiches selbst-

verantwortlich und selbstständig zu entscheiden, nachlässt. „Dienst nach Vorschrift“ könnte das bedauerndste Ergebnis sein.

Aus ihrem professionellen Selbstverständnis unterstützt und stärkt Soziale Arbeit betroffene Menschen und Angehörige in ihrer Selbstständigkeit und Selbstverantwortung. Selbstständigkeit und Selbstverantwortung beanspruchen die Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen auch in ihrem beruflichen Handeln für sich selbst. Sowohl in der Beratung im Einzelfall als auch in der Vernetzung auf der Systemebene geht es immer wieder um die Moderation von unterschiedlichen Interessen. Moderationsprozesse können nicht zentral von einem Steuerungsgremium gelenkt werden, sondern müssen die jeweiligen Bedingungen „vor Ort“ berücksichtigen. Mittelfristig ist zu befürchten, dass in den Pflegestützpunkten bezirkliche Unterschiede und Interessen nicht mehr im erforderlichen Maß berücksichtigt werden können und die Arbeit durch bürokratische Vorgaben behindert wird. Dass notwendige Entscheidungen nicht mehr rechtzeitig getroffen werden, ist eine Erfahrung, die bereits vorliegt. Seit zehn Monaten gibt es zum Beispiel kein Öffentlichkeitsmaterial für das neue Beratungsangebot. Einladungen zum Tag der offenen Tür lagen erst eine Woche vor der Veranstaltung vor und konnten daher nicht rechtzeitig zu den Adressaten und Adressatinnen gelangen.

Praktisch ist die Situation für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowohl in den landeseigenen Pflegestützpunkten wie in den Pflegestützpunkten der Kranken- und Pflegekassen unbefriedigend. Sie sollen in den Bezirken an unterschiedlichen Standorten gleichzeitig Sprechstunden anbieten. Dabei soll eine Mitarbeiterin der Kranken- und Pflegekasse ihre Sprechstunde im landeseigenen Pflegestützpunkt abhalten und eine Mitarbeiterin des landeseigenen Pflegestützpunkts dafür zur gleichen Zeit im Pflegestützpunkt der Kranken- und Pflegekasse. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befinden sich in unterschiedlichen Verantwortungsstrukturen, praktisch sollen sie aber partnerschaftlich zusammenarbeiten, obwohl sie objektiv gesehen in Konkurrenz zueinander stehen.

Für die Klientinnen und Klienten ist bei der einheitlichen Außendarstellung der Pflegestützpunkte nicht nachvollziehbar, wer die Verantwortung für ihre individuelle Beratung eigentlich trägt. Eine Transparenz der Strukturen wird von den Kranken- und Pflegekassen nicht gewünscht. Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter der landeseigenen Pflegestützpunkte kritisieren darüber hinaus das Bera-

tungssetting in den Pflegestützpunkten der Kranken- und Pflegekassen, das den anerkannten Standards Sozialer Arbeit in keiner Weise entspricht. Mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten dort in einem Raum, ein ungestörtes und vertrauliches Beratungsgespräch ist nicht möglich. Selbst Wartende können die Gespräche verfolgen, da es kein getrenntes Wartezimmer gibt. Die Träger der landeseigenen Pflegestützpunkte übernehmen die personelle Verantwortung und tragen damit ein finanzielles Risiko, fallen aber in der Außendarstellung der Pflegestützpunkte unter den Tisch. Bei ihnen stellt sich angesichts dieser Gesamtsituation die Frage, warum sie unter diesen Bedingungen die Arbeit eigentlich weiter verantworten sollen.

Gibt es eine Perspektive?

Ein Umsteuern wäre grundsätzlich möglich, wenn die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales sich als Kostenträgerin der Sozialen Arbeit stärker als bisher gegenüber den Kranken- und Pflegekassen positionieren und dafür einsetzen würde, dass die Interessen der freien Wohlfahrtsverbände angemessen berücksichtigt werden. Es wäre sinnvoll, die vollständig hierarchische Struktur aufzulösen und Entscheidungskompetenzen wieder auf untere Hierarchieebenen zu verlagern. Damit könnten die Bedingungen vor Ort besser berücksichtigt werden und es würden auf kurzen Wegen Entscheidungen rechtzeitig getroffen. Erfahrungen könnten so genutzt werden und die Mitarbeitenden würden sich besser mit ihrer Arbeit identifizieren. Statt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Aufgaben zu schulen, für die sie in ihrer Berufsausbildung und bisherigen Praxis keine Grundlagen erwerben konnten, sollte besser darüber nachgedacht werden, wie unterschiedliche Kompetenzen in einem multiprofessionellen Team sinnvoll genutzt werden können.

Anmerkungen

1 Empfehlungen des GKV-Spitzenverbandes nach § 7a Abs. 3 Satz 3 SGB XI zur Anzahl und Qualifikation der Pflegeberaterinnen und Pflegeberater vom 29. August 2008

2 Ebenda

3 § 8 des Rechtsdienstleistungsgesetz vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840), zuletzt geändert durch Art. 9 Abs. 2 G v. 30.07.2009 I 2449

Literatur

Deutscher Bundestag Drucksache 16/7439 vom 7.12.2007
Doblhammer-Reiter, Gabriele: Alternde Gesellschaften und Gesundheitsversorgung: Eine demografische Perspektive. In: Dokumentation der 6. Landesgesundheitskonferenz Berlin vom November 2009. In: http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-gesundheit/gesundheitspolitik/lgk/dokumentationen/6_lgk_dokumentation.pdf (Abruf am 9.9.2010)

Soziale Arbeit und die Philosophie

Ansatzpunkte für eine Verhältnisbestimmung

Thomas Schumacher

Zusammenfassung

Eine Verbindung zur Philosophie als Bezugswissenschaft pflegt Soziale Arbeit über ihre erkenntnistheoretischen und ethischen Anliegen. Ein philosophisches Profil erhält sie dadurch nicht. Sofern sie sich aber als Wissenschaft zu behaupten sucht, kann sie vom wissenschaftlichen Potenzial der Philosophie einschlägig profitieren. Zum einen wird über deren Theoriekompetenz die Plausibilität wissenschaftlicher Zugänge abgesichert; zum andern stärkt jene über ein anthropologisches Kernverständnis den Sozialarbeitsberuf in seinem Grundmerkmal: der Arbeit mit Menschen.

Abstract

Social work maintains a connection to philosophy as a reference discipline through its epistemological and ethical concerns. However, it does not thus obtain a philosophical profile. But as long as social work claims to be science, it may benefit from the scientific potential of philosophy in two pertinent aspects: On the one hand, the plausibility of its scientific approaches is ensured; and because of its basic anthropological concept, philosophy (as a reference discipline) strengthens the profession of the social worker in his most characteristic aspect: the work with people.

Schlüsselwörter

Sozialarbeit – Wissenschaft – Theorie-Praxis – Philosophie – Ethik – Anthropologie

Die Ausgangslage:

Das Sozialarbeitsverständnis

Die Soziale Arbeit ist ein ebenso komplexes wie eindeutiges Gebilde. Komplex ist sie auf verschiedenen Ebenen. Da ist zum einen die berufliche Praxis: Es gibt eine Vielzahl von Handlungsfeldern mit jeweils unterschiedlichen Handlungskontexten. Adressantinnen und Adressaten Sozialer Arbeit sind Menschen jeden Lebensalters, Einzelne, Gruppen und nicht zuletzt das große Ganze der Gesellschaft. Adressanten und Adressantinnen zeigen Unterstützungsbedarfe, aber auch Ansprüche, die das berufliche Handeln nicht als generöses Helfen, sondern als funktionale Begleitung von sozialen Prozessen ausweisen. Das klassische Muster, dass in der Sozialen Arbeit Menschen Hilfe erfahren, löst sich auf,

wenn man genauer betrachtet, wie vielfältig und wozu genau solche Hilfe gewährt wird. Als helfender Beruf verstanden, muss Soziale Arbeit vor allem darlegen, worin ihr spezifischer Hilfeansatz besteht (Bauer 2004). Dabei geht es um den Menschen, selbstverständlich, aber nicht um jedes und nicht um immer gleiche Anliegen.

Komplex zeigt sich die Soziale Arbeit auch im Hinblick auf ihr Theorie-Praxis-Verständnis. So klar und eindeutig die Position sein dürfte, dass Praxis Theorie braucht, und mehr noch: dass Theorie Praxis ausformt, so widerständig begegnet uns zugleich die Erfahrung, dass Sozialarbeits Handeln auf individuelle Lebenssituationen trifft, die weniger durch Theorie als durch Einfühlungsvermögen zu handhaben sind. Die daraus resultierende und immer wieder anzutreffende Irritation verschärft sich noch angesichts des Anspruchs, den Beruf als Wissenschaft begründen zu wollen. Auch wenn hier das Sozialarbeitsverständnis in den letzten Jahren deutlich vorangekommen ist, wurde die Spannung zwischen theoretischem und praktischem Anspruch bislang nicht aufgelöst (Engelke 2004, S. 71). Je nachdem, welche Perspektive man einnimmt, führt das zu jeweils unterschiedlichem Handlungsverständnis. Komplex ist die Soziale Arbeit aber auch, weil sie nicht einheitlich gelehrt wird. Es gibt Unterschiede im nationalen Rahmen – die Bologna-Reform der Hochschulausbildung hat die Bilder vom Sozialarbeitsberuf eher noch diversifiziert als angeglichen. Aber es ist vor allem der internationale Vergleich, der zeigt, wie unterschiedliche gesetzliche Voraussetzungen unterschiedliche Ansprüche an den Sozialarbeitsberuf stellen.

Das Erscheinungsbild der Sozialen Arbeit ist also eher komplex und uneinheitlich als eindeutig. Dennoch gibt es Ansatzpunkte, so etwas wie das Proprium sozialarbeiterischen Selbstverständnisses herauszustellen. Diese Ansatzpunkte finden sich zum einen in der angesprochenen Komplexität: So deutet die Verschiedenheit der beruflichen Praxis auf die Existenz eines Merkmals hin, das die Handlungsunterschiede als Praxis des Sozialarbeitsberufs zeigt; so führt die Spannung im Theorie-Praxis-Verständnis zu weiteren Klärungsanstrengungen; und so lenken unterschiedliche Zielrichtungen im Sozialarbeitsverständnis den Blick auf die Notwendigkeit, das in solchem Verständnis jeweils zum Tragen kommende Grundanliegen zu fixieren. Zum andern ist als Ansatzpunkt zu sehen, dass Soziale Arbeit so etwas wie einen Begriff oder eine Definition braucht, um als ein bestimmter Denk- und Handlungsrahmen überhaupt wahrgenommen werden zu können. So

weit das der Fall ist, darf man davon ausgehen, dass sie bei aller Komplexität im Erscheinungsbild eben auch ein eindeutiges Gebilde ist. Und umgekehrt ist zu erwarten, dass jede Anstrengung, Sozialer Arbeit Begriff und Definition zu geben, zur Klärung undurchsichtiger Zusammenhänge beiträgt.

Klärungshilfe durch die Philosophie

Denken und Handeln in der Sozialen Arbeit sind vielfach durch Erkenntnisse unterschiedlicher Bezugswissenschaften ausgeprägt und abgesichert. Zu beachten ist, dass Soziale Arbeit als Praxis von den Handlungsmöglichkeiten lebt, die andere Wissenschaften perspektivisch wie methodisch entwickelt haben. Das beginnt bei der Gesprächsführung und reicht über erkenntnisgestützte Vorgehensweisen bis zur Umsetzung besonderer didaktischer und auch therapeutischer Handlungsanliegen. Über solche handlungsorientierten Bezüge hinaus erfordern Theorie- und Konzeptarbeit, auch Diskussionsstränge innerhalb der Bezugswissenschaften abzubilden. Soziale Arbeit tritt hier in einen inhaltlichen Austausch, der es zuletzt ermöglicht, bezugswissenschaftliche Erkenntnisperspektiven für die eigenen Erkenntnis- und Handlungsanliegen nutzbar zu machen. Es liegt auf der Hand, dass sie dabei auf die wissenschaftliche Kompetenz der Pädagogik, der Psychologie, der Soziologie, der Medizin und anderer Disziplinen zurückgreift. Zu Bezugswissenschaften werden vor allem die Wissenschaften, die Auskunft über den Menschen als Einzelwesen und über Bedingungen und Dynamik des sozialen Zusammenlebens geben.

Dabei kommt auch die Philosophie in den Blick. Ihr Beitrag für Denken und Handeln der Sozialen Arbeit liegt auf der Hand, wenn man sieht, dass dieser Beruf darauf angewiesen ist, seine Erkenntnissituation zu klären sowie eine ethische Orientierung zu gewinnen. Das Erste ist notwendig, um überhaupt zu einer – soweit möglich – objektiven und tragfähigen Problemeinschätzung zu gelangen; das Zweite erst eröffnet die Möglichkeit, konsensfähige und erstrebenswerte Handlungsziele zu benennen. Insofern Philosophie aus Logik und aus Ethik besteht, wird sie Sozialer Arbeit nützlich sein.

Der in Betracht zu ziehende Kooperationsrahmen reicht aber noch weiter. Neben der Einsicht, dass die Praxis der Sozialen Arbeit zahlreiche philosophische Bezugspunkte hat, ist zu sehen, dass schon der Begriff Praxis an eine philosophische Tradition erinnert. Der landläufige Gebrauch dieses Begriffs – angelegt als Synonym für Tun – mag eine Hinwendung zu dieser Tradition erst einmal nicht erfordern.

Ebenso wenig ein Verständnis von Praxis, das immer schon, wie etwa in der Medizin, von einem wissenschaftlichen Selbstverständnis dominiert und regiert ist. In beiden Fällen geht es nicht wirklich um einen Begriff von Praxis, sondern darum, mit Praxis etwas zu bezeichnen, über das eben nicht weiter nachgedacht werden muss. In der Sozialen Arbeit aber deutet das Praxisverständnis auf ein dazu ins Verhältnis tretendes Theorieverständnis hin. Weder geht es um eine Praxis ohne Theorie noch um eine Theorie ohne Praxis. Vielmehr treten Theorie und Praxis in einem wechselseitigen Bezug als Begriffspaar auf und erinnern so an dessen ursprüngliche Bestimmtheit.¹ Die gilt es für das Sozialarbeitsverständnis heranzuziehen, und dazu braucht Soziale Arbeit die Philosophie.

Wenn man nun aber sieht, dass über die Philosophie etwas für die Soziale Arbeit so Grundsätzliches wie das Theorie-Praxis-Verständnis geformt werden kann, wird deutlich, dass es Berührungspunkte zwischen Sozialer Arbeit und Philosophie auch im konzeptionell-begrifflichen Bereich gibt. Es steht außer Frage, dass über die Philosophie das Wissenschaftsverständnis Sozialer Arbeit maßgeblich mit abgesichert wird. Das beginnt beim zentralen Anliegen einer Gegenstandsbestimmung, deren Bedeutung eine nach Autonomie strebende Soziale Arbeit klar vor Augen hat (*Puhl* u.a. 1996); und das reicht bis zu einem zuletzt begrifflichen Verständnis von Sozialer Arbeit selbst, die ihrerseits als Wissenschaft ihr Leistungsvermögen und ihren Zuständigkeitsbereich definieren muss (*Schumacher* 2003). Auf den Punkt gebracht, braucht Soziale Arbeit die Philosophie, wenn sie im Wissenschaftsbetrieb nicht nur bestehen, sondern auch Akzente setzen will. Kraft zieht sie aus dem Vermögen dieser Wissenschaft, Sozialer Arbeit die Notwendigkeit ihres Gegenstands auszuweisen und damit das Sein Sozialer Arbeit sicherzustellen (*Schumacher* 2003, S. 7).

So kann es als eine im Kern philosophische Frage angesehen werden, Sozialer Arbeit ihren Platz im Wissenschaftsgefüge zuzuweisen. Nicht dass der Philosophie hier eine Entscheidungsgewalt zukäme – worauf wäre die auch zu gründen? Was wissenschaftlich erforscht und als Wissenschaft abgebildet wird, unterliegt keinem formalen Legitimationsanspruch. Doch es hilft, einen wissenschaftlichen Ansatz Sozialer Arbeit zu etablieren, wenn klar werden kann, dass nicht Beliebiges beforscht wird, sondern ein Gegenstand, durch dessen wissenschaftliche Auslotung das Selbstverständnis des modernen Menschen abgebildet wird. Es kommen ja grundsätzlich nur diese drei Optionen für eine Positio-

nierung Sozialer Arbeit als Wissenschaft infrage:

▲ entweder der wissenschaftliche Anspruch entbehrt jeder Grundlage, das heißt Soziale Arbeit verwertet zwar Ergebnisse verschiedener Wissenschaften für ihre Theorie und Praxis, hat darüber hinaus aber keinen Ansatzpunkt für eine eigenständige wissenschaftliche Betätigung;

▲ oder eine Wissenschaft der Sozialen Arbeit ergibt einen Sinn, weil die in der wissenschaftlichen Arbeit ausgewiesene Kompetenz auch auf ein rein sozialarbeitliches Themenfeld bezogen werden kann, das als Schnitt- und Zielpunkt der bezugswissenschaftlichen Beiträge aufscheint;

▲ oder ein wissenschaftlicher Anspruch Sozialer Arbeit entspricht einem Desiderat menschlichen Selbst- und Weltverständnisses, so dass ihr – bedarfsbezogen – ein wissenschaftliches Profil von außen anzutragen und für sie als notwendig anzusehen ist.

Ganz gleich, welche Option man favorisiert – die Wahl prägt das Selbstverständnis und das Erscheinungsbild Sozialer Arbeit jeweils unterschiedlich aus. Je nachdem muss Soziale Arbeit als ein Instrument gelten, das weiter wissenschaftlich-handwerklich zugeordnete Aufgaben – vornehmlich solche der sozialen Problemlösung – bewältigt; oder als eine Institution, die, weil sie zu wissenschaftlichem Urteil in der Lage ist, ihre Aufgabenstellung eigenständig formuliert und eigene Ansprüche daraus ableitet; oder als eine gesellschaftliche Kraft, die ihre Arbeit als Mission begreift, weil sie weiß, dass sie im Bedarfs- und Orientierungsgefüge des Menschen im 21. Jahrhundert eine Lücke schließt.²

Es gibt keinen Anlass zu der Sorge, den Geltungsanspruch der Sozialen Arbeit idealistisch zu überzeichnen, wenn man Letzteres vermutet. Denn hier und nur hier wäre der länger schon anvisierte und nach wie vor offen diskutierte Professionsanspruch einzulösen.³ Wenn allerdings die philosophische Reflexion Unterstützung in erster Linie für diesen dritten Zugang verspricht, ist dennoch zu beachten, dass sie die Lage auch grundsätzlich zu entscheiden hilft. Schließlich geht es nicht darum, nach Belieben Ansprüche für ein Sozialarbeitsbild zu formulieren – auch wenn Statements für alle drei Optionen vorliegen –, sondern darum, ein berufliches Selbstverständnis zu schärfen, das anzeigt, welche Aufgabenstellung dem Leistungsvermögen Sozialer Arbeit letztlich adäquat ist. Das Bestreben in der Sozialen Arbeit sollte also dahin gehen, schrittweise offenzulegen, ob und inwieweit in Theorie und Praxis eigene, berufstypische Bezugspunkte aufscheinen, ob diese einen spezifischen Gegenstand Sozialer

Arbeit abbilden und ob ein solcher Gegenstand nicht nur sozialarbeitsbezogen, sondern auch im Kanon der Wissenschaften eingeordnet werden kann.

Wenn man sieht, wie wenig die Gegenstandsbestimmung bislang vorangebracht worden ist – derzeit von einem Stagnieren auszugehen, wäre noch die optimistischere Einschätzung –, ist auch eine sich nicht als Wissenschaft begreifende Soziale Arbeit nach wie vor ein Thema. Versuche, den Gegenstand Sozialer Arbeit festzulegen, haben aber auch gezeigt, dass es schwierig ist, das eingangs schon angesprochene komplexe Erscheinungsbild des Berufes auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen (dazu auch *Heiner* 2010, S. 202). Und doch kann Soziale Arbeit in dem Maß, wie sich in der Komplexität auch jene ebenfalls schon angesprochene Eindeutigkeit abzeichnet, hoffen, einen Gegenstand auch mit philosophischen Argumenten abzubilden, im Sinne einer begrifflichen Definition.

Soziale Arbeit ordnet und systematisiert ihr fachliches Wissen – die Philosophie hilft ihr abzuwägen, welche wissenschaftliche Legitimation sie daraus zu ziehen vermag. Das Eine ist dabei, weiter darauf hinzuwirken, einen Gegenstand Sozialer Arbeit eindeutig und gültig zu bestimmen; das Andere ist, mit dem Gegenstand auch die Frage zu klären, welche Notwendigkeit ihm einwohnt. So trägt die Philosophie als Bezugswissenschaft auch die Ausformung des Selbstverständnisses Sozialer Arbeit voran. Es ist klar, dass die Beantwortung der Basisfragen „Wissenschaft oder nicht? – und wenn ja: lediglich möglich oder auch notwendig?“ voraussetzt, sich in der Sozialen Arbeit auch mit den wissenschaftstheoretischen Grundlagen zu befassen. Der Blick auf den philosophischen Zusammenhang ist hier umso dringlicher, als im Sozialarbeitsbetrieb, wie *Engelke* befunden hat, „viele eigenwillige Wissenschaftsauffassungen ohne eine angemessene Rückbindung in die Wissenschaftsgeschichte und ohne plausible wissenschaftstheoretische Aufarbeitung“ existieren (*Engelke* 2004, S. 70).

Die Philosophie und die Soziale Arbeit

Philosophie als Bezugswissenschaft unterstützt Soziale Arbeit also in erster Linie in ihrem Selbstverständnis. Das ist umso bemerkenswerter, als eigentlich genau dort die Loslösung von bezugswissenschaftlichem Gepräge zu erwarten gewesen wäre.⁴ Die gängige Formel für ein wie auch immer modernes Sozialarbeitsverständnis lautet: Es gibt eine regierende wissenschaftliche Perspektive, im Rahmen derer Soziale Arbeit vor allem ihr Praxisanliegen abbildet („Handlungswissenschaft“); bezugs-

wissenschaftliche Beiträge flankieren und stützen den wissenschaftlichen Rahmen inhaltlich.⁵ Wenn aber eine solch enge Verbindung zwischen Philosophie und Sozialer Arbeit besteht, wird auch deutlich, dass der Philosophie nochmals eine besondere Stellung innerhalb des Gefüges der Bezugswissenschaften zukommt. Die Stellung erhebt diese Wissenschaft nicht über andere – im Gegenteil: Philosophie demonstriert in ihrer wissenschaftstheoretischen Kompetenz eine lediglich formale Bedeutung für die Soziale Arbeit. Neben den inhaltlichen Beiträgen anderer Bezugswissenschaften ist diese gesondert zu bewerten. Zugleich wird die Verbindung zwischen Philosophie und Sozialer Arbeit auch in dem Maß wieder geschwächt, wie die Gegenstandsbestimmung nicht vorankommt und wissenschaftliche Sozialarbeitsperspektiven uneinheitlich bewertet werden.

Der Status quo zeigt also eine Ambivalenz im Verhältnis von Philosophie und Sozialer Arbeit. Das liegt aber nicht zuletzt daran, dass – dieser Eindruck ist zu gewinnen – sich Soziale Arbeit bislang zu wenig noch mit der Philosophie und deren Möglichkeiten beschäftigt hat. Freilich hat die Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte gezeigt, dass Bezugspunkte entstanden sind, die Sozialer Arbeit philosophisches Wissen näher gebracht haben. Erkenntnistheoretische Bezüge auf der einen und ethische Konzepte auf der anderen Seite bilden die Philosophie in der Sozialen Arbeit auch inhaltlich ab. Aber das sind und bleiben Ausschnitte, die nicht den wissenschaftlichen Ansatz der Philosophie mobilisieren. Die Ambivalenz im Verhältnis von Philosophie und Sozialer Arbeit bleibt auch im Rahmen dieser inhaltlichen Bezüge bestehen. Man weiß, dass wichtige Denk- und Handlungsperspektiven den Blick auf die Philosophie lenken, sieht aber keinen Grund, dass Philosophie in das wissenschaftliche Sozialarbeitsverständnis eingreift. Abgebildet werden, nach einem partikularen Verständnis, lediglich Erkenntnistheorie und Ethik; zugleich verschwimmen in beiden Bereichen die philosophischen Konturen, weil Erstere von sozialwissenschaftlichen und Letztere von theologischen Inhalten überlagert wird. Vom Lebensweltbegriff, dessen ursprüngliche philosophische Bedeutung in der sozialwissenschaftlichen Verwendung nicht reflektiert wird (Nida-Rümelin 2010, S. 16), ganz zu schweigen.

Das vorläufige Fazit ist daher, dass Soziale Arbeit, obwohl sie an zentraler Stelle vom wissenschaftlichen Vermögen der Philosophie profitiert und auch im Schnittpunkt von Theorie und Praxis philosophisches Wissen abbildet, Philosophie als Wissenschaft

offensichtlich ignoriert. Diese Einsicht freilich drängt zur Korrektur. Damit diese gelingen kann, muss man allerdings auch sehen, dass sich die Philosophie einer Sozialarbeitsperspektive ihrerseits verweigert. Zwar ist es schwierig, Philosophie als Wissenschaft leichthin auf den Punkt zu bringen – Geschichte und Wandel der Blickrichtungen verweisen auf Heterogenität. Aber eines bleibt dieser Wissenschaft Grundanliegen und leitet heute mehr denn je das eigene Selbstverständnis: der Blick auf den Menschen als Individuum und Person sowie auf die Frage, nach welchen Möglichkeiten und Grenzen Menschen zu Menschen werden (Nida-Rümelin 2010, S. 36 f.). Kant hat dieses Selbstverständnis in seine berühmten vier Fragen gefasst, die nach seinem Dafürhalten „das Feld der Philosophie“ umreißen: Was kann ich wissen? Was soll ich tun? Was darf ich hoffen? Was ist der Mensch?⁶ – Das legt den Blick auf die sozialen Verhältnisse nahe, aber genau betrachtet kümmert sich die Philosophie, wenn sie sich um den „Kernbereich des Menschlichen“ (Tugendhat 2010, S. 39) bemüht, um den Einzelnen als Einzelnen.

Vom Einzelnen als Einzelnen aus den Mitmenschen und zuletzt „das Soziale“ (Thole; Cloos 2005) zu denken, bringt Philosophie und Soziale Arbeit zueinander. Philosophie hat Grund, in ihrem Zugang zum Menschen das Potenzial einer Sozialen Arbeit mitzudenken, die sich nicht einfach nur den Problemen alltäglicher Kontingenz widmet, sondern systematisch Spannungspunkte des Sozialen aufdeckt. Soziale Arbeit hat Grund, ihre Praxis im Feld der zwischenmenschlichen Beziehungen an der Philosophie auszurichten, insofern deren wissenschaftstheoretischer und ethischer Beitrag das Wissen über den Menschen absichert. Der entscheidende Berührungspunkt der Sozialen Arbeit mit der Philosophie ist daher deren Anthropologie. Diese liefert nicht nur die Ansatzpunkte für die Diskussion darüber, wie ein Mensch Erkenntnis zu gewinnen vermag, und für den Diskurs über Merkmale, aus denen Handeln Orientierung erlangt; sie gewährt Sozialer Arbeit auch den Einblick in deren eigene Konstitution, wenn nämlich deutlich wird, dass die philosophischen Ausformungen zum Menschenbild auch eine wissenschaftliche Perspektive wie die der Sozialen Arbeit begründen (Stein 2004, S. 134 ff., Thies 2009, S. 83 f.).

Die philosophische Reflexion verhindert, dass der Mensch als Adressat Sozialer Arbeit zu einem bloßen Platzhalter verkommt. Von der – jüngst von Kleve (2008, S. 144) propagierten – Notwendigkeit einer „Dekonstruktion der Identität Mensch“ mit

dem Ziel, so „die Frage, was der Mensch ist“, beantworten zu können, kann keine Rede sein. Vielmehr braucht der Sozialarbeitsberuf eine tragfähige Vorstellung vom Menschen, dessen Identität gerade nicht „in die Differenz von biologischen, psychischen und sozialen Systemen“ (ebd.) auseinanderdividiert wird. Das philosophische Motiv der menschlichen Autonomie – gedacht als Anspruch und Verpflichtung zugleich – muss auch in der Sozialen Arbeit der Ansatzpunkt bleiben, um Theorie und Praxis am Menschen zu orientieren. Ein konstruktives Verhältnis zur Philosophie stärkt also nicht nur die Handlungsfähigkeit Sozialer Arbeit, sondern verbessert auch die Aussicht, als Profession im gesellschaftlichen Rahmen ernst genommen zu werden.

Anmerkungen

- 1 Vergleiche dazu die Art, wie Schweizer (1971, S. 82 f.) für Aristoteles ein Verhältnis von Theorie und Praxis bestimmt, das Theorie zwar über Praxis stellt, die Praxis aber als wesentliche Bereicherung der Theorie aufnimmt.
- 2 Vergleiche das Bedarfs- und Orientierungsgefüge entsprechend pointiert bei Thole und Cloos (2005, S. 52): „Eine Gesellschaft ohne das Soziale ist [...] nicht zukunftsfähig, eine Gesellschaft ohne Soziale Arbeit nicht gestaltbar.“
- 3 Die entsprechende Perspektive zeigt Eisenmann (2006, S. 11) auf, wenn er darauf hinweist, dass es vor dem Hintergrund vielschichtiger gesellschaftlicher Dynamik wichtig sei, „die Soziale Arbeit als eine gesellschaftsumfassende soziale Tätigkeit verstehen zu lernen, die nur noch bedingt etwas mit dem klassischen ‚Streetworkertum‘ zu tun hat“.
- 4 Genau das war schließlich der Anspruch auch der Reformansätze schon der 1990er-Jahre: deutlich zu machen, dass ein bezugswissenschaftliches Curriculum in der Ausbildung zum Sozialarbeitsberuf eine leitende Sozialarbeitsperspektive braucht.
- 5 Solch eine Formel kann freilich nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Deutungen nach wie vor divergieren. So steht eine moderne in Spannung zu einer postmodernen Sichtweise; und auch das Wissenschaftsverständnis reicht von der Setzung und Ausarbeitung Sozialer Arbeit als Handlungswissenschaft (Staub-Bernasconi 2007) bis zur Streichung jeglicher sozialarbeitswissenschaftlicher Perspektivität (Merten 2008).
- 6 Vergleiche Kant, Logik, A 25.
- 7 Kleves paradoxaler Einlassung, die Soziale Arbeit werde erst dann menschlich, „wenn sie darauf verzichtet, genau zu sagen, was der Mensch ist“ (2008, S. 145), ist zu entgegnen, dass Soziale Arbeit in einem professionellen Sinn erst dann handlungsfähig wird, wenn sie sagen kann, was der Mensch ist. Und nur eine handlungsfähige Soziale Arbeit ist menschlich.

Literatur

- Bauer**, Edith: Was heißt eigentlich helfen? Ethik professioneller Hilfeleistung. In: Theorie und Praxis Sozialer Arbeit 6/2004, S. 60-65
- Eisenmann**, Peter: Werte und Normen in der Sozialen Arbeit. Stuttgart 2006
- Engelke**, Ernst: Soziale Arbeit als Wissenschaft. Eine Orientierung. In: Mühlum, A. (Hrsg.): Sozialarbeitswissenschaft – Wissenschaft der Sozialen Arbeit. Freiburg im Breisgau 2004, S. 63-72

- Heiner**, Maja: Soziale Arbeit als Beruf. Fälle – Felder – Fähigkeiten. München/Basel 2010
- Kleve**, Heiko: Der Mensch der Sozialarbeit. Zur Unbestimmtheit eines Platzhalters – eine systemtheoretische Reflexion. In: Soziale Arbeit 4/2008, S. 140-145
- Merten**, Roland: Sozialarbeitswissenschaft – Vom Entschwinden eines Phantoms. In: Bielefelder Arbeitsgruppe 8 (Hrsg.): Soziale Arbeit in Gesellschaft. Wiesbaden 2008, S. 128-135
- Nida-Rümelin**, Julian: Lebensform und Philosophie. Herausgegeben von W. Högbe. Göttingen 2010
- Puhl**, Ria; Burmeister, Jürgen; Löcherbach, Peter: Keine Profession ohne Gegenstand. Was ist der Kern Sozialer Arbeit? In: Puhl, R. (Hrsg.): Sozialarbeitswissenschaft. Neue Chancen für theoriegeleitete Arbeit. Weinheim/München 1996, S. 167-186
- Schumacher**, Thomas: Soziale Arbeit als Begriff. Paradigma zur Grundlegung einer Sozialarbeitswissenschaft. In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit 1/2003, S. 3-18
- Schweizer**, Heribert: Zur Logik der Praxis. Die geschichtlichen Implikationen und die hermeneutische Reichweite der praktischen Philosophie des Aristoteles. Freiburg im Breisgau/München 1971
- Staub-Bernasconi**, Sivia: Soziale Arbeit als Handlungswissenschaft. Systemtheoretische Grundlagen und professionelle Praxis – ein Lehrbuch. Bern/Stuttgart/Wien 2007
- Stein**, Edith: Der Aufbau der menschlichen Person. Vorlesung zur Philosophischen Anthropologie. Freiburg im Breisgau 2004
- Thies**, Christian: Einführung in die philosophische Anthropologie. Darmstadt 2009
- Thole**, Werner; Cloos, Peter: Soziale Ungleichheiten und das Projekt „Soziale Arbeit“. In: Thole, W. u.a. (Hrsg.): Soziale Arbeit im öffentlichen Raum. Soziale Gerechtigkeit in der Gestaltung des Sozialen. Wiesbaden 2005, S. 37-54
- Tugendhat**, Ernst: Anthropologie statt Metaphysik. München 2010

► Allgemeines

Bundesregierung fürchtet problematische Auswirkungen auf Arbeitsanreize durch Grundeinkommen.

Eine von 52 973 Unterstützerinnen und Unterstützern gezeichnete Eingabe beim Petitionsausschuss des Bundestages sieht die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens für jeden erwachsenen Bürger in Höhe von 1 500 Euro vor. Zugleich soll das Steuersystem vereinfacht werden. Dazu sollen alle bestehenden Transferleistungen, Subventionen und Steuern abgeschafft werden und nur eine Konsumsteuer für die Staatseinnahmen sorgen. Nach Ansicht der Union müsse dieses Grundeinkommen jedoch auch erwirtschaftet werden. Es stelle sich außerdem die Frage, wie bei einem festen Einkommen von 1 000 oder 1 500 Euro die Motivation zur Arbeitsleistung erhalten bleiben solle. Aus Sicht der FDP ist es schwer vermittelbar, dass ein solches Grundeinkommen auch an Vermögende gezahlt werden solle. *Quelle: Heute im Bundestag vom 8.11.2010*

Kabinett beschließt Nationale Engagementstrategie und „Aktionsplan CSR“.

Mit der Nationalen Engagementstrategie legt die Bundesregierung den Grundstein für eine zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft besser aufeinander abgestimmte Engagementförderung in Deutschland. Die Bundesregierung reagiert mit der Nationalen Engagementstrategie auf die wachsende Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Schon heute engagieren sich 36 % der deutschen Bevölkerung über 14 Jahre freiwillig – etwa 23 Mio. Menschen. Davon setzen sich 10 % in dem Bereich „Sport und Bewegung“ ein, gefolgt von „Kindergarten und Schule“ (6,9 %) und „Kirche und Religion“ (6,9 %). Die nationale Engagementstrategie der Bundesregierung verfolgt eine bessere Abstimmung engagementpolitischer Vorhaben von Bundesregierung, Ländern und Kommunen, die Einbindung von Stiftungen und des bürgerschaftlichen Engagements von Wirtschaftsunternehmen, eine größere Anerkennung und Wertschätzung der Leistungen von freiwillig Engagierten sowie bessere Rahmenbedingungen für das freiwillige Engagement. Das CSR-Forum, dem 44 Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaft angehören, berät das Bundesministerium für Arbeit und Soziales seit Anfang 2009 bei der Entwicklung einer nationalen CSR-Strategie. Corporate Social Responsibility (CSR) steht für verantwortliches unternehmerisches Handeln im eigentlichen Kerngeschäft. *Quelle: Internetredaktion des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 6.10.2010*

Studie zu Familienplanung und Migration. Um den Zusammenhang von Familienplanung und Migration zu untersuchen sowie den Informations- und Beratungsbedarf von Migrantinnen zu Themen wie Familienplanung und Verhütung festzustellen, hat die Bundeszentrale für

gesundheitliche Aufklärung (BZgA) eine Studie durchgeführt. Hierfür wurden in Berlin, Stuttgart, Nürnberg und Oberhausen 1 674 Frauen mit türkischem und osteuropäischem Migrationshintergrund sowie 839 deutsche Frauen im Alter von 20 bis 44 Jahren befragt. 18 % der weiblichen Bevölkerung in Deutschland haben einen Migrationshintergrund. Lediglich 6 % der türkischen und 8 % der osteuropäischen Befragten über 34 Jahre sind kinderlos, bei den westdeutschen Frauen sind es 17 %. Schwangerschaftsabbrüche kommen bei Migrantinnen häufiger vor als bei deutschen Frauen. Bezogen auf jeweils 100 Frauen haben durchschnittlich 27 türkische, 48 osteuropäische und neun deutsche Frauen einen Schwangerschaftsabbruch vorgenommen. Unabhängig vom Herkunftsland brechen mehr Frauen mit niedriger Schulbildung eine Schwangerschaft ab als Frauen mit höheren Bildungsqualifikationen. Der Informations- und Beratungsbedarf ist hoch. Die Hälfte der türkischen Frauen wendet sich bei Fragen zur Familienplanung, zur Verhütung, zu sexuell übertragbaren Krankheiten oder Aids an die Ärzteschaft, vor allem an Gynäkologinnen und Gynäkologen. Dabei ist es ihnen wichtig, dass sie sich in ihrer Muttersprache informieren können. Osteuropäerinnen informieren sich ähnlich wie deutsche Frauen am liebsten über das Internet oder Informationsmaterialien. Weitere Informationen können unter www.forschung.sexualaufklaerung.de abgerufen werden. *Quelle: Pressemitteilung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) vom 26.10.2010*

Integrationsförderung durch Migrant*innenorganisationen.

Zur Vernetzung von Kompetenzen, Ressourcen und Potenzialen. Dokumentation. Hrsg. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE). Selbstverlag. Berlin 2010, 64 S., kostenlos *DZI-D-9199*

Im November 2009 fand in Mainz eine Fachtagung für und mit Migrant*innenorganisationen statt, deren Diskussionsinhalte und Arbeitsergebnisse in diesem Bericht dokumentiert sind. Ziele waren die Entwicklung konkreter Strategien zur Stärkung der gesellschaftlichen Partizipation von Migrant*innen und Migranten sowie deren Organisationen und die Erarbeitung von Ansätzen für produktive Netzwerkbildungen. Über 150 Teilnehmende beschäftigten sich mit der Analyse von Handlungsbedarfen im Hinblick auf die politische Vertretung und öffentliche Präsenz von Migrant*innenorganisationen, um die Wahrnehmung von deren Ressourcen und Potenzialen und ihre Kooperation mit Bildungsträgern und staatlichen wie wirtschaftlichen Einrichtungen voranzubringen. Die Broschüre steht im Internet unter www.b-b-e.de/index.php?id=migration-integration1 zum Download bereit oder ist als Druck zu beziehen beim BBE, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-125

► Soziales

Die Pflege als Wirtschaftszweig. Wie sich in einer Studie des Wifor-Instituts der Technischen Universität Darmstadt zeigte, gehört die Pflege inzwischen zu den wichtigsten Branchen der deutschen Wirtschaft. Die Anzahl der in diesem Bereich tätigen Arbeitskräfte sei zwischen 1969 und 2008 um knapp 50 % gestiegen und habe im Jahr 2008 mit 1,12 Mio. deutlich über diejenigen der in der Autoindustrie beschäftigten Menschen (749 000) gelegen. Die Pflegebranche erwartet im Zuge des demographischen

Wandels einen Fachkräftemangel, der nach Auffassung des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste (BPA) eine Qualifizierungsoffensive und die Einführung einer Greencard für ausländische Pflegekräfte erfordert. Laut Berechnungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft würde der Einsatz osteuropäischer Haushaltshilfen in der Pflege eine 24-Stunden-Betreuung zu einem Drittel der Heimkosten ermöglichen – eine Einsparungsoption, die laut der Berliner Behinderten-Zeitung auf der hier üblichen Illegalität und den dadurch entfallenden Steuern und Abgaben beruht. Bei Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge entstünden genauso hohe Preise wie für die regulären ambulanten Dienste. *Quelle: Berliner Behinderten-Zeitung 11.2010*

Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im Jahr 2008. Laut Informationen der Bundesagentur für Arbeit waren im Jahr 2008 rund 135 000 Firmen und Behörden verpflichtet, 5 % ihrer Arbeitsplätze an schwerbehinderte oder gleichgestellte Menschen zu vergeben. Da von den etwa 987 000 Pflichtarbeitsplätzen nur rund 875 800 besetzt worden seien, liege der im Jahr 2008 erreichte Prozentsatz mit 4,3 % zwar geringfügig über demjenigen des Vorjahres (4,2 %), aber immer noch deutlich unter der gesetzlich vorgeschriebenen Beschäftigungsquote. Zu beobachten sei auch, dass die private Wirtschaft im Hinblick auf die genannte Integrationsbestimmung mit 3,7 % hinter dem öffentlichen Sektor (6,1 %) zurückliege. *Quelle: ZB Zeitschrift 3.2010*

Mehr Grundsicherungsleistungen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lagen die Grundsicherungsausgaben der Kommunen und überregionalen Träger im Jahr 2009 mit 3,9 Mrd. Euro um 6,7 % über denjenigen des Vorjahres und haben sich damit seit Einführung dieser Unterstützungsform im Jahr 2003 nahezu verdreifacht. Nachdem sich die Anzahl der Hilfebeziehenden gegenüber dem Jahr 2008 um 0,5 % verringert hatte, erhielten am Jahresende 2009 insgesamt 764 000 volljährige Personen beziehungsweise 1,1 % der bundesdeutschen Bevölkerung entsprechende Leistungen. Von diesen gehörten jeweils rund die Hälfte zur Gruppe der voll erwerbsgeminderten (47,7 %) und der sich im Ruhestand befindlichen (52,3 %) Personen. Knapp ein Viertel wohnte in stationären Einrichtungen wie Pflege- oder Altenheimen. Der Anteil der grundsicherungsberechtigten Frauen war zwar um 2,3 % gesunken, lag aber mit 1,2 % auch im Jahr 2009 noch über demjenigen der Männer mit 1 %. Wie schon in den Vorjahren fand die Grundsicherung im früheren Bundesgebiet ohne Berlin stärkere Verbreitung mit besonders hoher Inanspruchnahme in den Stadtstaaten Bremen (2,04 %), Berlin (1,95 %) und Hamburg (1,83 %). In Sachsen, Thüringen, Brandenburg, Baden-Württemberg und Bayern lag die Empfängerquote unter 1 %. *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 21.10.2010*

VdK sucht pflegende Angehörige. Um die Belange der häuslichen Pflege in Zukunft besser berücksichtigen zu können, sucht der Sozialverband VdK pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige, die bereit sind, in Presse, Funk und Fernsehen über ihre Erfahrungen zu berichten. Der VdK bittet um die Übersendung eines kurzen Erfah-

rungsberichtes über Belastungen und Unterstützungsbedarfe, aus dem hervorgeht, ob die Bereitschaft besteht, gegenüber den Medien Auskunft zu erteilen und an Film-aufnahmen teilzunehmen. Postanschrift: Sozialverband VdK Deutschland, Anja Engnatz, In den Ministergärten 4, 10117 Berlin oder per E-Mail an: kontakt-berlin@vdk.de *Quelle: VdK Zeitung 11.2010*

Mehrkosten für Privatisierung der Bewährungshilfe. Gemäß einer Untersuchung des zuständigen Landesrechnungshofes entstehen in Baden-Württemberg durch die im Jahr 2007 vorgenommene und bis 2016 angesetzte vollständige Übertragung der Bewährungs- und Gerichtshilfe auf den aus Österreich stammenden gemeinnützigen Träger „Neustart“ anstatt der geplanten Einsparungen Mehrkosten in Höhe von 46,8 Mio. Euro. Diese setzen sich aus mehreren Komponenten zusammen, wie beispielsweise dem Grundentgelt für Sachkosten und Querschnittsaufgaben, dem Kapitalisierungsentgelt für ausscheidende Landesbedienstete sowie Ausgaben für Räumlichkeiten, ehrenamtliche Kräfte und das Pilotprojekt. Allein im vergangenen Vertragsjahr sei ein Mehraufwand von 5 Mio. Euro entstanden. Neustart hingegen habe in den ersten beiden Jahren einen Gewinn von über 7 Mio. Euro erzielt. Der Landesrechnungshof bemängelt, das Justizministerium habe es versäumt, vor der Aufgabenübertragung eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung vorzunehmen und fordert, den Vertrag mit Neustart rechtzeitig zum 31.12.2011 zu kündigen. *Quelle: Lotse Info 10.2010*

► **Gesundheit**

Neuer Leitfaden Prävention veröffentlicht. Ziel des Spitzenverbandes Bund der Krankenkasse ist es, bei der Förderung präventiver Angebote in Zukunft konkreter und verbindlicher zu werden. So wurden die inhaltlichen und methodischen Anforderungen für die Förderung von präventiven Maßnahmen präzisiert und Ausschlusskriterien genauer definiert. Für die Gesundheitsförderung im Setting verweist der Leitfaden auf die Good-Practice-Kriterien als Förderkriterien. Stärker als bisher sollen wirtschaftlich und sozial schwache Personen berücksichtigt und von Zuzahlungen und finanziellen Vorleistungen befreit werden. Es habe sich gezeigt, dass insbesondere sozial benachteiligte Menschen Präventionsmaßnahmen bräuchten, diese aber bisher nur selten nutzten. Weitere Informationen sind unter <http://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/?id=main1&news=382> abzurufen. *Quelle: Pressemitteilung der Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung, Gesundheit Berlin-Brandenburg vom 16.9.2010*

Kein Diagnoseschlüssel für Burnout. Obwohl laut Schätzungen der Krankenkassen bis zu neun Millionen Deutsche an einem Burnout leiden, gibt es für dieses Gesundheitsproblem bisher keinen einheitlichen Diagnoseschlüssel, denn es wird weder in der Internationalen Klassifikation der Krankheiten (ICD-10) noch im Diagnostischen und Statistischen Handbuch psychischer Störungen (DSM-IV) berücksichtigt. Wegen der fehlenden allgemeingültigen Kriterien zur Abgrenzung von anderen Krankheitsbildern liegen Diagnose und Therapie laut Einschätzung des Deutschen Instituts für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI) allein im ärztlichen Ermessen. Zugleich

scheine das Syndrom immer öfter aufzutreten, was für die Krankenkassen erhebliche Kosten verursache. Weitere Informationen und ein Bericht des DIMDI stehen im Internet unter www.dimdi.de/static/de/dimdi/presse/pm/news_0297.htm. *Quelle: G + G. 20.2010*

Initiative für Organspenden. Unter dem Motto „ORGAN-PATEN werden“ startete am 12. Oktober dieses Jahres eine Kampagne der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), um die Öffentlichkeit im Rahmen einer Tour quer durch Deutschland für das Thema Organ- und Gewebespenden zu sensibilisieren. Zehn elektronische und mechanische Informationsmodule laden ein, sich interaktiv mit dem Thema auseinanderzusetzen, während für persönliche Fragen ein geschultes Team und Vertreter:innen lokaler Selbsthilfegruppen zur Verfügung stehen. Laut einer aktuellen Erhebung der BZgA ist die Bereitschaft zu Organspenden in den letzten zwei Jahren von 67 % auf 74 % der Befragten zwischen 14 und 75 Jahren angestiegen. In dieser Gruppe habe sich die Anzahl der Personen, die einen Organspendeausweis besitzen, von 17 % auf 25 % erhöht. Da jedoch immer noch ein großer Aufklärungsbedarf bestehe, werde man vor Ort konkret auf Ängste und Vorbehalte der Bevölkerung eingehen. Näheres im Internet unter www.organpaten.de und www.bzga.de/presse/hintergrundinformationen. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Gesundheit vom 12.10.2010*

► Jugend und Familie

Mehr Kinder in Tagespflege. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, ist die Anzahl in der öffentlich geförderter Tagespflege untergebrachter Kinder im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr um rund 14 % auf 112 000 angestiegen. Die Hauptursache für diese Entwicklung bestehe im Ausbau der Angebote für die unter Dreijährigen, denn 64 % (72 000) der 2009 betreuten Kinder habe sich in dieser Altersgruppe befunden – 18 % mehr als noch im Jahr 2008. Laut der Angaben erhöhte sich die Anzahl der Tagesmütter und Tagesväter im gleichen Zeitraum um 2 000 (6 %), womit durchschnittlich etwa drei Kinder von einer Person beaufsichtigt würden. Die Tagespflege auf privater Basis ist in dieser Statistik nicht berücksichtigt. *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 25.10.2010*

Initiative zur Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Als Teil des Unternehmensprogramms „Erfolgsfaktor Familie“ startete das Bundesfamilienministerium gemeinsam mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag am 29. Oktober dieses Jahres die Kampagne „Familienbewusste Arbeitszeiten“. Ziel ist es, Arbeitgebende zu motivieren und dabei zu unterstützen, flexiblere und damit familienfreundlichere Beschäftigungsmöglichkeiten anzubieten, was laut einer Befragung der Stiftung Ravensburger Verlag den Wünschen von 96 % der Eltern entspreche. Gerade im Hinblick auf den zunehmenden Fachkräftemangel bildeten flexiblere Arbeitszeiten eine wirksame Strategie, um qualifiziertes Personal zu gewinnen. Schon über 3 000 Arbeitgebende seien dem zugehörigen Unternehmensnetzwerk beigetreten. Die Initiative setzt den Rahmen für eine Veranstaltungsreihe des Bundesfamilienministeriums und für gezielte Werbemaßnahmen zu den Vorteilen der

Arbeitszeitflexibilisierung. Weitere Informationen und eine Datenbank mit über 100 guten Beispielen finden sich im Internet unter www.erfolgsfaktor-familie.de (Link: Arbeitszeiten). *Quelle: Pressemitteilung des Bundesfamilienministeriums vom 29.10.2010*

Broschüre für Alleinerziehende. Im Oktober dieses Jahres erschien die Handreichung „Schöner arbeiten“ mit Informationen zu Themen wie Teilzeitarbeit, freiberufliche Hebammentätigkeit, Elternzeit, Kinderbetreuung und berufliche Weiterbildung sowie einem Verzeichnis thematisch relevanter Veranstaltungen bis Juni 2011. Die Broschüre findet sich im Internet unter www.vamv-berlin.de und kann bestellt werden beim Verband alleinerziehender Mütter und Väter – Landesverband Berlin, Seelingstraße 13, 14059 Berlin, Tel.: 030/851 51 20, Fax: 030/85 96-12 14, E-Mail: vamv-berlin@t-online.de

Studie zum Verhalten Jugendlicher. Laut der Studie „Jugendsexualität 2010“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung gehen Jugendliche heute später sexuelle Beziehungen ein als vor fünf Jahren und nutzen häufiger Verhütungsmittel. So sei zu beobachten, dass in Deutschland aufgrund der verantwortungsbewussten Aufklärung durch Elternhaus und Schule sowie vielfältiger Beratungsangebote weniger Teenager schwanger würden als in anderen Ländern Europas. In der Darstellung der aktuellen Beobachtungen in Korrelation zur vorherigen Messung im Jahr 2005 liegt der Schwerpunkt auf dem Vergleich junger Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Die Dokumentation der Langzeittrends bezieht sich ausschließlich auf Jugendliche deutscher Staatsangehörigkeit, da nur zu diesen empirische Längsschnittdaten aus Vorläuferstudien seit dem Jahr 1980 vorliegen. Grundlage der bestehenden Erhebung sind Befragungen von 3 542 Adoleszenten und großteils auch deren Eltern. Wer nähere Informationen sucht, findet ein zusammenfassendes Hintergrundpapier im Internet unter <http://www.forschung.sexualaufklaerung.de>. *Quelle: G + G Gesundheit und Gesellschaft 10.2010*

► Ausbildung und Beruf

Ausbildung zum Manager work-life-competence. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und die Bertelsmann Stiftung haben während der vergangenen Monate 52 Personalverantwortliche aus Unternehmen sowie 18 Berater und Beraterinnen aus Kammern, Verbänden und Organisation zu sogenannten „Work-life-competence-Experten“ qualifiziert. Diese stehen ihren Unternehmen jetzt als Fachleute für Familienfreundlichkeit zur Verfügung oder unterstützen die jeweiligen Mitgliedsunternehmen. Manager und Managerinnen von Organisationen aus dem wirtschaftsnahen Umfeld wurden darin qualifiziert, familienfreundliche Sensibilisierungs- und Unterstützungsangebote für Mitgliedsunternehmen zu erarbeiten. Zentrale Themen waren unter anderem der demographische Wandel, Mitarbeitergewinnung angesichts des Fachkräftemangels und die Bedeutung einer gelebten Unternehmens- und Wertschätzungskultur. Die Bertelsmann Stiftung und das Bundesfamilienministerium kooperieren seit 2003 im Rahmen des Projekts „Balance von Familie und Arbeitswelt“. Praxisorientierte Angebote zur Unterstützung des Mittelstandes

bei der Realisierung einer familienbewussten Arbeitswelt, die Sensibilisierung der Öffentlichkeit durch Veranstaltungen und Kongresse sowie wissenschaftliche Studien und zahlreiche Publikationen sind konkrete Ergebnisse dieser Zusammenarbeit. *Quelle: Pressemitteilung des BMFSFJ vom 10.11.2010*

Modellprojekt für Bachelor-Graduierte mit einem Handicap. Um Bachelor-Absolventinnen und -Absolventen mit einer Schwerbehinderung den Zugang zum Arbeitsmarkt oder zu einem aufbauenden Master-Studium zu erleichtern, bieten das Robert Koch-Institut und das Paul-Ehrlich-Institut im Rahmen des vom Bundesfamilienministerium geförderten Modellprojektes ProBas entsprechende Qualifizierungen zur Vermittlung erster praktischer Erfahrungen in Forschung, Wissenschaft und Verwaltung. Weitere Aktivitäten von ProBas bestehen in der Entwicklung eines elektronischen Lernportals für behinderte Menschen und allgemein der Konzipierung von Ansätzen, um deren beruflicher Diskriminierung entgegenzuwirken. Weitere Informationen und die aktuellen Stellenausschreibungen unter www.projekt-probas.de. *Quelle: Das Band 5.2010*

Neue Fachschule für Sozialpädagogik geplant. Als Antwort auf den in Berlin herrschenden Fachkräftemangel im Erziehungsbereich plant der Humanistische Verband Deutschlands (HVD) die Gründung einer entsprechenden Hochschule an diesem Standort. Das Konzept orientiert sich an humanistischen und reformpädagogischen Prinzipien. Wenn das Vorhaben gelingt, können dort bereits im

Schuljahr 2011/2012 staatlich anerkannte Erziehende ausgebildet werden. Nach dem sechssemestrigen Vollzeit- oder Teilzeitstudium besteht im Idealfall die Möglichkeit, in eine der 23 Kindertagesstätten des HVD-Berlin zu wechseln. *Quelle: Paritätischer Rundbrief 8/9.2010*

Fortbildungsangebote für 2010. Folgende Fortbildungsträger haben ihre Programme für das kommende Jahr bereits herausgegeben. Sie können unter den genannten Anschriften angefordert werden:

AWO Bundesakademie, Blücherstraße 62-63, 10961 Berlin, Tel.: 030/26 309-142, Fax: 030/26 309-211, E-Mail: info@awo.org

Europäische Akademie für Heilpädagogik im BHP e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/40 60 50 70, Fax: 030/40 60 50 69, E-Mail: info@eahonline.de, Internet: www.eahonline.de

Katholische Fachhochschule Mainz, Postfach 23 40, 55013 Mainz, Tel.: 06 131/289 44-0, Fax: 06 131/289 44-50, E-Mail: info@kfh-mainz.de, Internet: www.kfh-mainz.de

Bundesakademie für Kirche und Diakonie gGmbH, Heinrich-Mann-Straße 29, 13156 Berlin, Tel.: 030/488 37-488, Fax: 030/488 37-300, E-Mail: info@bundesakademie-kd.de, Internet: www.bundesakademie-kd.de

Deutsches Institut für Urbanistik GmbH, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, Tel.: 030/390 01-0, Fax: 030/390 01-100, E-Mail: leute@difu.de, Internet: www.difu.de/seminare

Evangelische Fachhochschule Darmstadt, Zweifalltorweg 12, 64293 Darmstadt, Tel. 06 151/879 80, Fax: 06

Wir denken weiter.

Zum Beispiel für Geldanlagen.

Der neue BFS-Nachhaltigkeits-Fonds verfolgt einen hohen ethischen Anspruch. Dafür investiert das Fondsmanagement ausschließlich in Wertpapiere, deren Emittenten als nachhaltig eingestuft wurden.

Sprechen Sie mit uns. Über diese und andere attraktive Anlagemöglichkeiten.

Die Bank für Wesentliches.
www.sozialbank.de



Bank
für Sozialwirtschaft

<https://doi.org/10.5771/0490-1606-2010-12>

Generiert durch IP '18.117.91.11' am 08.08.2024, 14:17:13.

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

151/87 98 58, E-Mail: efhd@efh-darmstadt.de, Internet: www.efh-darmstadt.de

Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung, Landesverband Bayern e.V., Fortbildungsinstitut, Kitzinger Straße 6, 91056 Erlangen, Tel.: 09 131/754 61-0, Fax: 09 131/754 61-90, E-Mail: fortbildung@lebenshilfe-bayern.de, www.lebenshilfe-bayern.de

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung, Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum, Hartmühlengeweg 8, 55122 Mainz, Tel.: 06 131/967-140(136), Fax: 06 131/967-142, Internet: www.lsjv.rlp.de

Zentrum Bayern Familie und Soziales, Bayerisches Landesjugendamt, Postfach 400260, 80702 München, Tel.: 089/12 61-04, Fax: 089/12 61-22 80, E-Mail: poststelle@zbf-bjla.bayern.de

GK Quest Akademie, Maaßstraße 28, 69123 Heidelberg, Tel.: 06 21/739 20 30, Fax: 06 21/739 20 39, E-Mail: info@gk-quest.de

Tagungskalender

18.1.2011 Köln. Fachtagung: Gemeinnützige Vereine und ihre Vorstände: Arbeitstagung zur Identifikation von Qualifizierungsbedarfen. Information: 3WIN e.V., Johannisstraße 79, 50668 Köln, Tel.: 02 21/42 06 07 34, E-Mail: info@3win-institut.de

10.-11.2.2011 Dresden. Fachtagung: Soziale Arbeit in Zeiten neoliberaler Zumutungen. Information: sofi – Sozialwissenschaftliches Fortbildungsinstitut Zentrum für Forschung, Weiterbildung und Beratung an der ehs Dresden gGmbH, Postfach 20 01 43, 01191 Dresden, Tel.: 03 51/ 477 94 11, E-Mail: sofi@ehs-dresden.de

24.-26.2.2011 Nürnberg. Kongress christlicher Führungskräfte. Information: Kongress christlicher Führungskräfte, Steinbühlstraße 3, 35578 Wetzlar, Tel.: 06 441/915-132, E-Mail: kontakt@christlicher-kongress.de

11.-13.3.2011 Köln. Fachtagung zum Thema ADHS bei Erwachsenen. Information: Dipl.-Betriebswirtin (DH) Adina Stephan, Universität zu Köln, Albertus-Magnus-Platz, 50923 Köln, Tel.: 02 21/22 42 58 23, E-Mail: adhs-tagung@uni-koeln.de

17.-20.3.2011 Nürnberg. Messe: Produkt- und Leistungsschau von Werkstätten für behinderte Menschen. Information: NürnbergMesse GmbH, Projektleitung Werkstätten: Messe, Messezentrum, 90471 Nürnberg, Tel.: 09 11/ 86 09-0, E-Mail: info@nuernbergmesse.de

23.-26.3.2011 Essen. Deutscher Kongress für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie: Psychosomatik im Dialog. Information: Thieme Congress, Rüdigerstraße 14, 70469 Stuttgart, Tel.: 07 11/89 31-594, E-Mail: info@deutscher-psychosomatik-kongress.de

24.3.2011 Essen. Seminar zum Umgang mit psychisch kranken Mitarbeitern. Information: Marlies Hommelsen, Familien-Selbsthilfe Psychiatrie (BAPK e.V.), Oppelner Straße 130, 53119 Bonn, Tel.: 02 28/96 59 757, E-Mail: hommelsen.bapk@psychiatrie.de

25.3.2011 Zürich. Internationale Tagung: Engagement bewegt. Interdisziplinäre und internationale Tagung zu freiwilligem Engagement und informellem Lernen. Information: Engagement bewegt!, PHZ Zug, Zugerbergstraße 3, CH-6300 Zug, Tel.: 00 41/41/727 12 59, E-Mail: konferenz@engagement-bewegt.ch

1.00 Sozialphilosophie/ Sozialgeschichte

- Pantucek, Peter:** Ilse Arlt – das Erbe? In: Sozialarbeit in Österreich ; 2010, Nr. 2, S. 8-11. *DZI-2610z*
- Saupe, Paul:** Johann Daniel Falk (1768-1826): Ein Initiator der Rettungsbewegung und einer, der auch „Schule machte“. - In: Rundbrief Gilde Soziale Arbeit ; Jg. 64, 2010, Nr. 2, S. 73-80. *DZI-2913*
- Steger, Florian:** Die „Aktion-T4“ und die Rolle der Heil- und Pflegeanstalt Günzburg. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 37, 2010, Nr. 6, S. 300-305. *DZI-2574*

2.01 Staat/Gesellschaft

- Boni, Manfred:** Analoges Geld für digitale Zeilen: Der Publikationsmarkt der Wissenschaft. - In: Leviathan ; Jg. 38, 2010, Nr. 3, S. 293-312. *DZI-2461*
- Burda, Michael C.:** Wirtschaft in Ostdeutschland im 21. Jahrhundert. - In: Aus Politik und Zeitgeschichte ; 2010, Nr. 30/31, S. 26-33. *DZI-3059*
- Junck, Ulrich:** Sozialstaatlichkeit und Fundraising (II): Zur Bedeutung der Sozialstaatsnorm des Grundgesetzes für das Handlungsfeld Fundraising. - In: Evangelische Jugendhilfe ; Jg. 87, 2010, Nr. 4, S. 203-211. *DZI-2961z*
- Kamzelak, Roland S.:** Literaturarchivalien im Informationszeitalter. - In: Leviathan ; Jg. 38, 2010, Nr. 3, S. 465-474. *DZI-2461*
- Kemnitzer, Tobias:** Strukturiert und transparent arbeiten: Das Qualitätsmanagementsystem für Freiwilligenagenden. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 157, 2010, Nr. 4, S. 138-141. *DZI-0228*
- Maier, Konrad:** Ein neues sozialpädagogisches Jahrhundert durch den aktivierenden Staat? Zur Deutung des erneuerten Zuwachses beruflicher Sozialarbeit in Deutschland. - In: Sozial extra ; Jg. 34, 2010, Nr. 9/10, S. 50-55. *DZI-2599z*
- Matt, Eduard:** Gewalttätiger Extremismus, Radikalisierung und Gefängnis. - In: Forum Strafvollzug ; Jg. 59, 2010, Nr. 4, S. 216-220. *DZI-0311*
- Reißig, Rolf:** Von der privilegierten und blockierten zur zukunftsorientierten Transformation. - In: Aus Politik und Zeitgeschichte ; 2010, Nr. 30/31, S. 20-25. *DZI-3059*
- Rüssmann, Kirsten:** Soziale Desintegration und Bindungsstil als Determinanten von Fremdenfeindlichkeit. - In: Zeitschrift für Soziologie ; Jg. 39, 2010, Nr. 4, S. 281-301. *DZI-2526*

2.02 Sozialpolitik

- Dahme, Heinz-Jürgen:** Die Kommunalisierung und ihre sozialwirtschaftliche Antwort. - In: Sozialwirtschaft ; Jg. 20, 2010, Nr. 4, S. 13-16. *DZI-2991z*
- Hildebrandt, Helmut:** Die hohe Kunst der Anreize: Neue Vergütungsstrukturen im deutschen Gesundheitswesen und der Bedarf für Systemlösungen. - In: Verhaltenstherapie & psychosoziale Praxis ; Jg. 42, 2010, Nr. 3, S. 738-749. *DZI-2944*
- Klüsener, Johannes:** Integrierte Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen: Das „NetzWerk psychische Gesundheit“ der TK. - In: Verhaltenstherapie & psychosoziale Praxis ; Jg. 42, 2010, Nr. 3, S. 749-752. *DZI-2944*
- Mücke, Markus:** Hartz IV aus der Sicht der Betriebsprüfung. - In: RV aktuell ; Jg. 57, 2010, Nr. 8, S. 250-254. *DZI-0902z*
- Vogts, Walter:** Schadenersatz statt Rentennachzahlung. - In: Die Rentenversicherung ; Jg. 51, 2010, Nr. 9, S. 169-172. *DZI-1467*
- Wilde, Frank:** Das „Orientierungsdilemma“ in der Beschäftigungsförderung der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik. - In: Verhaltenstherapie & psychosoziale Praxis ; Jg. 42, 2010, Nr. 3, S. 719-725. *DZI-2944*

2.03 Leben/Arbeit/Beruf

- Feldhoff, Norbert:** Wer will den Arbeitskampf in der Kirche? Überlegungen dazu. - In: neue caritas ; Jg. 111, 2010, Nr. 16, S. 24-27. *DZI-0015z*
- Hegner, Friedhart:** Leiten, steuern, führen. - In: Sozialwirtschaft ; Jg. 20, 2010, Nr. 4, S. 32-34. *DZI-2991z*
- Heißler, Matthias:** Psychiatrie (fast) ohne Betten durch Sozialraumorientierung: nach Einführung eines regionalen Budgets. - In: Verhaltenstherapie & psychosoziale Praxis ; Jg. 42, 2010, Nr. 3, S. 757-766. *DZI-2944*
- Herr, Wolfgang:** Wie hat sich das Berufsbild des allgemeinen Vollzugsdienstes (AVD) in den vergangenen 30 Jahren entwickelt? - In: Forum Strafvollzug ; Jg. 59, 2010, Nr. 4, S. 207-208. *DZI-0311*
- Hlusiak, Siegfried:** Reform des Dienstrechts. - In: Deutsche Verwaltungspraxis ; Jg. 61, 2010, Nr. 8, S. 310-318. *DZI-2914*
- Kirschning, Antje:** Gender to go: Angehende SozialarbeiterInnen erhalten Gender-Kompetenzen zum Mitnehmen. - In: Sozial extra ; Jg. 34, 2010, Nr. 9/10, S. 57-59. *DZI-2599z*

- Kuhn, Ulrich:** Den Sozialraum gestalten: Sozialunternehmen. - In: Sozialwirtschaft ; Jg. 20, 2010, Nr. 4, S. 20-23. *DZI-2991z*
- Radermacher, Manfred:** Trotz Behinderung der eigene Chef. - In: neue caritas ; Jg. 111, 2010, Nr. 15, S. 22-24. *DZI-0015z*
- Schoneville, Holger:** Die Studierenden der Sozialen Arbeit: Ergebnisse einer Studie an der Universität Kassel. - In: Sozial extra ; Jg. 34, 2010, Nr. 9/10, S. 42-45. *DZI-2599z*
- Schröter, Michael:** Armut bekämpfen: Die Nationale Armutskonferenz in Deutschland ist Teil des Europäischen Armutsnetzwerkes. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 157, 2010, Nr. 4, S. 129-131. *DZI-0228*
- Willms, Johannes:** Neue Perspektiven in der Führungsentwicklung. - In: Organisationsberatung - Supervision - Coaching ; Jg. 17, 2010, Nr. 3, S. 269-280. *DZI-3036*

3.00 Institutionen und Träger sozialer Maßnahmen

- Braun, Karl-Heinz:** Von den tatsächlichen Krisenzonen der Schulbildung zu den realistischen Perspektiven der Ganztagsbildung. - In: Rundbrief Gilde Soziale Arbeit ; Jg. 64, 2010, Nr. 2, S. 27-36. *DZI-2913*
- Dane, Thomas:** Eher Agentur als Amt: Wohlfahrtsverbände. - In: Sozialwirtschaft ; Jg. 20, 2010, Nr. 4, S. 17-19. *DZI-2991z*
- Juntz, Regina:** Die Sozialstationen leben von Teilzeitstellen. - In: neue caritas ; Jg. 111, 2010, Nr. 16, S. 28-30. *DZI-0015z*
- Koch, Karl:** Politik der leeren Kassen: Kommunalhaushalte. - In: Sozialwirtschaft ; Jg. 20, 2010, Nr. 4, S. 7-9. *DZI-2991z*
- Markowski, Cornelia:** Die sozialen Dienste im Verhältnis zu den europäischen Rahmenbedingungen in der aktuellen Debatte. - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 90, 2010, Nr. 9, S. 407-411. *DZI-0044*
- Schroll-Decker, Irmgard:** Personalbemessung im Jugendamt: Bayerisches Pilotprojekt entwickelt geeignete Instrumente. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 157, 2010, Nr. 4, S. 146-150. *DZI-0228*
- Tesch, Carsten:** In die Schlauchboote! Öffentlichkeitsarbeit. - In: Sozialwirtschaft ; Jg. 20, 2010, Nr. 4, S. 29-31. *DZI-2991z*
- Wiese, Birgit:** Beratung als Auftrag für die Bundesagentur für Arbeit: Ist-Analyse und Ausblick. - In: Verhaltensthe-

rapie & psychosoziale Praxis ; Jg. 42, 2010, Nr. 3, S. 725-728. *DZI-2944*

4.00 Sozialberufe/ Soziale Tätigkeit

Egert, Susanne: Das Rendsburger Lehrrertraining. - In: Evangelische Jugendhilfe ; Jg. 87, 2010, Nr. 4, S. 236-239. *DZI-2961z*

Hering, Sabine: Wer hilft wem? Das neue Selbstbewusstsein der Profession. - In: Sozial extra ; Jg. 34, 2010, Nr. 9/10, S. 6-7. *DZI-2599z*

Hüttner, Nicole: Internes Karriere-Coaching für High-Potentials in einer Wirtschaftskanzlei. - In: Organisationsberatung - Supervision - Coaching ; Jg. 17, 2010, Nr. 3, S. 281-290. *DZI-3036*

Lehmann, Alexandra: „Irgendwie hier 'ne Perspektive schaffen...“: Zielsetzungen, Hoffnungen und Arbeitsalltag im Justizvollzugsdienst. - In: Forum Strafvollzug ; Jg. 59, 2010, Nr. 4, S. 201-206. *DZI-0311*

Vorlauffer, Johannes: Von der Tugend der Achtsamkeit: Versuch einer Annäherung an ein Ethos der Sozialen Arbeit. - In: Soziale Arbeit ; Jg. 59, 2010, Nr. 9, S. 347-353. *DZI-0470*

Weiß, Dietrich: Werte – Wertewandel? – Werteverfall? Konsequenzen? - In: Evangelische Jugendhilfe ; Jg. 87, 2010, Nr. 4, S. 212-224. *DZI-2961z*

5.01 Sozialwissenschaft/ Sozialforschung

Hartmann, Michael: Die Exzellenzinitiative und ihre Folgen. - In: Leviathan ; Jg. 38, 2010, Nr. 3, S. 369-387. *DZI-2461*

Knaut, Andrea: Kontrollpolitische Automatisierung der Personenidentifizierung an den Grenzen. - In: Kriminologisches Journal ; Jg. 42, 2010, Nr. 3, S. 167-180. *DZI-2272*

Kuhlen, Rainer: Open Access: Eine elektronischen Umgebungen angemessene Institutionaliserungsform für das Gemeingut „Wissen“. - In: Leviathan ; Jg. 38, 2010, Nr. 3, S. 313-329. *DZI-2461*

Schulz-Schaeffer, Ingo: Praxis, handlungstheoretisch betrachtet. - In: Zeitschrift für Soziologie ; Jg. 39, 2010, Nr. 4, S. 319-336. *DZI-2526*

Trenkwalder-Egger, Andrea: Bedürfnisorientierte Theorien Sozialer Arbeit und die Frage nach dem „guten Leben“ – auch heute aktuell? - In: Sozialarbeit in Österreich ; 2010, Nr. 2, S. 12-15. *DZI-2610z*

5.02 Medizin/Psychiatrie

Heinze, Martin: Psychiatrie als öffentliche Aufgabe: Ist die Psychiatrie im Krankenhaus reformierbar? - In: Verhaltenstherapie & psychosoziale Praxis ; Jg. 42, 2010, Nr. 3, S. 752-757. *DZI-2944*

Huster, Stefan: Krankheitsbegriff und Reproduktionsmedizin: Die Verantwortungszuschreibung für die Finanzierung der künstlichen Befruchtung in unterschiedlichen Rechtsgebieten. - In: Wege zur Sozialversicherung ; Jg. 64, 2010, Nr. 9, S. 271-278. *DZI-0107*

Klein, Michael: Dem Stress Beine machen. - In: neue caritas ; Jg. 111, 2010, Nr. 15, S. 14-17. *DZI-0015z*

Stolpmann, Georg: Biologische Faktoren bei forensisch-psychiatrischen Prognosen. - In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform ; Jg. 93, 2010, Nr. 4, S. 305-312. *DZI-0676*

Thielscher, Christian: Kommunikation von Behandlungsschwerpunkten psychiatrischer Kliniken. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 37, 2010, Nr. 6, S. 292-296. *DZI-2574*

5.03 Psychologie

Bickel-Renn, Silvia: Wenn es „klick“ macht: Intuition und innere Achtsamkeit in der systemischen Praxis. - In: Kontext ; Jg. 41, 2010, Nr. 3, S. 189-199. *DZI-3061*

Dlugosch, Andrea: Bindung und Exploration im Kontext des Selbst: Eine Perspektivenerweiterung (nicht nur) für die Pädagogik. - In: Zeitschrift für Heilpädagogik ; Jg. 61, 2010, Nr. 9, S. 324-330. *DZI-0200*

Egloff, Götz: Familientherapie ohne Familie: Systemische Kurzzeittherapie mit einer 38-jährigen Mutter als Indexpatientin. - In: Kontext ; Jg. 41, 2010, Nr. 3, S. 200-209. *DZI-3061*

Krüger, Matthias: Die „Arbeit am Selbstwert“ als Therapieelement in der tagesklinischen Behandlung. - In: Verhaltenstherapie & psychosoziale Praxis ; Jg. 42, 2010, Nr. 3, S. 697-705. *DZI-2944*

Scheu, Bringfriede: Jugendgewalt: Ein Phänomen der modernen Gesellschaft. - In: Sozial extra ; Jg. 34, 2010, Nr. 9/10, S. 19-22. *DZI-2599z*

Shiovitz-Ezra, Sharon: The role of social relationships in predicting loneliness: The national social life, health, and aging project. - In: Social Work Research. *DZI-1954z*

Thomas, Andreas: Imaginatives 360-Grad-Feedback: Eine Methode im Einzel-Coaching. - In: Organisationsberatung - Supervision - Coaching ; Jg. 17, 2010, Nr. 3, S. 246-254. *DZI-3036*

5.04 Erziehungswissenschaft

Bernet, Claus: Gruppenpädagogik am Anfang der Bundesrepublik Deutschland: Methodenlehre, Sexualerziehung und pädagogische Arbeit mit Soldaten. - In: Soziale Arbeit ; Jg. 59, 2010, Nr. 9, S. 341-346. *DZI-0470*

Hettler, Kathrin: Sex we can?! Ein neuer Aufklärungsfilm. - In: Pro Familia

Magazin ; Jg. 38, 2010, Nr. 3, S. 30-31. *DZI-2643z*

Hirtenlehner, Helmut: Kultur, Institutionen und Kriminalität: Eine Prüfung der Institutionellen Anomietheorie mit Viktimisierungsdaten aus Europa. - In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform ; Jg. 93, 2010, Nr. 4, S. 274-299. *DZI-0676*

Meller, Norbert: Neue Wege der Intensivpädagogik: Erziehung nach dem TCA-Modell. - In: Evangelische Jugendhilfe ; Jg. 87, 2010, Nr. 4, S. 225-235. *DZI-2961z*

Mund, Petra: Sozialpädagogisches Handeln unter kommunalem Haushaltsdruck. - In: AFET: Dialog Erziehungshilfe ; 2010, Nr. 3, S. 17-24. *DZI-0211z*

Winkler, Michael: Bildung und Erziehung: Erinnerung an vergessene Zusammenhänge. - In: Rundbrief Gilde Soziale Arbeit ; Jg. 64, 2010, Nr. 2, S. 13-26. *DZI-2913*

5.05 Soziologie

Czollek, Leah Carola: Gender und Diversity in ihrer Intersektionalität: Schlüsselkompetenzen in der Sozialen Arbeit. - In: Sozial extra ; Jg. 34, 2010, Nr. 9/10, S. 37-41. *DZI-2599z*

O'Doherty, Mark: Gender Synergising anstatt Gender Mainstreaming: Armutsbekämpfung bei Frauen in Österreich und Norwegen im Vergleich. - In: Sozialarbeit in Österreich ; 2010, Nr. 2, S. 28-30. *DZI-2610z*

Werning, Rolf: Inklusion zwischen Innovation und Überforderung. - In: Zeitschrift für Heilpädagogik ; Jg. 61, 2010, Nr. 8, S. 284-291. *DZI-0200*

5.06 Recht

Brintzinger, Klaus-Rainer: Piraterie oder Allmende der Wissenschaften? Zum Streit um Open Access und der Rolle von Wissenschaft, Bibliotheken und Markt bei der Verbreitung von Forschungsergebnissen. - In: Leviathan ; Jg. 38, 2010, Nr. 3, S. 331-346. *DZI-2461*

Dahm, Dirk: Die Maßgeblichkeit der Beitragsbemessungsgrenze der allgemeinen Rentenversicherung für das Versorgungskrankengeld im Sozialen Entscheidungsrecht. - In: Die Rentenversicherung ; Jg. 51, 2010, Nr. 9, S. 173-174. *DZI-1467*

Eisenbart, Susanne: Entscheidungen aus dem Versicherungs- und Beitragsrecht. - In: RV aktuell ; Jg. 57, 2010, Nr. 8, S. 255-259. *DZI-0902z*

Glombik, Manfred: Europäische Grundrechte. - In: Wege zur Sozialversicherung ; Jg. 64, 2010, Nr. 9, S. 257-261. *DZI-0107*

Hannes, Miriam: Warum Klagen im Bereich des SGB II überdurchschnittlich

häufig zum Erfolg führen: Ein Erklärungsversuch. - In: ZFSH/SGB ; Jg. 49, 2010, Nr. 9, S. 513-516. *DZI-1450z*

Jochheim, Angelika: Unterhaltsvorschuss – Perspektiven für einen verbesserten Rückgriff: Ergebnisse eines Modellprojektes im Landkreis Osnabrück. - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 90, 2010, Nr. 9, S. 399-405. *DZI-0044*

Schumann, Jens: Neue Rechtsprechung des BGH zur Einsichtnahme der Krankenkassen in Pflegedokumentationen der Heime zur Prüfung von Regressansprüchen: Eine erfreuliche Trendwende. - In: Wege zur Sozialversicherung ; Jg. 64, 2010, Nr. 9, S. 261-267. *DZI-0107*

Staiger, Martin: Sozialleistungsfallstricke – Kinderzuschlag und Wohngeld als sinnvolle Alternative zu Hartz IV? - In: Informationen zum Arbeitslosenrecht und Sozialhilferecht ; Jg. 28, 2010, Nr. 4, S. 152-155. *DZI-2907*

Wendt, Sabine: Einführung einer personenzentrierten Leistungserbringung der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII. - In: ZFSH/SGB ; Jg. 49, 2010, Nr. 9, S. 523-533. *DZI-1450z*

Zenz, Gisela: (Amts-)Vormundschaft zum Wohle des Mündels: Anmerkungen zu einer überfälligen Reform. - In: Frühe Kindheit ; Jg. 13, 2010, Nr. 4, S. 29-33. *DZI-3047*

6.00 Theorie der Sozialen Arbeit

Braches-Chyrek, Rita: Soziale Arbeit und Schule im Spannungsfeld von Erziehung und Bildung. - In: Rundbrief Gilde Soziale Arbeit ; Jg. 64, 2010, Nr. 2, S. 9-12. *DZI-2913*

Gruber, Christine: Forschung, Praxis und Lehre vernetzen: Das Kompetenzzentrum für Soziale Arbeit in Wien. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 157, 2010, Nr. 4, S. 123-125. *DZI-0228*

Neisch, Manuel: Zeitzeugen Sozialer Arbeit: Ein Forschungsprojekt mit Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern im Ruhestand. - In: Soziale Arbeit ; Jg. 59, 2010, Nr. 9, S. 353-359. *DZI-0470*

Rieger, Günter: Kommunalisierung erfordert kommunales Lobbying. - In: Sozialwirtschaft ; Jg. 20, 2010, Nr. 4, S. 10-12. *DZI-2991z*

6.01 Methoden der Sozialen Arbeit

Autrata, Otger: Prävention von Jugendgewalt: Gewaltprävention durch Gestaltung des Sozialen. - In: Sozial extra ; Jg. 34, 2010, Nr. 9/10, S. 23-26. *DZI-2599z*

Beier, Klaus M.: Kein Täter werden: Prävention von sexuellem Kindesmissbrauch und der Nutzung von Missbrauchsabbildungen. - In: Pro Familia:

Pro Familia Magazin ; Jg. 38, 2010, Nr. 3, S. 13-15. *DZI-2643z*

Dillig, Peter: Kooperation von MitarbeiterInnen in Institutionen (Erziehungsberatung, Heilpädagogische Tagesstätte, Heim, Klinik) und niedergelassenen Kinder- und JugendlichenpsychotherapeutInnen: Eine Erkundungsstudie. - In: Verhaltenstherapie mit Kindern & Jugendlichen ; Jg. 6, 2010, Nr. 2, S. 81-92. *DZI-3053*

Krähenmann, Rainer: Katatonies Dilemma unter Kombinationsbehandlung mit Lithium und Risperidon. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 37, 2010, Nr. 6, S. 306-309. *DZI-2574*

Maiss, Maria: Eine Arlt's Handlungstheorie einer individuellgerechten und (volks-)wohlfahrtsorientierten Fürsorge. - In: Sozialarbeit in Österreich ; 2010, Nr. 2, S. 16-19. *DZI-2610z*

Schenck, Klaus: Sprach-Salto aus der Sackgasse: Metaphern als Werkzeuge für Supervision und Beratung. - In: Organisationsberatung - Supervision - Coaching ; Jg. 17, 2010, Nr. 3, S. 255-268. *DZI-3036*

6.02 Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit

Glinski-Krause, Beate: „Nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten“: Das Frankfurter Forum für Altenpflege ist ein selbstständig arbeitendes lokales Pflegenetzwerk von Leistungskräften. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 157, 2010, Nr. 4, S. 126-128. *DZI-0228*

Hoffmann-Badache, Martina: Den Sozialraum inklusiv gestalten: Eingliederungshilfe. - In: Sozialwirtschaft ; Jg. 20, 2010, Nr. 4, S. 26-28. *DZI-2991z*

6.04 Jugendhilfe

Frings, Bernhard: Heimerziehung der frühen BRD – Caritas auf Abwegen? - In: neue caritas ; Jg. 111, 2010, Nr. 15, S. 25-27. *DZI-0015z*

Fröde, Nadine: 8 Jahre Ombudschaft in der Jugendhilfe: Erfahrungen und Entwicklungen. - In: AFET: Dialog Erziehungshilfe ; 2010, Nr. 3, S. 25-31. *DZI-0211z*

Gahleitner, Silke Brigitta: Psycho-sozial präsent sein: Reflexionen aus der Perspektive Klinischer Sozialarbeit anhand eines Beispiels aus der stationären Jugendhilfe. - In: Sozialarbeit in Österreich ; 2010, Nr. 2, S. 23-27. *DZI-2610z*

Krüger, Rolf: Jugendhilfe und Schule: Möglichkeiten, Notwendigkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit. - In: Rundbrief Gilde Soziale Arbeit ; Jg. 64, 2010, Nr. 2, S. 37-42. *DZI-2913*

Salgo, Ludwig: Kontinuitätssichernde Strukturen und Verfahren im Pflegekinderwesen: Rechts- und sozialpolitische

Forderungen. - In: Frühe Kindheit ; Jg. 13, 2010, Nr. 4, S. 26-28. *DZI-3047*

6.05 Gesundheitshilfe

Klosterhuis, Here: Reha-Qualitätssicherung der Rentenversicherung: Eine kritische Bestandsaufnahme. - In: RV aktuell ; Jg. 57, 2010, Nr. 8, S. 260-268. *DZI-0902z*

7.01 Kinder

Aron, Sarah B.: Analyzing the relationship between poverty and child maltreatment: investigating the relative performance of four levels of geographic aggregation. - In: Social Work Research ; Jg. 34, 2010, Nr. 3, S. 169-179. *DZI-1954z*

Breithaupt-Peters, Monique: Erziehungsalltag, Psychotherapie und Psychiatrie: Erfahrungen einer Jugendhilfeeinrichtung mit komplexen psychischen Störungen. - In: Verhaltenstherapie mit Kindern & Jugendlichen ; Jg. 6, 2010, Nr. 2, S. 93-105. *DZI-3053*

Griebel, Wilfried: Patchwork – Vielfalt von Stieffamilien: Entwicklungsaufgaben für Eltern und Kinder zur Bewältigung von Übergängen. - In: Frühe Kindheit ; Jg. 13, 2010, Nr. 4, S. 6-11. *DZI-3047*

Schick, Andreas: Kleine Kiesel mit großer Wirkung: Ein Konzept zur Gewaltprävention. - In: Welt des Kindes ; 2010, Nr. Beil. 4, S. 1-8. *DZI-3046*

Wolff, Mechthild: Missbrauch durch Professionelle: Zugänge und Instrumente zum Kinderschutz in Institutionen. - In: Pro Familia Magazin ; Jg. 38, 2010, Nr. 3, S. 10-11. *DZI-2643z*

7.02 Jugendliche

Fellöcker, Kurt: Jugendliche Alkoholszenen – „Saturday Night Fever“ aus Sicht der Sozialarbeit. - In: Sozialarbeit in Österreich ; 2010, Nr. 2, S. 31-32. *DZI-2610z*

Korten, Berndt: Assistierte Ausbildung: Ein Projekt bringt benachteiligte Jugendliche und Betriebe zusammen. - In: Verhaltenstherapie & psychosoziale Praxis ; Jg. 42, 2010, Nr. 3, S. 728-731. *DZI-2944*

Linderkamp, Friedrich: Das Lerntraining für Jugendliche mit Aufmerksamkeitsstörungen (LeJA): Konzept und Kasuistik. - In: Verhaltenstherapie mit Kindern & Jugendlichen ; Jg. 6, 2010, Nr. 2, S. 107-116. *DZI-3053*

Mielke, Frank: Vom Reden zum Handeln kommen: Ein Behandlungskonzept für die Arbeit mit jugendlichen Sexualtätern. - In: Pro Familia Magazin ; Jg. 38, 2010, Nr. 3, S. 18-19. *DZI-2643z*

Stehr, Johannes: Gewaltige Angst vor der Jugend ...: ...warum, von wem und auf welche Weise sie geschürt wird. -

In: Sozial extra ; Jg. 34, 2010, Nr. 9/10, S. 15-18. *DZI-2599z*

7.04 Ehe/Familie/ Partnerbeziehung

Bach, Rolf P.: Von Kindeswohl und Kinderwunsch: Einblicke in die Adoptionszene. - In: Frühe Kindheit ; Jg. 13, 2010, Nr. 4, S. 34-38. *DZI-3047*

Fritz, Alexis: Eltern mit behinderten Kindern nicht allein lassen. - In: neue caritas ; Jg. 111, 2010, Nr. 16, S. 19-22. *DZI-0015z*

Gjesfeld, Christopher D.: Economic stress, social support, and maternal depression: is social support deterioration occurring?. - In: Social Work Research ; Jg. 34, 2010, Nr. 3, S. 135-143. *DZI-1954z*

Kavemann, Barbara: Informieren, schützen, unterstützen: Entwicklung der Intervention bei Gewalt in Paarbeziehungen. - In: Pro Familia Magazin ; Jg. 38, 2010, Nr. 3, S. 4-6. *DZI-2643z*

Köckeritz, Christine: Vollzeitpflege zwischen Ideologie und Realität: Perspektiven zum fachlichen Handeln in Sozialen Diensten. - In: Frühe Kindheit ; Jg. 13, 2010, Nr. 4, S. 17-21. *DZI-3047*

Siffert, Andrea: Entwicklung eines neuen multidimensionalen Fragebogens zur Erfassung der Partnerschaftsqualität (FPQ). - In: Zeitschrift für Familienforschung ; Jg. 22, 2010, Nr. 2, S. 242-255. *DZI-3038*

7.05 Migranten

Uslucan, Haci-Halil: Gewaltprävention und interkulturelle Sensibilität. - In: Soziale Arbeit ; Jg. 59, 2010, Nr. 9, S. 334-340. *DZI-0470*

Weissflog, Gregor: Erhöhte Ängstlichkeit und Depressivität als Spätfolgen bei Menschen nach politischer Inhaftierung in der DDR. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 37, 2010, Nr. 6, S. 297-299. *DZI-2574*

Wizany, Lisa: „Sprache als Brücke“: Deutschkurse für Asylbewerberinnen in Niederösterreich als innovatives Projekt – und nicht zuletzt als Schritt der Annäherung in schwierigen Zeiten. - In: Sozialarbeit in Österreich ; 2010, Nr. 2, S. 20-22. *DZI-2610z*

7.06 Arbeitslose

Geiger, Udo: Was ändert sich für Arbeitslose aufgrund der Neuregelungen zur EU-Koordinierung? - In: Informationen zum Arbeitslosenrecht und Sozialhilferecht ; Jg. 28, 2010, Nr. 4, S. 147-151. *DZI-2907*

Wrackmeyer-Schoene, Antje: Die Auswirkungen des kassenindividuellen Zusatzbeitrags für Arbeitslosengeld II-Empfänger. - In: Informationen zum Arbeitslosenrecht und Sozialhilferecht ; Jg. 28, 2010, Nr. 4, S. 156-158. *DZI-2907*

7.07 Straffällige/ Strafentlassene

Boer, Katrin de: Frontex – der falsche Adressat für ein wichtiges Anliegen. - In: Kriminologisches Journal ; Jg. 42, 2010, Nr. 3, S. 181-195. *DZI-2272*

Hagemann, Elke: Auf dem Weg zu einem Jugendstrafvollzugsgesetz: Der politische Unternehmer und die Ignoranz der Politik. - In: Forum Strafvollzug ; Jg. 59, 2010, Nr. 4, S. 230-234. *DZI-0311*

Puschke, Martina: Ein Menschenrecht wahren: Schutz vor sexualisierter Gewalt gegen Menschen mit Behinderung. - In: Pro Familia Magazin ; Jg. 38, 2010, Nr. 3, S. 12. *DZI-2643z*

Schneider, Hans Joachim: Täter, Opfer und Gesellschaft: Der gegenwärtige Stand der kriminologischen Verbrechenforschung. - In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform ; Jg. 93, 2010, Nr. 4, S. 313-334. *DZI-0676*

7.09 Kriegsoffer/ Opfer von Gewalttaten

Beckmann, Stefan: Täterarbeit als Beitrag zum Opferschutz: Inhalte, Möglichkeiten und Grenzen von Täterprogrammen. - In: Pro Familia Magazin ; Jg. 38, 2010, Nr. 3, S. 8-9. *DZI-2643z*

7.10 Behinderte/ kranke Menschen

Bock, Thomas: Zum subjektiven Sinn von Psychosen: Erstellung, Validierung und erste Anwendung eines Fragebogens – das Hamburger SuSi-Projekt. - In: Psychiatrische Praxis ; Jg. 37, 2010, Nr. 6, S. 285-291. *DZI-2574*

Kühnbach, Lena: Umgang mit Patientenverfügungen hat seine Tücken. - In: neue caritas ; Jg. 111, 2010, Nr. 15, S. 19-21. *DZI-0015z*

Schwendy, Arnd: Bessere Chancen für Zuverdienst: Nach der Empfehlung des Deutschen Vereins sind nun die Träger gefordert. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 157, 2010, Nr. 4, S. 151-153. *DZI-0228*

Spieß, Ralf: Neurofeedback bei Kindern mit ADHS. - In: Verhaltenstherapie mit Kindern & Jugendlichen ; Jg. 6, 2010, Nr. 2, S. 69-79. *DZI-3053*

Wilken, Udo: Sexualität, Partnerschaft und Kinderwunsch bei geistiger Behinderung: insbesondere bei jungen Menschen mit Down-Syndrom. - In: heilpaedagogik.de ; 2010, Nr. 3, S. 7-14. *DZI-3039*

7.11 Abhängige/ Süchtige

Dürsteler-MacFarland, Kenneth M.: Ältere OpiatkonsumentInnen in Substitutionsbehandlungen. - In: Verhaltenstherapie & psychosoziale Praxis ; Jg. 42, 2010, Nr. 3, S. 611-623. *DZI-2944*

Hoff, Tanja: Riskanter und abhängiger Alkoholkonsum bei älteren Menschen – Prävalenz, Versorgungsstruktur und Behandlungsansätze: Ein Überblick zum Stand der Forschung. - In: Verhaltenstherapie & psychosoziale Praxis ; Jg. 42, 2010, Nr. 3, S. 661-675. *DZI-2944*

7.13 Alte Menschen

Eppler, Natalie: Lebensqualität trotz Multimorbidität? Wie ältere DrogenkonsumentInnen mit Erkrankungen umgehen. - In: Verhaltenstherapie & psychosoziale Praxis ; Jg. 42, 2010, Nr. 3, S. 625-636. *DZI-2944*

Graber-Dünow, Michael: Kulturarbeit im Altenpflegeheim: Abwechslung organisieren, Gespräche ermöglichen, Einrichtungen öffnen. - In: Blätter der Wohlfahrtspflege ; Jg. 157, 2010, Nr. 4, S. 154-156. *DZI-0228*

Kahler, Barbara: Wohnen im Alter. - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 90, 2010, Nr. 9, S. 390-397. *DZI-0044*

Kludas, Elisabeth: Lieber länger zu Hause? Die Technik macht's möglich. - In: neue caritas ; Jg. 111, 2010, Nr. 16, S. 9-10, 12. *DZI-0015z*

8.02 Länder/ Gebietsbezeichnungen

Büchner, Robert: Die Schule für Körperbehinderte in der DDR: Geschichte aus Schulleiterperspektive. - In: Zeitschrift für Heilpädagogik ; Jg. 61, 2010, Nr. 9, S. 342-350. *DZI-0200*

Collet, Beate: Decisions concerning job-related spatial mobility and their impact on family careers in France and Germany. - In: Zeitschrift für Familienforschung ; Jg. 22, 2010, Nr. 2, S. 196-215. *DZI-3038*

Hofsäss, Thomas: Inklusive Schule? Das Beispiel der Azoren/Portugal. - In: Zeitschrift für Heilpädagogik ; Jg. 61, 2010, Nr. 8, S. 292-299. *DZI-0200*

Mayer, Klaus: Risikoorientierter Sanktionenvollzug (ROS): Modellversuch der Kantone Zürich, St. Gallen, Thurgau und Luzern. - In: Forum Strafvollzug ; Jg. 59, 2010, Nr. 4, S. 225-230. *DZI-0311*

Die Zeitschriftenbibliographie ist ein aktueller Ausschnitt unserer monatlichen Literaturdokumentation. Die Bibliothek des DZI kann Ihnen die ausgewiesenen Artikel zur Verfügung stellen.

Telefon 030/83 90 01-13

Fax 030/831 47 50

E-Mail bibliothek@dzi.de

Soziale Dienstleistungen am Arbeitsmarkt in professioneller Reflexion Sozialer Arbeit. Hrsg. Heinz Burghardt und Ruth Enggruber. Frank & Timme, Verlag für wissenschaftliche Literatur. Berlin 2010, 312 S., EUR 29,80 *DZI-D-9218*

Die sich veränderten Bedingungen im Zeichen des aktivierenden Sozialstaates, durch die nun mehr vor fünf Jahren in Kraft getretenen sogenannten Hartz-Gesetze geben Anlass, zurückzublicken und die Auswirkungen aus dem Blickwinkel der professionellen Sozialen Arbeit in den Fokus zu nehmen. Als vor fünf Jahren, der erste Band von Heinz Burghardt und Ruth Enggruber unter dem Titel „Soziale Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ erschien, waren die Kontroversen, Diskussionen und Bedenken groß – die Entwicklung vom aktiven zum aktivierenden Sozialstaat, als Etappe auf dem Weg in eine andere Gesellschaft? Einwände und Bedenken wurden erhoben, die die Positionierung der professionellen Sozialen Arbeit in diesem Kontext, in einer schwierigen Ausgangslage sahen: Soziale Arbeit reduziert auf die Re(Integration) der zu Aktivierenden, eingeschränkt als Instrument der Beschäftigungspolitik, mit zunehmend kontrollierenden Funktionen? Fünf Jahre später gelingt mit dem vorliegenden Sammelband eine Zwischenbilanz aus dem fachlichen Selbstverständnis der Sozialen Arbeit. Insgesamt elf Einzelartikel beleuchten aus unterschiedlichen Blickwinkeln die Veränderungen der letzten Jahre. Fachkundige, qualifizierte Betrachtungen zeigen sowohl Widersprüche als auch Konsequenzen im Spannungsfeld Sozialer Arbeit im aktivierenden Sozialstaat auf, werfen aber zugleich den Fokus auf zukünftige relevante Fragestellungen. Hier liegt die Stärke und die Fachlichkeit der Publikation: Nachdem vor fünf Jahren Vermutungen über die Positionierung der Sozialen Arbeit im aktivierenden Sozialstaat angestellt wurden, werden nun konkrete Auswirkungen an der Schnittstelle der arbeitsmarktpolitischen Aktivierung aufgezeigt. Neben praxisgestützten Beiträgen wie zum Beispiel grundlegende Organisationsprobleme bei der Erbringung aktivierender Dienstleistungen und die sozial-arbeitsbezogenen Konsequenzen der Betreuung „der Überflüssigen“ werden erste empirische und juristische Einblicke geboten. Die Autorinnen und Autoren machen in ihren Zwischenbilanzen deutlich, dass es jetzt gilt, die sozialen Dienstleistungen am Arbeitsmarkt nicht mehr nur im Rahmen der ideologischen Positionierung zu betrachten, sondern die konkreten beschriebenen Auswirkungen in den Blick zu nehmen und weiter zu entwickeln.

Anne van Rießen

Integration durch Engagement? Migrantinnen und Migranten auf der Suche nach Inklusion. Von Kathrin Düsener. transcript Verlag, Bielefeld 2010, 287 S., EUR 29,80 *DZI-D-9130*

Aus welchen Gründen engagieren sich Migrantinnen und Migranten freiwillig in Institutionen oder Projekten für die

deutsche Mehrheitsgesellschaft und welche Bedeutung hat diese Arbeit für ihre soziale Partizipation? Anknüpfend an aktuelle empirische Forschungsergebnisse zu Themen wie Migration und Inklusion betrachtet die Autorin dieser Dissertation mögliche Erklärungsansätze. Problemzentrierte Leitfadenterviews mit 14 bürgerschaftlich aktiven Menschen mit Migrationshintergrund geben Einblick in deren Motivationen und berufliche Erfahrungen, ihre soziale Selbstpositionierung sowie Prozesse der individuellen Identitätsentwicklung. Damit bietet dieses Buch eine Analyse von Wunsch und Wirklichkeit, ob und wie eine Integration der Zuwanderungsbevölkerung durch ehrenamtliche Tätigkeiten möglich ist. Die Erkenntnisse setzen neue Impulse für die Engagementförderung, die Migrationsberatung und die sozialpolitische Diskussion.

Freiwilligen-Management. Von Carola Reifenhäuser und anderen. Ziel Verlag. Augsburg 2009, 123 S., EUR 19,80 *DZI-D-9134*

Wie die beiden Freiwilligensurveys aus den Jahren 1999 und 2004 zeigen, ist mehr als ein Drittel der Bundesbevölkerung zivilgesellschaftlich in Verbänden, Initiativen oder Projekten aktiv und übernimmt dort unbezahlt oder gegen eine geringe Aufwandsentschädigung bestimmte Aufgaben. Da viele Organisationen im Non-Profit-Sektor daran interessiert sind, Freiwillige für eine längerfristige Tätigkeit zu gewinnen, befasst sich dieses Buch mit der ehrenamtlichen Arbeit und deren Leitung. Dargestellt werden die historischen Wurzeln des bürgerschaftlichen Engagements, seine gesellschaftliche Bedeutung, die Abgrenzung zur Erwerbsarbeit und Entwicklungsperspektiven für die Zukunft. Auf dieser Grundlage erfolgen schließlich konkrete Handlungsempfehlungen für einzelne Teilgebiete des Freiwilligen-Managements. Das Buch wendet sich an Beschäftigte in der Sozialwirtschaft und an Studierende des Sozialmanagements und der Sozialen Arbeit.

Jane Addams: Pragmatismus und Sozialreform. Pädagogische Theorie und Praxis der Progressive Era. Von Inga Pinhard. Budrich UniPress. Opladen 2009, 238 S., EUR 24,90 *DZI-D-9133*

Die Sozialreformerin, Soziologin und Sozialarbeiterin Jane Addams (1860-1935) war Mitbegründerin des Hull House in Chicago, eines der ersten sogenannten „Siedlungshäuser“ in den USA mit Angeboten in Bereichen wie Bildung, Kinderbetreuung, Kunst und Sport für die sozial schwache Bevölkerung. Bekannt ist die Friedensnobelpreisträgerin auch als international agierende Pazifistin, Pädagogin und Aktivistin für Menschen- und Frauenrechte. Diese Dissertation rekonstruiert ihre bildungstheoretischen Prämissen und pädagogischen Visionen und verortet diese im intellektuellen und soziokulturellen Kontext des Chicago der Progressive Era. Dabei widmet sich die Autorin der Frage, warum Addams sich gerade für Chicago als Ausgangspunkt für ihr Wirken entschieden hat, und untersucht dann die Zusammenhänge zwischen der Settlementidee und dem Architekturkonzept des Hull House. Thematisiert werden auch die soziale Konstruktion von Frauenbildern, die emanzipatorische Funktion des Hull House und die Bedeutung der ästhetischen Bildung für die Persönlichkeitsentwicklung. In Auseinandersetzung mit den Theorien von John Dewey und George Herbert Mead schließt das Buch mit Betrachtungen zum Erleben von Gemeinschaft.

Zusammen ist man nicht allein. Alternative Wohnprojekte für Jung und Alt. Von Jutta Besser. Patmos Verlag. Mannheim 2010, 184 S., EUR 16,90 *DZI-D-9135*
Obwohl die Anzahl der Haushalte von Alleinlebenden in den letzten Jahrzehnten stark angestiegen ist, denken viele Menschen über gemeinschaftliche Wohn- und Lebensformen nach. Dieses Buch stellt verschiedene Möglichkeiten vor, wie zum Beispiel ein Ökodorf, eine Seniorengemeinschaft, Mehrgenerationenhäuser, eine türkisch-deutsche Hausgemeinschaft und weitere Initiativen für Zielgruppen wie Frauen, Auszubildende oder Menschen mit Behinderung. Durch die Verbindung von Eigenständigkeit und gegenseitiger Unterstützung bilden solche Projekte häufig eine willkommene Alternative zu herkömmlichen Angeboten. Die Autorin beschreibt die rechtlichen Grundlagen und gibt Hinweise zur Planung, Finanzierung, Gemeinschaftsbildung und zur Vermeidung von Konflikten. Leserinnen und Leser, die nach geeigneten Wohnformen suchen oder eigene Ideen verwirklichen möchten, erhalten damit vielseitige Anregungen und hilfreiche Informationen.

Die Ethik der Pädagogik. Zur Normativität erzieherischen Handelns. Von Klaus Prange. Verlag Ferdinand Schöningh. Paderborn 2010, 146 S., EUR 19,90 *DZI-D-9148*
Trotz der leicht rückläufigen Anzahl der Kinder in Deutschland hat sich das pädagogische Aufgabenspektrum weiter ausdifferenziert und vieles, was einst als Angelegenheit der Familien galt, fällt mittlerweile in die Zuständigkeit der öffentlichen Hand. Um die mit dieser Entwicklung verbundenen Zielsetzungen, Möglichkeiten und Grenzen zu diskutieren, betrachtet dieses Buch die Rolle der Ethik in der Familie, der öffentlichen Erziehung, der eigenverantwortlichen Selbstfindung und in den Lehrberufen, wobei für letztere vor allem der im Jahr 1929 beschlossene Code of Ethics of the Education Profession der amerikanischen National Education Association zugrunde gelegt wird. Im Ergebnis entsteht eine pluralistisch angelegte Interpretation von Ethik, die den sich wandelnden Werten und der Verbindlichkeit allgemeiner Normen gleichermaßen gerecht werden möchte. Das Buch schließt mit Betrachtungen zum Spannungsverhältnis von Rechtsdenken und pädagogischer Reflexion.

An den Grenzen der Pädagogik. Konflikte und Dynamiken in der sozialen Arbeit mit „Straßenkindern“ in Cajamarca (Peru). Von Lisa Wolff. Verlag Brandes & Apsel. Frankfurt am Main 2010, 286 S., EUR 29,90 *DZI-D-9153*
Um die Not der etwa 500 000 Kinder und Jugendlichen zu lindern, die als Straßenkinder in den Städten Perus um ihr Überleben kämpfen, widmen sich die in dieser Veröffentlichung beschriebenen Projekte Centro Experimental de Talleres Artísticos („Experimentelle Kunst-Werkstätten“ C.E.T.A) und Casa de Acogida („Aufnehmendes Haus“) dem Anliegen, Angebote zur Unterkunft, psychologischen Betreuung, schulischen oder beruflichen Ausbildung und Freizeitgestaltung bereitzustellen. Ausgehend von einer Darstellung relevanter theoretischer Ansätze beschreibt die Autorin zunächst den historischen, politischen und sozialen Kontext der Forschungsarbeit und die gewählte Methodik der Einzelfallstudie. Gegenstände ihrer Untersuchung sind die psychosoziale Situation der Kinder und Jugendlichen und die Bedingungen, Möglichkeiten und

Grenzen sozialpädagogischen Handelns, wobei anhand von fünf Einzelfällen überprüft wird, ob und wie psychoanalytische Konzepte für die Umsetzung in entsprechenden Projekten geeignet sind.

Korrespondenzen. Theater – Ästhetik – Pädagogik. Hrsg. Florian Vaßen. Schibri-Verlag. Milow 2010, 256 S., EUR 17,50 *DZI-D-9155*
Viele pädagogische und sozialpädagogische Methoden lassen sich auf sportliche oder künstlerische Wurzeln zurückführen und kaum eine andere Methode steht in so starker Konkurrenz zu der sie begründenden Kunst wie die Theaterpädagogik. Theaterpädagogische Inszenierungen sind häufig den Produktionen des „richtigen“ Theaters gleichwertig oder laufen diesen bisweilen sogar den Rang ab. In die andere Richtung dient die Theaterpädagogik oftmals der Legitimation des subventionierten Theaters als Bildungsinstitution. Das Buch gibt die Beiträge einer Fachtagung wieder, die sich mit der Auflösung der Grenzen zwischen Theater und Pädagogik befasste. Hierbei ging es weniger um die Konkurrenz der Genres als vielmehr um die Auflösung ihrer Grenzen und die Entstehung neuer Formen, sogenannter Korrespondenzen, zwischen Kunst und Pädagogik, die sich im ästhetischen Empfinden der Akteure und Akteurinnen sowie der Zuschauerinnen und Zuschauer materialisieren. Die Beiträge der Autorinnen und Autoren geben den aktuellen Stand der Diskussion zu diesem Thema wieder. Der Band ist mit vielen Photos zu den beschriebenen Praxisbeispielen illustriert und Dank der durchweg gut lesbaren Texte auch für Pädagoginnen und Pädagogen anderer Fachrichtungen wertvoll. *Christian Gedschold*

Kindesvernachlässigung – verstehen, erkennen und helfen. Von Beate Galm und anderen. Ernst Reinhardt Verlag. München 2010, 171 S., EUR 16,90 *DZI-D-9156*
Die empirische Forschung zur Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern setzte international und auch in Deutschland in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts ein. Als Beitrag zur aktuellen Debatte um Kindesvernachlässigung als Form der Kindeswohlgefährdung informiert dieses Buch über deren Ursachen, die Folgen für die Opfer sowie Möglichkeiten der Prävention und Hilfe. Anhand einiger anonymisierter Fallbeispiele wird aufgezeigt, wie sich Vernachlässigung äußern kann, was bei der Einschätzung einzelner Situationen zu berücksichtigen ist, welche Interventionen sinnvoll sind und wie die betroffenen Familien unterstützt werden können. Das Buch wendet sich an Fachkräfte der psychosozialen Praxis, der Medien und des Gesundheitswesens, Lehrende, Erziehende sowie Ehrenamtliche und interessierte Laien.

Soziale Arbeit in Wissenschaft und Praxis. Festschrift für Wolf Rainer Wendt. Hrsg. Albert Mühlum und Günter Rieger. Jacobs Verlag. Lage 2009, 380 S., EUR 19,90 *DZI-D-9158*
Anlässlich des 70. Geburtstages des Sozialwissenschaftlers Wolf Rainer Wendt erstellte die Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit in Kooperation mit der Berufsakademie Stuttgart diese Festschrift als Würdigung seines bisherigen Lebenswerkes. 22 Autorinnen und Autoren widmen sich grundlegenden Themen der Sozialen Arbeit und vermitteln einen Eindruck von den komplexen Inhalten und

Kontroversen sowie der Originalität und Breite des derzeitigen fachlichen Diskurses. Im Mittelpunkt stehen aktuelle Perspektiven hinsichtlich wissenschaftlicher, professionsrelevanter und sozialpolitischer Fragen, Ausbildung, Forschung und beruflicher Praxis. Ergänzt durch biographische Daten und ein umfassendes Verzeichnis der Schriften des Jubilars wendet sich das Buch an Lehrende, Studierende und Fachkräfte der Sozialen Arbeit, die sich für die theoretischen Beiträge Wolf Rainer Wendts interessieren.

Der Allgemeine Soziale Dienst. Aufgaben, Zielgruppen, Standards. Hrsg. Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., Ernst Reinhardt Verlag. München 2010, 162 S., EUR 19,90 *DZI-D-9165*

Als sozialer Basisdienst in den Kommunen übernimmt der Allgemeine Soziale Dienst (ASD) Zuständigkeiten von der erzieherischen Beratung über die Jugendhilfe bis hin zur Krisenintervention bei Konflikten. Vor dem Hintergrund regional variierender Bezeichnungen und Tätigkeitsgebiete der Anlaufstelle befasst sich dieses Fachbuch mit der Darstellung der wichtigsten Aufgabenbereiche, der rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen, der Qualitätsmerkmale einer anspruchsvollen Fallarbeit und der Zusammenarbeit des ASD mit Kooperationspartnern und freien Trägern. Besondere Beachtung finden Ansätze im Hinblick auf den Kinderschutz und die Risikoeinschätzung bei einer Kindeswohlgefährdung. Mit detaillierten Informationen zu diesen Themen wendet sich der Band vor allem an Studierende und Fachkräfte der Sozialen Arbeit, die sich mit dem Wirkungsbereich des ASD auseinandersetzen.

Gendered Profession. Soziale Arbeit vor neuen Herausforderungen in der zweiten Moderne. Hrsg. Constance Engelfried und Corinna Voigt-Kehlenbeck. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, 263 S., EUR 24,95 *DZI-D-9167*

Die lange Tradition der Auseinandersetzung mit Genderfragen in der Sozialen Arbeit zeigt sich beispielsweise in der von Anfang bis Mitte des 20. Jahrhunderts praktizierten schulischen Geschlechtertrennung, in der seit den 1970er-Jahren entwickelten feministischen Mädchen- und Frauenarbeit und in den daraus hervorgehenden geschlechterspezifischen Ansätzen. Um Studierenden einen Einblick in die curricular oftmals unterrepräsentierte Bedeutung von Frauen in der Berufsgeschichte zu bieten, vermittelt dieses Lehrbuch Kenntnisse über Pionierinnen des Fachs wie Alice Salomon und Bertha Pappenheim, über die Erfolge der ersten und zweiten Frauenbewegung und die dadurch beeinflusste Weiterentwicklung der Profession. Dabei lenkt der Band den Blick auch auf die Perspektiven des Gender Mainstreaming und die fachlichen Beiträge von Männern. Wünschenswert sei es, die Kategorie Gender im Diskurs der Sozialen Arbeit zu verankern und weiter zu entfalten.

Regiert das Lokale das Soziale? Die Kommunalisierung und Dezentralisierung sozialer Dienste als sozialpolitische Reformstrategie. Hrsg. Heinz-Jürgen Dahme und Norbert Wohlfahrt. Schneider Verlag Hohengehren. Baltmannsweiler 2010, 214 S., EUR 19,80 *DZI-D-9172*

Die seit den 1990er-Jahren zunächst in der deutschen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik einsetzende Ten-

denz zur Dezentralisierung erfuhr im Zuge der Lissabon-Erklärung im Jahr 2000 eine Ausweitung auf den Bereich der Sozialpolitik. Dieser Band befasst sich mit den Ursachen der genannten Entwicklung und deren Folgen für die Soziale Arbeit, die am Beispiel einzelner Handlungsfelder wie Jugendhilfe, Altenhilfe, Behindertenhilfe, Arbeitslosigkeit, Bildung und interkulturelle Öffnung erläutert werden. Bezug nehmend auf die Sozialplanung und die Wirkungsorientierung Sozialer Dienste beschreibt das Buch auch die Konsequenzen der Dezentralisierung für die politische Steuerung in den Kommunen, wo Aufgabengebiete wie Sozialraumorientierung, Gemeinwesenarbeit und die Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements zunehmend an Bedeutung gewinnen. Ein abschließender Blick auf Armutsbekämpfungsprogramme in den USA eröffnet eine international vergleichende Perspektive.

Das philosophische Motiv der Fürsorge im Wandel. Vom Almosen bei Thomas von Aquin zu Juan Luis Vives' De subventionem pauperum. Von Andreas Keck. Echter Verlag. Würzburg 2010, 229 S., EUR 30,- *DZI-D-9186*

Die Motive des helfenden Handelns unterlagen im Übergang vom Hochmittelalter zur Frühen Neuzeit einem bis heute richtungweisenden Wandel, der in dieser Dissertation mittels einer Gegenüberstellung der beiden Werke „de eleemosyna“ (über das Almosen) des Kirchenlehrers Thomas von Aquin (1225-1274) und „de subventionem pauperum“ (über die Unterstützung der Armen) des Pädagogen Juan Luis Vives (1492-1540) nachgezeichnet wird. Im Vordergrund der vergleichenden Betrachtung stehen neben den Fürsorgetheorien die zentralen philosophischen Positionen der beiden Denker und ihre unterschiedlichen Auffassungen von Wohltätigkeit. Die detaillierte Analyse der beiden Armenpflegeschriften wird ergänzt durch eine Darstellung der historischen Fürsorgepraxis und der darin beobachtbaren Verlagerung der sozialen Verantwortung von der Kirche auf den öffentlichen Sektor.

Hard to Reach. Schwer erreichbare Klienten in der Sozialen Arbeit. Hrsg. Christine Labonté-Roset und andere. Schibri-Verlag. Berlin 2010, 263 S., EUR 16,80 *DZI-D-9213*

In vielen Bereichen der Gesellschaft gibt es Menschen, für die es aus ökonomischen, kulturellen oder gesundheitlichen Gründen schwierig ist, bestehende Dienstleistungen der Sozialen Arbeit zu nutzen. Die Beiträge dieses Sammelbandes suchen nach den institutionellen und persönlichen Ursachen für diesen Missstand und betrachten dabei verschiedene Zielgruppen wie Personen aus Migrationskontexten, Jugendliche mit psychischen Störungen, Jugendstrafgefangene sowie alkoholsüchtige oder wohnungslose Menschen. Als Praxisfelder dargestellt werden die Sozialarbeit im Krankenhaus, die offene Kinder- und Jugendarbeit, die Einzelfallarbeit und die psychosoziale Beratung sowie Möglichkeiten der Supervision und der fachlichen Qualifizierung, wie zum Beispiel die Ex-In-Schulung „Experten durch Erfahrung“ und die in fast allen Bundesländern angebotene Sozial- und Gemeindepsychiatrische Zusatzausbildung. Mit einer Beschreibung systemischer und partizipativer Ansätze widmet sich das Buch abschließend aktuellen Perspektiven der professionellen Intervention. Die Veröffentlichung ist der Sozialmedizinerin Professor Dr. Brigitte Geißler-Piltz anlässlich ihrer Emeritie-

rung gewidmet, mit der die Autorinnen und Autoren über Jahre eng beruflich zusammengearbeitet haben.

Sozialreportage. Einführung in eine Handlungs- und Forschungsmethode der Sozialen Arbeit. Von Karl-Heinz Braun und Konstanze Wetzels. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, 288 S., EUR 22,95

DZI-D-9169

Die an die Traditionen der journalistischen Reportage anschließende Sozialreportage dient der Beschreibung von Ausschnitten der gesellschaftlichen Realität durch ethnographische Studien. Basierend auf den Ergebnissen des im Zeitraum 2007 bis 2009 durchgeführten Forschungsprojekts „Soziale Desintegrationsprozesse im Alltagsleben von Kindern und Jugendlichen in Österreich: Gesellschaftliche Ursachen und pädagogische Interventionsmöglichkeiten“ beschreibt dieses Lehrbuch die genannte Methode als einen eigenständigen Praxis- und Forschungsansatz, dessen übergreifende Aufgabenstellung in der funktionalen Rekonstruktion sozialer Probleme bestehe. Historische und aktuelle Beispiele aus Österreich geben Einblick in die lebensweltbezogene Themenvielfalt und ermöglichen in einem synthetisierenden Verfahren, das Fotos und Texte eng aufeinander bezieht, ein ganzheitliches Verständnis der Sozialen Arbeit.

Allgemeine Heilpädagogik. Eine Einführung. Von Konrad Bundschuh. Verlag W. Kohlhammer. Stuttgart 2010, 201 S., EUR 24,80 *DZI-D-9216*

Angesichts der Zunahme von psychischen, psychosomatischen und kognitiven Störungen bei Kindern und Jugendlichen steht die Heilpädagogik vor vielfältigen neuen Herausforderungen. Um einen wissenschaftlichen Zugang auf die in den Blick genommenen Beeinträchtigungen und Benachteiligungen zu ermöglichen, vermittelt diese Einführung in enger Vernetzung von Theorie und Praxis grundlegendes Basiswissen und ermöglicht damit eine Auseinandersetzung mit der Vielfalt fachspezifischer Problemstellungen. Dargestellt werden unter anderem die Geschichte der Disziplin, wichtige Vertreterinnen und Vertreter sowie pädagogisch-psychologische, anthropologische und ethische Perspektiven. Die Themenauswahl des für Studierende und Fachkräfte konzipierten Buches basiert auf curricularen Überlegungen zur Konzeption universitärer Lehrveranstaltungen im Bereich der Heilpädagogik und der Integrativen Pädagogik.

Herausgeber: Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen und Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales des Landes Berlin

Redaktion: Burkhard Wilke (verantwortlich) Tel.: 030/83 90 01-11, Christian Gedschold Tel.: 030/83 90 01-37, E-Mail: gedschold@dzi.de, Hartmut Herb, Heidi Koschwitz, Carola Schuler (alle DZI), unter Mitwirkung von Prof. Dr. Horst Seibert, Frankfurt am Main; Prof. Dr. Antonin Wagner, Zürich; Dr. Johannes Vorlauffer, Wien

Redaktionsbeirat: Prof. Dr. Theda Borde (Alice Salomon Hochschule Berlin); Prof. Dr. Hans-Jochen Brauns, Berlin; Hartmut Brocke (Sozialpädagogisches Institut Berlin); Prof. Dr. Silke Gahleitner (Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit e.V.); Sibylle Kraus (Deutsche Vereinigung für Sozialarbeit im Gesundheitswesen e.V.); Elke Krüger (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, LV Berlin e.V.); Prof. Dr. Christine Labonté-Roset, Berlin; Dr. Manfred Leve, Nürnberg; Manfred Omankowsky (Bürgermeister-Reuter-Stiftung); Prof. Dr. Peter Reinicke, Berlin; Helga Schneider-Schelte (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.); Heiner Stocksclaeder (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales); Dr. Manfred Thuns (Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.); Prof. Monika Treber (Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin); Dr. Peter Zeman (Deutsches Zentrum für Altersfragen)

Verlag/Redaktion: DZI, Bernadottestraße 94, 14195 Berlin, Tel.: 030/83 90 01-0, Fax: 030/831 47 50, Internet: www.dzi.de, E-Mail: verlag@dzi.de

Erscheinungsweise: 11-mal jährlich mit einer Doppelnummer. Bezugspreis pro Jahr EUR 61,50; Studentenabonnement EUR 46,50; Einzelheft EUR 6,50; Doppelheft EUR 10,80 (inkl. 7% MwSt. und Versandkosten, Inland) Die Kündigung eines Abonnements muss spätestens drei Monate vor Jahresende schriftlich erfolgen.

Die Redaktion identifiziert sich nicht in jedem Falle mit den abgedruckten Meinungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der Verfasserinnen und Verfasser dar, die auch die Verantwortung für den Inhalt tragen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise, müssen schriftlich vom Verlag genehmigt werden.

Layout/Satz: GrafikBüro, Stresemannstraße 27, 10963 Berlin
Druck: Büropa Offsetdruck, Helmholtzstraße 2-9, 10587 Berlin

ISSN 0490-1606